



Manfred Brinker

FÜR FRIEDEN, FREIHEIT, GERECHTIGKEIT UND SOLIDARITÄT

100 Jahre SPD Gütersloh





INHALT

Vorwort des Verfassers	4
Grußwort der Ortsvereinsvorsitzenden	6
Grußwort der Bürgermeisterin	8
Grußwort des Parteivorsitzenden	10

1848–1914

Gütersloh im Vormärz und in der Revolution von 1848	12
Verbot der politischen Betätigung durch das Sozialistengesetz	18
Auf dem Weg zur Politischen Mehrheit im Wahlkreis	24
Gründung sozialdemokratischer Organisationen in Gütersloh	28
1908 – Entstehung des Sozialdemokratischen Vereins	32
Zunehmende Erfolge – trotz Widerstand und Behinderung	36

1918–1933

Politische Arbeit im ersten Jahr nach der Revolution von 1918	42
Mühevoller Einsatz für die Sicherung des demokratischen Staates	50
Sozialdemokraten im Kampf gegen die Nationalsozialisten	64

1945–1959

Ein neuer Anfang für Demokratie und Sozialismus	78
---	----





1960–1969

Aufbruch aus verkrusteten Strukturen	100
--------------------------------------	-----

1970–1979

Die „wilden“ 70er Jahre	108
-------------------------	-----

1980–1989

Ohne Frieden ist alles andere nichts	132
--------------------------------------	-----

1990–1998

Auf dem Weg zur neuen Mehrheit	178
--------------------------------	-----

1999–2008

Chronologischer Überblick	220
---------------------------	-----

Anmerkungen	226
-------------	-----

Verzeichnis der Abbildungen	232
-----------------------------	-----

Der Verfasser	235
---------------	-----





VORWORT DES VERFASSERS

„Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst“, dieses Zitat von Rosa Luxemburg, die sich darin auf eine Aussage von Ferdinand Lassalle bezieht, kann als Leitidee für die hier vorgelegte Jubiläumsschrift der SPD in Gütersloh angesehen werden. Konkretes politisches Handeln geschieht immer unter den vorgegebenen Rahmenbedingungen der historischen Gesamtsituation.

Wie Sozialdemokraten am Prozess der gemeinsamen Gestaltung des Zusammenlebens mitgewirkt haben, davon handelt diese Geschichte. Bereits aus den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts sind Aktivitäten von Sozialdemokraten in Gütersloh nachweisbar, d.h. noch unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes von 1878 begannen Arbeiter hier bei uns für ihre Rechte zu kämpfen. Als einzige Partei kann die Sozialdemokratie in Deutschland auf eine über 140jährige und die SPD in Gütersloh auf eine 100jährige Geschichte zurückblicken. Die Partei lebt auch von ihren Erinnerungen, Traditionen, Leidenserfahrungen und schöpft daraus neue Kraft für gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen. Darum ist es wichtig, sich der Aufgabe zu stellen und Geschichte aufzuschreiben. Dies dient auch dem Zweck, den vielen handelnden Personen auf diesem Wege ein ehrendes Andenken zu bewahren. Zugleich soll es ein Ansporn für junge Menschen sein, im politischen Engagement eine Chance zu sehen, aktiv an der gemeinsamen Gestaltung des Zusammenlebens mitzuwirken.

Der Verfasser der Ortsvereinsgeschichte ist selbst über mehrere Jahrzehnte Mit-handelnder dieser Geschichte gewesen, es wird also eine parteiische Geschichte vorgelegt.

Im ersten Teil der Jubiläumsschrift wurde der überarbeitete und ergänzte Text des gleichen Verfassers aus dem Jahr 1983 übernommen. Aufgrund des umfangreichen Quellenmaterials aus den Jahren 1960 bis 1998 ist der zweite Teil stärker im Sinne einer Chronik gestaltet worden. Bei den kommunalpolitischen Entscheidungen sind vor allem die ausgewählt worden, die poli-





tisch umstritten waren, wobei hier darauf hingewiesen werden soll, dass der weitaus größte Teil aller Entscheidungen im Rat einstimmig getroffen wird, und das ist gut so.

Ohne vielseitige Unterstützung wäre die Arbeit an der Ortsvereinsgeschichte nicht zu bewältigen gewesen. Stellvertretend für alle, die geholfen haben, danke ich Fritz Spratte, Thomas Ostermann, Volker Tappe, dem Leiter und den Mitarbeitern des Stadtarchivs und meiner Frau, die in mühevoller Arbeit die technische Textbearbeitung übernommen hat.

Schließen möchte ich mit einem Wort des ehemaligen Parteivorsitzenden Hans-Jochen Vogel aus dem Jahr 1983:

„Die Kraft der Sozialdemokraten kommt aus den ewigen unzerstörbaren Ideen der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Solidarität und des Friedens.“

Gütersloh, im Juli 2008

Manfred Brinker



GRUSSWORT DER ORTSVEREINSVORSITZENDEN

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde!



Unser SPD-Ortsverein wird am 28. August 2008 einhundert Jahre alt. Damit reihen wir in Gütersloh uns ein in die lange Reihe sozialdemokratischer Ortsvereine, die in diesen Jahren auf ein gleiches oder ähnlich bedeutendes Datum ihrer Geschichte zurückblicken. Aus diesem historischen Rückblick auf eine Geschichte, die verbunden ist mit dem Schicksal vieler Genossinnen und Genossen, erwächst die Kraft und Begeisterung, heutige Aufgaben mit Optimismus und Zuversicht anzugehen.

Der Kampf für soziale Gerechtigkeit, für Frieden und Demokratie, der die Menschen antrieb, die in Gütersloh die SPD aufbauten, steht auch heute noch auf der politischen Agenda. Sicher leben wir heute in anderen Zeiten, friedlicheren vor allem, und die allermeisten kennen direkten Hunger und soziales Elend nur noch aus den Geschichtsbüchern. Aber das Erleben derjenigen, die sich für unsere Ideale eingesetzt haben, ist Ansporn und Verpflichtung, den sozialen Ausgleich immer wieder neu zu organisieren. In einer sich dramatisch ändernden Welt, gehören dazu heute mehr als früher, der Blick und der Austausch über Grenzen und Erdteile hinweg. Der Kapitalismus greift global immer schneller zu, menschliches Tun und Lassen verändert das Weltklima, und soziale Ungleichheit ist häufig Ursache kriegsähnlicher Auseinandersetzungen, vor denen wir die Augen nicht verschließen können.

Darauf reagieren Bürgerinnen und Bürger unterschiedlich. Manche engagieren sich politisch und einige – es könnten immer mehr sein – dann auch in der SPD vor Ort, am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft und in der Stadt.

Wer sich die Geschichte der SPD in Gütersloh anschaut – das vorliegende Buch ist dazu in ganz besonderer Weise geeignet – der erkennt, warum wir heute stolz sind auf unsere Geschichte und die Menschen, die diese Geschichte geprägt haben.

Ich bin stolz auf die Genossinnen und Genossen, die in wirklich gefährlichen Zeiten hart gekämpft und die im Einsatz für Freiheit, Gleichheit, Brüderlich-





keit die Grundlagen für die demokratische Verfassung, lange friedliche Jahre und soziale Gerechtigkeit geschaffen haben.

Den unermüdlichen Einsatz verbunden auch mit dem Engagement für die Gleichberechtigung der Frauen habe ich seit 1992 erlebt, dem Jahr meines SPD-Beitrittes. Durch überzeugende politische Arbeit haben wir in den letzten 25 Jahren einiges für unsere Stadt und den Kreis Gütersloh erreicht. Ich erinnere an die Errichtung der Gesamtschulen, die Verhinderung der Müllverbrennungsanlage, das soziale Frühwarnsystem und die neue Mehrheit 1994 im Rat. Maria Unger, die erste Bürgermeisterin Güterslohs, ist seitdem im Amt.

Besonders den aktiven Mitgliedern der letzten 25 Jahre sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Auf die geleistete Arbeit können wir selbstbewusst zurückschauen.

Marianne Kohlmeier schrieb 1983 im Grußwort zum 75jährigen Ortsvereinsjubiläum „Auch in Zukunft wird es darauf ankommen, dass sozialdemokratische Politik wieder Regierungspolitik wird.“.

Dies ist unser Ziel und unsere Aufgabe im Ortsverein damals wie heute. Mit unserer 100-jährigen Geschichte und gestärkt durch 100-jährige Erfahrung gehen wir erhobenen Hauptes und gemeinsam in die nächsten Wahlen. Demokratie, Frieden und soziale Gerechtigkeit sind nicht selbstverständlich, sie müssen gelebt und immer wieder gestaltet werden.

Herzliche Grüße

Ute Jost

Ortsvereinsvorsitzende





GRUSSWORT DER BÜRGERMEISTERN

Liebe Bürger und Bürgerinnen,
liebe Genossen und Genossinnen,



sozialdemokratisches Engagement in unserer Stadt hat Tradition und ist auch heute überall spürbar. Deshalb dürfen wir mit Stolz in diesen Tagen auf 100 Jahre SPD in Gütersloh zurückblicken.

Ein Blick in die Chronik zum 75-jährigen Bestehen im Jahr 1983 zeigt mir, wie stark die Wurzeln sind, die die Basis bilden für das, was auch sozialdemokratische Politik vor Ort ausmacht: Sie reichen bis in den Vormärz zurück und sind eng verbunden mit der aufstrebenden Entwicklung der Stadt am Anfang des 20. Jahrhunderts. Gestandene Gütersloher Handwerker sind es, die 1908 zu den Gründungsmitgliedern des „Sozialdemokratischen Vereins“ in Gütersloh gehören. Unverdrossen und durchaus gegen den Widerstand etablierter Gruppen entwickeln die insgesamt rund 30 Pioniere der organisierten Sozialdemokratie in Gütersloh politische Ziele für ihre junge Stadt. Sie bringen sich aktiv ins gesellschaftliche Leben ein, kämpfen für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und für Verbesserungen der Situation der Arbeiter.

Bereits vor dem Ersten Weltkrieg zogen zwei ihrer Vertreter ins Stadtparlament ein, von einigen mit Misstrauen, ja gelegentlich sogar von Diffamierung begleitet – gleichwohl von der Bevölkerung mit überzeugendem Stimmenanteil gewählt. Auch im Weiteren spiegelt die Gütersloher Geschichte an vielen Stellen die nationale Entwicklung der SPD: Einsatz für den demokratischen Staat in den zwanziger Jahren, Warnung vor nationalsozialistischen und antisemitischen Strömungen, später der engagierte Kampf dagegen – dies alles in einem sich zunehmend radikalisierenden politischen Klima, von dessen Wirkungen Gütersloh nicht verschont blieb. Das Heinrich-Rüßkamp-Haus an der Hohenzollernstraße, in dem sich heute das Büro der SPD befindet, erinnert mit seinem Namen an den Tod eines jungen Genossen bei Zusammenstößen mit SA-Truppen im Jahr 1932. Nach Hitlers Machtübernahme gingen die Nationalsozialisten auch in Gütersloh mit aller Brutalität vor: Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Verhöre trafen die Genossen und erstickten organisierten Widerstand im Keim.





Der Wiederaufbau und die Versorgung der Bevölkerung waren die Gebote der Nachkriegszeit. Die Gütersloher vertrauten einem Sozialdemokraten beim Neuanfang: Hans Hossius wurde erster sozialdemokratischer Bürgermeister, und die von ihm verantworteten Programme zum sozialen Wohnungsbau bekamen Vorbild-Charakter für das junge Nordrhein-Westfalen. Ab 1951 schrieb dann Hermann Vogelsang als zweiter SPD-Bürgermeister Lokalgeschichte. Er blieb seiner Partei bis ins hohe Alter ein aufmerksamer Berater. Willy, Eichberg, Eva Thöl, Marianne Kohlmeyer, Gerd Lüdeling oder Volker Tappe – stellvertretend seien hier nur einige Gütersloher Namen für viele andere genannt, die in den vergangenen 30 Jahren die Politik in der Stadt aktiv und maßgeblich mit gestaltet haben. Sie alle haben ihren entscheidenden Anteil daran, dass wir uns heute als familienfreundliche, soziale und weltoffene Stadt präsentieren können, in der unterschiedliche Kulturen friedlich zusammen leben.

Als SPD-Genossin und Bürgermeisterin dieser Stadt darf ich außerdem ganz persönlich hinzufügen: Es tut gut und spornt mich an, einen kleinen Teil dieser Geschichte mitgeschrieben zu haben. Das Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen in meine Person werde ich auch als Vertrauen in die Partei, der ich angehöre. In diesem Sinn ist der historische Rückblick auf 100 Jahre SPD in Gütersloh alles andere als eine Rückschau, sondern eine Entwicklung, die Mut macht, Ideen für die Zukunft zu entwickeln und sich auch weiterhin für die Dinge stark zu machen, die unserer Stadt gut tun. Mit Blick auf das Spinnrad in unserem Wappen daher die Aufforderung zum runden Geburtstag: Packen wir gemeinsam in die Speichen, damit das Rad sich weiter dreht!

Eure

Maria Unger
Bürgermeisterin





GRUSSWORT DES PARTEIVORSITZENDEN



Liebe Genossinnen und Genossen,

der SPD-Ortsverein Gütersloh kann in diesem Jahr auf sein 100-jähriges Bestehen zurückblicken. Zu diesem stolzen Jubiläum gratuliere ich recht herzlich.

Jahrestage wie dieser sind Anlass zum Rückblick: Die Sozialdemokratie ist als älteste demokratische Partei unseres Landes seit ihrer Gründung 1863 Teil einer Freiheitsbewegung, die für mehr Demokratie und Gerechtigkeit eintritt. Mit Stolz kann die SPD auf ihre historischen Leistungen zurückblicken. Die Sozialdemokratie, die sich in fast 145 Jahren nie aus politischen Gründen umbenennen musste, hat stets gegen Krieg und Unterdrückung gekämpft und die Geschichte unseres Landes, seine politische und soziale Kultur, entscheidend geprägt.

Es war die SPD, die die Werte der europäischen Aufklärung in Deutschland durchgesetzt hat. Dazu gehört der Einsatz für das Recht der Arbeitnehmerschaft auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabe ebenso wie die Durchsetzung des Frauenwahlrechts. Die SPD war die verlässlichste Stütze der ersten deutschen Demokratie. Ihre Mitglieder haben aufopfernd gegen den Nationalsozialismus gekämpft. Die tapfere Haltung mutiger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die sich den Nationalsozialisten entschlossen in den Weg stellten – im Reichstag bei ihrer Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes wie auf den Straßen – war beispielgebend und ist es uns bis heute. Nach 1945 galt es, Freiheitsrechte gegen den Kommunismus zu verteidigen. Auch hier stand die Sozialdemokratie entschlossen auf der Seite der Demokratie. Viele Genossinnen und Genossen wurden für ihre Überzeugung seit 1933 verfolgt, nicht wenige haben sogar ihr Leben verloren. Ihre Opfer für Freiheit und Demokratie sind uns dauerhafte Mahnung und Verpflichtung.

In der Bundesrepublik hat die SPD die zweite deutsche Demokratie ab 1949 entscheidend mitgestaltet. Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer haben die SPD nach Verbot und Verfolgung wieder aufgebaut. Das Godesberger Programm 1959 hat uns regierungsfähig gemacht. Die Ostpolitik unter Willy Brandt hat geholfen, den Eisernen Vorhang zu überwinden. Helmut Schmidt hat in schwierigen Zeiten Kurs gehalten. Mit Gerhard Schröder haben wir die





umfassende Erneuerung unseres Landes begonnen und eigenständige außenpolitische Verantwortung bewiesen.

Auch in den kommenden Jahren steht die Sozialdemokratie vor großen Aufgaben. Mit unserem neuen Grundsatzprogramm haben wir uns ihnen gestellt: Wir wollen das soziale Europa als eine politische Antwort auf die wirtschaftliche Globalisierung. Wir erstreben eine friedliche und gerechte Weltordnung. Wir wollen mit einem vorsorgenden Sozialstaat die Menschen stärken und gleiche Lebenschancen für alle durchsetzen. Wir wollen nachhaltigen Fortschritt, der wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Vernunft verbindet. Bei all dem prägen unsere unverrückbaren, gleichwertigen und gleichrangigen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität unsere politische Arbeit.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Vor 100 Jahren wurde Euer Ortsverein gegründet. Seitdem engagieren sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Gütersloh für die soziale Demokratie im Land und für eine kluge kommunale Politik vor Ort. Die SPD hat in dieser Zeit Höhen und Tiefen erlebt – aber sie hat stets davon profitiert, wenn engagierte Parteimitglieder in den Städten und Gemeinden ganz „nah dran“ waren an den Hoffnungen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, ihrer Nachbarn. Denn Parteien sind kein Selbstzweck. Unsere Demokratie lebt davon, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger einbringen und mitentscheiden – nicht nur am Wahltag, sondern im Alltag: in Vereinen, Gewerkschaften, Kirchen und in den demokratischen Parteien. Wir brauchen Menschen, die sich im Freundeskreis, am Arbeitsplatz oder im Verein für unsere Ideen einsetzen. Eine starke Sozialdemokratie mit vielen engagierten Mitgliedern ist der Garant für eine soziale und demokratische Entwicklung unseres Landes.

Wir können stolz sein auf das, was die Sozialdemokratie bisher für unser Land und seine Menschen geleistet hat – nicht nur im Bund und in den Ländern, sondern gerade auch in den Städten und Gemeinden. Eure Vertrauensarbeit wird weiter gebraucht. Deshalb danke ich Euch für alles, was Ihr bisher für die gemeinsame Sache geleistet habt. Lasst uns diese Arbeit gemeinsam weiter im Interesse der Menschen fortsetzen!

Mit herzlichem Gruß

Euer

Kurt Beck





GÜTERSLOH IM VORMÄRZ UND IN DER REVOLUTION VON 1848

„Es wohnt ein eigen Volk in Gütersloh“,¹ so heißt es in vielen Darstellungen zur Geschichte unserer Stadt. Dieser unverwechselbaren Eigenart der Gütersloher Bürger begegnet auch, wer den Spuren des Kampfes der Arbeiterbewegung in dieser Stadt folgt.

Ganz im Sinne der vierten These des Eisenacher Programms der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei von 1869, in der es heißt:

„Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen“,²

beginnt diese Betrachtung dort, wo die Gütersloher Bürger sich zum ersten Mal mit demokratischen Ideen konfrontiert sahen.

Wie überall in Deutschland geschah dies in den Jahren des Vormärz, besonders von 1842 bis 1848.

Die kleine Heidestadt Gütersloh zählte um diese Zeit etwa 3000 Einwohner. Hier hatte von 1827 bis 1838 der sogenannte „Pietistengeneral“ Pastor Heinrich Volkening erfolgreich gewirkt.

Gütersloh wurde wegen der Frömmigkeit seiner Bürger von nun an „Naza-reth“ oder gar „evangelisches Rom“ genannt.

Auf die Zugehörigkeit zum großen Königreich Preußen (seit 1815) waren die Gütersloher sehr stolz. Wirtschaftlich bedeutsam waren damals die Feingarnspinnerei, das Frachtfuhrwesen, der Handel mit Butter, die Verarbeitung von Fleisch zu Wurstwaren, das Brennerei- und Destillationsgewerbe und der Pumpnickelversand.

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, vor allem die zunehmende Industrialisierung, führte trotz des Fleißes und der Bescheidenheit der Gütersloher Bürger („Die Gütersloher können auf dem Eise grasen“) in den 40er Jahren zu großer Armut und sogar zu Hungersnöten unter der Bevölkerung. Unter der Oberaufsicht des ostdeutschen Adelligen und ehemaligen Majors von Trzebiatowski, der Landrat in Wiedenbrück war, fanden am 8. Oktober 1842 die ersten Stadtverordnetenwahlen in Gütersloh statt. Gewählt wurden





diesmal auch einige fortschrittlich-liberale Kandidaten, so Justizrat Groneweg, Kaufmann Plange, Fr. Welpmann, A. Wüllner und als weitere Vertreter Hr. Lienenkamp, Georg Langert, G.W. Köhne, Joseph Müller und M. Strenger.³ Diese Wahl verlief ruhig und ohne große Anteilnahme in der Bürgerschaft. In den folgenden Jahren fanden mehrere Nachwahlen statt, und von Wahlgang zu Wahlgang traten die politischen Gegensätze deutlicher hervor. Die in den Nachwahlen erfolgreichen Kandidaten gehörten fast ausschließlich rechtsstehenden Gruppierungen an.

Die zunehmende Ablehnung der demokratischen Kandidaten durch die Gütersloher Bürger bis hin zur offenen Feindschaft wird verstehbar, wenn man aus den Berichten des Landrates an den Regierungspräsidenten in Minden ersieht, dass diese Personen als Sozialisten und Kommunisten bezeichnet wurden.⁴ So heißt es über Justizrat Groneweg, Goldschmied Wüllner, Privatsekretär Haubizobel, Apotheker Groneweg und Kaufmann Welpmann in diesen Berichten, sie seien „seit 1843 notorisch kommunistischen Ansichten ergeben“.⁵ Dieser Beurteilung eines königlich preußischen Landrates wird man heute mit großem Vorbehalt begegnen müssen. Nähere Nachforschungen haben aber ergeben, dass einige der genannten Personen enge Verbindungen zum „Rhedaer bzw. Holter Kreis“ um Dr. Otto Lüning und Joseph Weydemeyer hatten.⁶

Nach den Berichten des Landrates vom 31.12.1845 war der Kreis Wiedenbrück noch niemals Schauplatz staatsgefährlicher Umtriebe, dem Dr. Lüning aber sei es „durch Geist und Talent“ gelungen, „einige dem politischen und religiösen Rationalismus ohnehin ergebene Köpfe an sich zu ziehen“ und dann auch bei den einfachen Leuten Einfluss zu gewinnen.⁷ Wichtigstes Organ dieses frühsozialistischen Kreises in Ostwestfalen, der Verbindung zu Marx und Engels hatte, war das von Dr. Lüning herausgegebene „Westfälische Dampfboot“. Dieses Blatt wird charakterisiert als ein „unverschleierter Vertreter der Ideen des Sozialismus, und alle Berichte zeigten den Kampf gegen die Ausbeutung des Proletariats“.⁸ Zu den „thätigsten Mitgliedern“ dieses Kreises gehörte nach dem Urteil des Landrates auch Justizrat Groneweg aus Gütersloh (s. Abb. 1).⁹

Groneweg erhielt am 19.9.1846 Besuch von Hoffmann von Fallersleben, der 1842 wegen der freiheitlichen Gesinnung seiner „Unpolitischen Lieder“ seines Amtes enthoben wurde.¹⁰ Der Justizrat war Vorstandsmitglied einer Untergliederung des „Berliner Zentralvereins für die arbeitenden Klassen“, in dessen Neujahrsaufruf es schon 1845 hieß:





„Reicht dem Proletarier freundlich die Hand, damit er sie nicht einst mit der Hast der Verzweiflung erfasse und zerquetsche. Ist nicht die Erde für alle erschaffen? Und ihr, die ihr soviel Platz einnehmt... rückt ein wenig zusammen, wenn ihr nicht zusammengedrängt werden wollt!“¹¹

Groneweg war gemeinsam mit dem Gütersloher Kaufmann Plange Mitunterzeichner eines Aufrufs zur Bildung eines „Vereins für die arbeitenden Klassen“.¹² Diesem Aufruf folgten am 12. Januar 1845 mehrere tausend Weber, Spinner und Handwerker aus Gütersloh, Rheda und anderen Orten unseres Gebietes in den großen Ressourcen-Saal zu Bielefeld. Die Stimmung dieser Versammlung wurde damals mit dem folgenden bezeichnenden Satz beschrieben: „Es kocht in den Leuten eine Erbitterung gegen alle Maschinen, wie sie kaum in Schlesien größer gewesen.“¹³ Am 22. Januar 1845 gehörte Groneweg mit Dr. Stohlmann und dem Kaufmann Plange zu den Unterzeichnern eines „Hülfsvereins für Stadt und Amt Gütersloh“ gegen die Massenarmut.¹⁴



1 JUSTIZRAT GRONEWEG

In den demokratischen und teilweise sozialistischen Ideen dieser Männer erblickten die frommen und preußisch-königstreuen Gütersloher einen Angriff auf Gott, König und Vaterland. So kam es, dass die revolutionären Ereignisse im März 1848 in Gütersloh zu einem tumultartigen Aufstand gegen die Revolution führten. Die näheren Umstände seien hier kurz dargestellt.¹⁵

Ende des Jahres 1847 gehörten folgende Personen der Stadtverordnetenversammlung an: Justizrat Groneweg, Apotheker L. Groneweg, Kaufmann Fr. Zumwinkel, Kaufmann E. H. Barkey, Rentier Barth, Buchdrucker C. Bertelsmann, Kaufmann Karl Stahl, Kaufmann L. Schlüter und W. Güth. Die Sitzungen waren öffentlich, die Tagesordnung wurde drei





Tage vor der Sitzung durch Aushang veröffentlicht. Die Tagesordnung für den 13. März 1848 (s. Abb. 2) sah u. a. eine Petition um die Gewährung demokratischer Grundrechte an den König vor. Die Ankündigung dieses Tagesordnungspunktes sorgte für große Aufregung unter der Gütersloher Bevölkerung. Ein Augenzeuge berichtet über die Strategie der Konservativen, die Unterschichten vom Busch in ihrem Sinne aufzuwiegeln. Sie „machten... den Büskern weis, dass die Magogen (Liberalen) unseren lieben Hergott absetzen, unseren König verjagen und unseren Bürgermeister Rüter einsperren lassen wollten.“¹⁶ Der Landrat versuchte noch am 13. März, die Versammlung mäßigend zu beeinflussen; Bürger traten an den Vorsitzenden Groneweg heran und baten um Vertagung.

Mit einer ruhigen und gemäßigten Rede eröffnete am 13.3. um 2 Uhr der Justizrat die Sitzung im völlig überfüllten Saal der Gesellschaft „Eintracht“. Als die Petition zur Abstimmung gestellt wurde, stimmten vier Stadtverordnete dafür, fünf (Zumwinkel, Bertelsmann, Barkey, Barth und Güth) dagegen. Nach der Abstimmung kam es zu Tumulten im Saal, Hochrufe auf den König von Preußen wurden laut, und bald zogen große Volkshaufen singend durch die Stadt. Sie forderten die Herausgabe von Gertranken, zerstörten die gesamte Einrichtung des Versammlungslokals, stürmten den Weinkeller und warfen den demokratischen Stadtverordneten in der Dunkelheit die Scheiben ein. Die Polizei war machtlos.

Als zuverlässig königstreu erwiesen sich die Gütersloher auch bei der festlichen Begrüßung preußischer Soldaten auf dem Gütersloher Bahnhof. Die Soldaten waren auf dem Weg nach Baden, um die revolutionäre Bewegung auch dort zu bekämpfen. Die Gütersloher ermunterten sie mit den Worten:

„Brörkes, nu howwet'er men up.“¹⁷

Bei C. Bertelsmann erschien 1848 ein „Volksblatt“, das sich die Bekämpfung der Revolution zur Aufgabe gemacht hatte, es hatte aber nicht lange Bestand.¹⁸

Justizrat Groneweg, der auch zu den Steuerverweigerern in Preußen zählte, wurde gerichtlich verfolgt und wanderte 1850 nach Amerika aus. Im Jahre 1854 kehrte er nach Deutschland zurück. Er starb am 20. März 1886 in Gütersloh. Friedrich David Groneweg darf wohl zu Recht als profilierter Frühsozialist bezeichnet werden.¹⁹ Der König von Preußen hat die Gütersloher bei späteren Anlässen besonders dafür gelobt, dass ihre königstreue Gesinnung auch in schwerer Zeit Bestand gehabt hätte.²⁰

Frei nach Heinrich Heine ist hier zu resümieren, dass die meisten Einwohner





Für die nächstfolgende Sitzung am 13. März stellte der Stadtverordnetenvorsitzer folgende wichtige Gegenstände zur Beratung:

1. eine Petition um vollständige Gewährung der dem Volke gebührenden, bezw. durch die deutschen Bundesakte zugesicherten Rechte.

Im einzelnen möchte zu erbitten sein:

- A. Einführung einer Repräsentativverfassung (Volksvertretung) unter Aufhebung der Klassifikation der Vertretung nach Ständen mit Feststellung eines sehr geringen Wahlzensus.
 - B. Einführung unbedingter Pressfreiheit.
 - C. Bewilligung des Assoziationsrechtes auch zur Beratung öffentlicher Zustände.
 - D. Allgemeine Volksbewaffnung durch Errichtung von Bürgergarden mit Verringerung der stehenden Heere.
 - E. Volle Religionsfreiheit mit Gleichstellung aller in betreff der staatsbürgerlichen Rechte.
 - F. Vollständige Rechtspflege mit Schwurgerichten unter Befähigung des neuen Strafgesetzentwurfes und des existierenden Gerichtsstandes.
 - G. Gerechte Besteuerung nach dem Einkommen.
 - H. Umwandlung des Bundestages in ein deutsches, vom Volke zu beschickendes Parlament.
 - I. Amnestie für alle politischen und Press-Vergehen resp. Verbrechen und Niederschlagung aller bezüglichen Untersuchungen.
 - K. Nicht-Überschreitung der Landesgrenze durch die bewaffnete Macht in offener Stellung.
2. Revision des Haushaltsetats der städtischen Armenkasse pro 1848/50.
 3. Wahl der Armenpfleger und Belegung der Armenkapitalien in Staatschuldscheinen.
 4. Feuerpolizeiordnung.
 5. Aufhebung des Schulgeldes.
- Sätersloh, den 8. März 1848.**





unserer kleinen Stadt Gütersloh wohl begeistert und geblendet waren von der Kühnheit des preußischen Adlers, während die demokratischen Sozialisten schon früh die Schärfe seiner Krallen erkannten und zu spüren bekamen.²¹

Nach den Ereignissen vom März 1848 in Gütersloh setzten die Konservativen alles daran, ihre Macht auszubauen und zu festigen. In den Ergänzungswahlen der Jahre 1848 bis 1850 wurden immer mehr liberale durch konservative Stadtverordnete ersetzt.

Die Konservativen ruhten nicht, bevor sie in einem Amtsenthebungsverfahren auch den liberalen Bürgermeister A. Rüter durch den Konservativen Friedrich Wilhelm Friebe ersetzt hatten. Damit hatten diese politischen Reaktionäre Gütersloh fest im Griff. Neben der politischen und ökonomischen Macht, die sie repräsentierten, verband sie ein Netz an gesellschaftlichen Beziehungen. Sie stellten die Mehrheit im Presbyterium, in der Lehrerschaft und verkehrten überwiegend in der Gesellschaft „Erholung“. Hier gingen die Vorräte an Wein und Bier nie zur Neige, wogegen die Unterschichten in den 40er Jahren bis an den Rand der physischen Existenz gedrückt wurden.²²





VERBOT DER POLITISCHEN BETÄTIGUNG DURCH DAS SOZIALISTENGESETZ

Nach der gescheiterten Revolution von 1848 fielen die Demokraten und Sozialisten in tiefe Resignation. Es dauerte fast zwei Jahrzehnte, bis die Arbeiterbewegung mit eigenen Organisationen wieder in den Blickpunkt der Öffentlichkeit trat. Die wirtschaftliche Entwicklung in den siebziger Jahren, nach der Gründung des deutschen Kaiserreiches, war anfänglich von einer Hochkonjunkturphase gekennzeichnet, die aber schon nach 1873 zu Ende ging. In Gütersloh, das dank des Fleißes seiner Bürger, der Bahnlinie und mehrerer gepflasterter Straßenverbindungen zunehmenden wirtschaftlichen Aufschwung nahm, wurde 1874 bei Greve & Güth die erste mechanische Baumwollspinnerei gegründet. Die politische Entwicklung in den Jahren 1871 bis 1890 lässt sich am besten an den Ereignissen und Ergebnissen im Zusammenhang der Wahlen zum Deutschen Reichstag darstellen.¹

Am 3. März 1871 fanden zum ersten Mal Reichstagswahlen statt. Gütersloh gehörte zu dem aus den Kreisen Bielefeld und Wiedenbrück gebildeten Wahlkreis. Erster sozialdemokratischer Kandidat war der Tischler Wilhelm Pfannkuch, der zu den Lassalleanern gehörte und aus Kassel stammte. Die Konservativen bekamen 1871 die absolute Mehrheit mit 6.379 Stimmen, die Sozialdemokraten erhielten im Wahlkreis 514, davon aus dem Kreis Wiedenbrück 44 Stimmen.

1874 kandidierten zwei sozialdemokratische Kandidaten im Wahlbezirk, der schon vorher genannte Genosse Wilhelm Pfannkuch (Lassalleaner) und der spätere Parteiführer August Bebel, der ein Mitbegründer der „Eisenacher“ Richtung (Sozialdemokratische Arbeiterpartei) war. Gewählt wurde der liberale Kandidat Kisker.

Pfannkuch erzielte 961 Stimmen, davon 87 im Kreis Wiedenbrück, Bebel erhielt 81 Stimmen, in unserem Kreis hatte ihn niemand gewählt. Unter dem Druck der wirtschaftlichen Krise und staatlicher Repressionen kam es 1875 zur Vereinigung von Lassalleanern und Eisenachern auf dem Einigungsparteitag in Gotha. Die programmatische Zielsetzung der Sozialistischen Arbei-





Reichs-Gesetzblatt.

N^o 34.

Inhalt: Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. S. 351.

(Nr. 1271.) Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. Vom 21. Oktober 1878.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen u.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

§. 1.

Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten.

Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten.

Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art.

§. 2.

Auf eingetragene Genossenschaften findet im Falle des §. 1 Abs. 2 der §. 35 des Gesetzes vom 4. Juli 1868, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften, (Bundes-Gesetzbl. S. 415 ff.) Anwendung.

Auf eingeschriebene Hülfskassen findet im gleichen Falle der §. 29 des Gesetzes über die eingeschriebenen Hülfskassen vom 7. April 1876 (Reichs-Gesetzbl. S. 125 ff.) Anwendung.

§. 3.

Selbständige Rassenvereine (nicht eingeschriebene), welche nach ihren Statuten die gegenseitige Unterstützung ihrer Mitglieder bezwecken, sind im Falle des Reichs-Gesetzbl. 1878.

67

Ausgegeben zu Berlin den 22. Oktober 1878.





terpartei Deutschlands wird im nachfolgenden Auszug aus dem Gothaer Programm deutlich:

„Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands erstrebt mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerschlagung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.“²

Bei den Reichstagswahlen im Jahre 1877 konnten die Sozialdemokraten ihren Stimmenanteil im Kreis Wiedenbrück fast verdreifachen. Der konservative Kandidat gewann mit 5.377 Stimmen zwar die Mehrheit, aber der Genosse Pfannkuch erzielte beachtliche 2.165 Stimmen, wovon 238 aus dem Kreis Wiedenbrück stammten. Seit der Reichsgründung hatte Bismarck versucht, mit zunehmend härteren Maßnahmen die Arbeiterbewegung in ihrem Kampf für Demokratie und Sozialismus zu behindern. Das Ergebnis der Reichstagswahlen von 1877, in der die vereinigte Sozialdemokratie 7,1% der gesamten Stimmen erhalten hatte, signalisierte ihm die Erfolglosigkeit seiner Bemühungen. Zwei Attentate auf den Kaiser, mit denen die Sozialdemokraten nachweislich nichts zu tun hatten, lieferten ihm den Vorwand für das sogenannte „Sozialistengesetz“ vom 19. Oktober 1878 (s. Abb. 3). Dieses „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ führte zum Verbot aller sozialdemokratischen Organisationen, zur Auflösung der Parteiorganisation und der Gewerkschaften, zu Verhaftungen, Verurteilungen und dazu, dass viele Sozialisten ihre Heimat verlassen mussten. Im Reichstag hatten Konservative und Nationalliberale für, Sozialdemokraten, Zentrum und die linksliberale Fortschrittspartei gegen das Ausnahmegesetz gestimmt. Bis zum 30. September 1890 hielten die Bespitzelungen und Verfolgungen der Sozialdemokraten aufgrund dieses Gesetzes an.

Allein die Wahlen zum Reichstag und die Aktivitäten der Reichstagsfraktion ermöglichten eine legale Betätigung und eine gewisse organisatorische Verbindung während der zwölf Jahre dauernden Ausnahmesituation.

In Gütersloh residierte seit dem 13. März 1874 der Bürgermeister Emil Mangelsdorf, er behielt dieses Amt bis zum Jahre 1908.³ Anlässlich seines Todes am 25. Juli 1925 charakterisiert ihn die Volkswacht als einen Vertreter der schlimmsten Reaktion. Mit seinen politischen Hintermännern habe er mit brutaler Polizeifaust versucht, jede freiheitliche Bewegung im Keim zu erstickern. Hierbei habe er von keinem Mittel zurückgeschreckt. Gegen seine z. T. ungesetzlichen Maßnahmen konnten sich z. B. die Arbeiter der Firma





Güth & Wolf im Jahre 1906 nur durch Anrufung der Gerichte erfolgreich wehren.

Besprechungen der Arbeiter in Fabriken hatte Mangelsdorf kurzerhand zu verbotenen politischen Veranstaltungen erklärt und aufgelöst.⁴ Dieser Bürgermeister Mangelsdorf war es auch, der am 21. Februar 1885 dem königlichen Landrat Herrn Dr. Osterarth, Hochwohlgeboren, ein „Verzeichnis derjenigen Personen, welche sich als Anhänger der Sozialdemokratie bekennen oder als solche bekannt geworden sind“, zukommen ließ (s. Abb. 4).⁵ Das dem Anschreiben beigefügte Verzeichnis nennt 17 Personen mit der Angabe des Standes (sprich Beruf), Wohnortes, Lebensalters und Geburtsortes (s. Abb. 5).⁶ Die aufgeführten Personen waren im Alter zwischen 20 und 46 Jahren. Diese Liste ist, wenn man einige Anmerkungen so deutet, evtl. im Jahre 1887 nochmals bearbeitet worden, dabei hat man zehn der aufgeführten Namen durchgestrichen. Was mit den genannten Personen geschehen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Nach den historischen Unterlagen wurden während der Zeit des Sozialistengesetzes im Reichsgebiet insgesamt 1.500 Personen zu rund 1.000 Jahren Gefängnis verurteilt.⁷ Über den Gütersloher Bürgermeister Mangelsdorf urteilt die Volkswacht:

„Wie immer, so war auch Mangelsdorf ein Teil von jener Kraft, die das Böse will und das Gute schafft. Heute mustert die freie Gewerkschaft 1.400 Männer und Frauen als Ihre Mitglieder. Die Sozialdemokratie ist von Wahl zu Wahl vorwärts geschritten und die Arbeiterschaft wird auch in Zukunft ihren Weg gehen.“⁸

Dieses Urteil aus dem Jahre 1925 trifft z.T. schon auf das Jahr 1890 zu. Bei den Reichstagswahlen vom 20.2. erhielten die Sozialdemokraten 19,7% der Stimmen und wurden stärkste Wählerpartei des Kaiserreiches. In unserem Wahlbezirk kandidierte für die SPD der bekannte Genosse und jüdische Kaufmann Paul Singer aus Berlin. Erstmals kam ein Sozialdemokrat im Wahlbezirk Bielefeld/Wiedenbrück mit 4.683 Stimmen in die Stichwahl. Hier allerdings setzte sich der Kandidat des Zentrums gegen die Sozialdemokraten durch. Aus der Zeit der Verfolgung, Unterdrückung, Verdächtigung und Verleumdung ging die sozialdemokratische Bewegung stärker hervor. „Die Aktivitäten der Sozialdemokraten nehmen ständig zu“, so schrieb schon 1887 der Landrat von Wiedenbrück an den Regierungspräsidenten.⁹





Haus Gütersloh.

Verzeichnis

Ausgewählte Personen, welche sich als Anhänger der
Socialdemokratie bekannnen oder als solche bekannt
geworden sind.

fr 22/2 85-

Gütersloh, den 11. Februar 1885

8/84 5.

Sand!

Herrn Herrn Friedrichsen Lantrock
Herrn Dr. Oetters

Geflügelgeschäft

1884

Wiederbrück

in Auftrage des Grafen
Marginal. Auftrage von
H. v. M. H. 2/85 S. 1884/85
veröffentlicht.

Herr Bürgermeister
Gütersloh

fr 1/85 S.





Land- jahr 91	Name	Stand	Beruf	Alter	Jahres- zahl	Bemerkungen
	der Betroffenen			Jahre		
	<u>A. hervorragende Mitglieder der Sozialdemokratie</u>					
	vacat.					
	<u>B. Personen, welche sich öffentlich oder geheim als Anhänger</u> <u>der Sozialdemokratie bekennen, ohne jedoch einen Anspruch hervor-</u> <u>ragenden Beispiels herausstellen zu lassen.</u>					
1	Baumgarten, Adolf	Tagelöhner	Industrie	27	Sackhausen	„
2	Dankhof, Adolf	Tagelöhner	Industrie	25	Industrie	„
3	Wille, August	Bauer	„	28	„	„
4	Herrmann, Adolf	Tagelöhner	„	27	Teichfeld	„
5	Schneke, August	Feiler	„	46	Industrie	„
6	Lauf, Ludwig	Tagelöhner	„	26	Industrie	„
7	Mohr, Adolf	Tagelöhner	„	39	Industrie	„
8	Mohr, Ludwig	Tagelöhner	„	26	Industrie	„
9	Schneke, Adolf	Tagelöhner	„	32	Industrie	„
10	Pöpel, Hermann	Tagelöhner	„	23	Industrie	„
11	Schneke, Hermann	Tagelöhner	„	29	Industrie	„
12	Schneke, Adolf	Tagelöhner	„	20	Industrie	„
13	Wille, August	Tagelöhner	„	27	Industrie	„
14	Herrmann, Hermann	Tagelöhner	„	42	Industrie	„
15	Schneke, August	Tagelöhner	„	28	„	„
16	Mohr, Ludwig	Tagelöhner	„	39	„	„
17	Herrmann, August	Tagelöhner	„	31	„	„
18	Mohr, August	Tagelöhner	„	31	„	„
19	Mohr, August	Tagelöhner	„	31	„	„
20	Mohr, August	Tagelöhner	„	31	„	„

5. AUFSTELLUNG DER MITGLIEDER DER SOZIALDEMOKRATEN





AUF DEM WEG ZUR POLITISCHEN MEHRHEIT IM WAHLKREIS

Nachdem am 30. September 1890 das Sozialistengesetz endlich aufgehoben wurde, änderte sich das Verhalten der erzkonservativen, rückwärtsgewandten Kräfte gegenüber den Sozialdemokraten kaum. Der autoritäre preußische Staat verstand es besonders gut, durch eine Fülle von Gesetzen und Verordnungen die Aktivitäten freiheitlicher Sozialisten zu behindern und die Beteiligten als Kriminelle hinzustellen. Im Zusammenhang mit den Reichstagswahlen kam es immer wieder zu Zwischenfällen. 1893 wies der Wiedenbrücker Landrat Dr. Osterrath darauf hin, dass Wahlplakate in Gütersloh, Rheda und Wiedenbrück, „namentlich solche der sozialdemokratischen Partei“, ... sofort zu entfernen seien.¹ Bei der Stichwahl zur Reichstagswahl von 1893 zwischen einem Konservativen und dem Zentrums kandidaten Humann entschieden sich die Sozialdemokraten auf einer Versammlung in Bielefeld (1.200 Parteigenossen nahmen daran teil) dafür, den Zentrums kandidaten zu unterstützen. Daraufhin boykottierten die evangelischen Christen in Gütersloh die katholischen Geschäftsleute.²

Die Bielefelder Sozialdemokraten hatten längst erkannt, dass Erfolge bei den Reichstagswahlen nur möglich waren, wenn sie ihre politischen Aktivitäten besonders im „schwarzen“ Kreis Wiedenbrück verstärkten. Häufig fuhren sie dazu des Sonntags mit dem Frühzug über Land, um Flugblätter zu verteilen und mit den Menschen zu diskutieren. In Gütersloh und Kaunitz wurden dabei mehrere Genossen verprügelt und misshandelt.³

Bürgermeister Mangelsdorf befürchtete schon im März 1898, man müsse damit rechnen, dass der sozialdemokratische Kandidat in die Stichwahl kommen könne.⁴

Zur Reichstagswahl im Jahr 1898 kandidierten im Wahlkreis Bielefeld/Wiedenbrück der konservative Kommerzienrat Ferd. Bartels (aus Gütersloh), der Kaufmann und Sozialdemokrat Gustav Ulrich und der Landwirt Heinrich Humann für das Zentrum.

In einem Flugblatt vom 15. Juni 1898 werben „Mehrere Bürger von Gütersloh“





für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten. Mit dem Hinweis auf lokale Skandale der Christlich-Konservativen verbinden sie einen Appell an die Wähler, in dem es am Schluss heißt: „Deshalb, ihr kleinen Leute von Gütersloh, lasst euch nicht bange machen, sondern geht am 16. Juni alle zur Wahl und wählt den Kandidaten der Partei, welche euer Interesse in der Stadt und im Reich wirklich wahrnimmt, den Kaufmann Gustav Ulrich in Stuttgart!“⁵

Im Kreis Bielefeld gab es eine klare Mehrheit für den Sozialdemokraten, der Kreis Wiedenbrück verhinderte aber zum wiederholten Mal – auch in der nachfolgenden Stichwahl – einen Erfolg des sozialdemokratischen Kandidaten.

Im Jahre 1903 war es soweit: Die Sozialdemokraten erkämpften mit 11.564 Stimmen ihren ersten Sieg über die bürgerlichen Parteien im Wahlkreis. Durch eine Änderung des Wahlrechts hatten die Sozialdemokraten erreicht, dass von nun an die Aufstellung von Wahlzellen eine geheime Wahl gewährleisten sollte. Diese Tatsache hatte sicherlich mit beigetragen zu der hohen Wahlbeteiligung von 85 % im Kreis Wiedenbrück und zum Stimmengewinn der Sozialdemokraten. In Flugblättern hatte die Partei auf die Wahlrechtsänderung hingewiesen. Dort hieß es z. B.:

„Zur großen Wut der Konservativen, welche die Verschärfung des geheimen Wahlrechts als Klosettgesetz verhöhnten, hat die Regierung eine Verordnung erlassen, welche zum ersten Mal eine wirklich geheime, wirklich freie Wahl gewährleistet. Jeder kann diesmal furchtlos den Mann seiner Überzeugung wählen. Niemand kann seine Überzeugung kontrollieren. Kein Gutsherr, Inspektor, Fabrikleiter usw. kann mehr die Arbeiter mit kenntlich gemachtem Wahlzettel zur Urne marschieren lassen.“⁶

Trotz des Abstandes von ca. 3.500 Stimmen gegenüber dem Kandidaten Humann (Zentrumspartei) musste eine Stichwahl durchgeführt werden. Dazu veröffentlichte „Die Glocke“ v. 24.6.1903 eine Anzeige (s. Abb. 6)⁷, in der sie zum Zusammenstehen der „reichstreuen Parteien“ aufrief. In der Stichwahl setzte sich der Zentrumskandidat mit einem Vorsprung von nur noch 930 Stimmen gegenüber dem Sozialdemokraten Bruno Schumann durch. Die Koalition von Zentrum, Nationalliberalen und Konservativen hatte noch einmal eine Mehrheit erhalten.

Zur Reichstagswahl 1907 (August Bebel hatte ihr die Bezeichnung ‚Hottentottenwahl‘ gegeben, weil es im Kern um die Frage der Ausweitung der Kolonien ging, die die Sozialdemokraten eindeutig ablehnten) kandidierte im

Die Glocke

(verbunden mit Beckumer Volkszeitung und Warendorfer Tageblatt)

Beilagen: „Unterhaltungsblatt“ und „Praktischer Ratgeber“.

Hand: 1454 ist Talmud im Guss und Freitag, Rannensendel: 1 R. 10 St., vom im Vertheil im Guss 1454 ist R. 17 St. vertheilt. im „Nachherer Sonntag“ 10 R. 10 St. vom. Sonntag ist 14 St. im Vertheil der vom Guss, Kellern + 14 St. 10 St.

Re. 142.

Hauptstadt: Berlin
 Fläche: 120.000 km²

Dienstag, den 24. Juni

Derivations in *Chlor*
 No. 11.

1903.

=== Stichwahl. ===

Die reichstreuern Parteien unseres Wahlkreises haben beschlossen, gegenüber dem Ansturm der roten Internationale
polenmännigst und gemeinlich dem

Landtagsabgeordneten **Heinr. Humann**

ihre Stimme zu hören

Mitbürger! Not und Gefahr hat oft die Deutschen einen müssen; wenn sie aber zusammenstanden, da durften sie kühn rufen:

„Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt“

Was es alsdort wertlos? Weil man bei Gerichte bei Inspektorenstandes kein Recht hat. Nichts ist das. Ich hab es ja ge
wirden, wenn wir nicht werden wollen, und ich treue. Weil die Polizei nicht verstehen, die es gewaltig. Ich
nicht auf den Weg zu ihrem Gange. Nur der blinde Polizei kann bei Gerichte überleben, welche zu einem Richterhaus heraus rückt, seine Prüfung bestehen tut.

Wenn das nicht geht, ist es
besser, das Problem nicht
anzugehen.

treu steht zu Kaiser und Reich,

Man schließlich arbeiten will im Schutze des Rechts, der darf sich nicht scheuen, seine Stimme abzugeben für den Rücktritt der nichtstimmigen Parteien.

den Landtagsabgeordneten

6 GLOCKE-AUFRUF VON 1903

Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück zum ersten Male der Gewerkschaftssekretär Carl Severing (s. Abb. 7) aus Bielefeld für die Sozialdemokraten. Mit dem Auftreten des gelernten Schlossers und späteren Ministers Severing verstärkte sich die politische Aktivität der Bielefelder Genossen im Kreis Wiedenbrück und besonders auch in Gütersloh.

In der Wahl vom 25. Januar 1907 vergrößerten die Sozialdemokraten ihren Stimmenanteil auf 13.642.

Es kam zur Stichwahl zwischen dem Industriellen von Möller und Carl Se-vering. Das Komitee des Zentrums rief in Flugblättern zur Wahl von Möllers auf – „Keine Stimme einem Sozialdemokraten“.⁸

Aber mit einem deutlichen Vorsprung von 2.474 Stimmen siegte Carl Se-vering und zog als Vertreter des Wahlkreises Bielefeld-Wiedenbrück in den Reichstag ein. Die Westfälische Zeitung kommentierte das Ereignis mit fol-genden Worten:

„Der Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück unter roter Flagge. ... Eine Schmach für den ganzen Wahlkreis, eine Schmach für den Regierungsbezirk Minden!“⁹



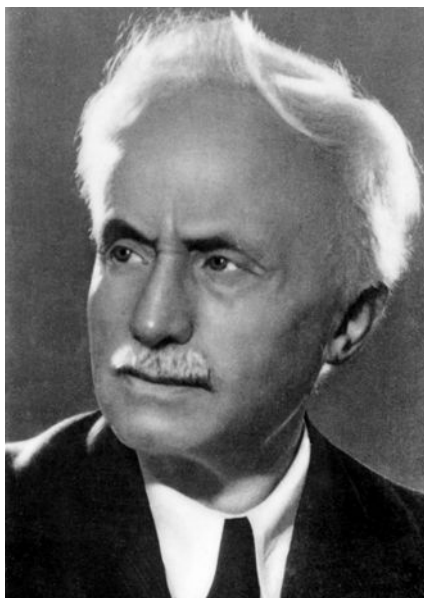
In Gütersloh kam es, wie schon 1893, erneut zu einem Boykott der katholischen Geschäftsleute durch evangelische Bürger. Die Nationalkonservativen konnten sich nicht daran gewöhnen, dass auch unter den Zentrumswählern zunehmend die politische Arbeit der Sozialdemokraten Anerkennung fand.

Im Rückblick auf die Erfahrungen der sozialdemokratischen Bewegung zwischen 1871 und 1907 schreibt die Volkswacht:

„War es schon vor dem Sozialistengesetz schwierig in diesem Wahlkreis die Agitation für den Sozialismus zu betreiben, so noch vielmehr unter dem Ausnahmegesetz. Trotz-

dem ist von dem kleinen Häuflein tätiger Genossen, unter immerhin nicht zu unterschätzenden Gefahren, mit Feuereifer und Pflichtbewusstsein Großes geleistet worden. Das Resultat dieser Aufopferung für die Sache des Proletariats war die ständige Steigerung der sozialdemokratischen Stimmen seit 1878.

Aber auch die Hatz unserer Gegner hat nicht wenig dazu beigetragen, die Aufmerksamkeit auf die Sozialdemokratie und ihre Bestrebungen zu lenken. Unfreiwillige Agitatoren waren die Gegner der Sozialdemokratie ja in ihrer blinden Wut gegen den Geist der neuen Zeit schon immer und lernten auch in dieser Hinsicht nichts. So wurde nach dem Sozialistengesetz von den Behörden eifrig in Sozialistenbekämpfung gearbeitet. Nicht zum wenigsten hatten darunter die politischen Vereine der Sozialdemokraten zu leiden.“¹⁰



7 CARL SEVERING



GRÜNDUNG SOZIALDEMOKRATISCHER ORGANISATIONEN IN GÜTERSLOH

Dem Einsatz der Bielefelder Genossen war es vor allem zu danken, dass es auch in Gütersloh mit der sozialdemokratischen Bewegung stetig aufwärts ging.

1895 berichtete „Die Glocke“ schadenfroh, dass es den Bielefelder Genossen trotz ihres 20jährigen Bemühens noch nicht gelungen sei, im Kreis Wiedenbrück Anhänger zu finden, und schließt diese Bemerkung mit der Hoffnung, dass es so auch hoffentlich bleiben möge.¹

Die Gütersloher Zeitung schreibt noch im September 1899:

„Versammlung. Ein neuer Versuch, der Sozialdemokratie hier Eingang zu verschaffen, ist am letzten Sonntag wieder gemacht worden.“

Danach folgt ein Bericht über eine Versammlung in der Turnhalle des Schankhauses „Zur Krone“. Ein Bielefelder hatte zu dieser Versammlung durch Flugblätter vor allem Maurer eingeladen. Der Vortrag war im Wesentlichen darauf ausgerichtet, die Anwesenden zum Aufbau eigener Organisationen zu gewinnen. Wörtlich schreibt die Gütersloher Zeitung dann am Schluss:

„Allgemeines Befremden hat es hervorgerufen, daß der Besitzer des Schankhauses ‚Zur Krone‘ seinen Saal für eine Versammlung hergegeben hat, die, wenn auch unter anderer Maske, sozialdemokratischen Zwecken diene, was um so mehr auffallen muß, als daselbst viele patriotische Vereine ihre Versammlungen und Feste abhalten.“

Die Volkswacht kommentiert diesen Bericht mit der Bemerkung, es sei doch erfreulich, dass auch im dunklen Gütersloh die Arbeiterbewegung zwar langsam, aber doch stetig vorwärts schreite.²

Zu den vielen Selbsthilfeeinrichtungen, die die Arbeiterbewegung hervorgebracht hatte, zählten auch die Konsumvereine. Sie wurden häufig als dritte Säule der sozialdemokratischen Bewegung bezeichnet, und ihr wirtschaftlicher Erfolg hatte bis in die Aufbauphase der Bundesrepublik hinein eine große Bedeutung für die Versorgung breiter Bevölkerungsschichten





mit preisgünstigen Lebensmitteln. Für Gütersloh und Umgebung existierte solch ein Konsumverein schon im Jahre 1903, Geschäftsführer war August Schachtsiek.³

Im Juli 1902 gelang die Gründung des Arbeiterturnvereins ‚Frisch auf‘. Vorsitzender war der Weber Gremmler. Bürgermeister Mangelsdorf war sofort in höchstem Maße mobilisiert und suchte nach Anhaltspunkten, diese Vereinsgründung zu verhindern. In einem Schreiben vom 27. Sept. 1902 an den Herrn Landrat in Wiedenbrück wies er darauf hin, dass die Vereinsmitglieder eine „Arbeiterzeitung mit ausgesprochen sozialdemokratischem Charakter“ erhielten, die als Hauptzweck die politische Organisation der Jugend zum Ziel hatte.⁴ Der Turnverein wurde mit Strafen belegt und löste sich bald auf. Ein Teil seiner Mitglieder trat später dem Arbeitergesangverein ‚Einigkeit‘ Gütersloh bei.

Weitere sozialdemokratisch orientierte Organisationen in dieser Zeit waren der Arbeiter-Turnverein und der Arbeiter-Gesangverein ‚Einigkeit‘ Gütersloh. Über die besonderen Schwierigkeiten beim Aufbau dieser Vereine liegt uns ein ausführlicher Bericht vor, der aus der Rückschau des Jahres 1910 die Gründungsphase beschreibt.⁵

Der Arbeiter-Gesangverein ‚Einigkeit‘ lud zu seinem ersten Stiftungsfest am 13.3.1910 nach Brackwede ein. Um den Bürgern zu erläutern, warum es, nach fünfjährigem Bestehen des Gesangvereins, nicht möglich war, in Gütersloh selbst zu feiern, wurde folgende Erklärung abgegeben:

„Vor einigen Jahren hatten wir hier am Ort einen Arbeiter – Turnverein. In kurzer Zeit zählte dieser Verein über hundert Mitglieder. Dieses rief bei den bürgerlichen Kreisen den größten Ärger hervor. Obschon von unseren Gegnern das Turnen als eine gute Sache anerkannt ist, ging man gegen die Arbeiter-Turnerschaft in der schärfsten Weise vor. Der Vereinswirt wurde fast täglich mit Strafmandaten bedacht. Viele Mitglieder wurden von Seiten der Arbeitgeber vor die Wahl gestellt, entweder aus dem Turnverein auszutreten oder die Arbeit zu verlassen. Die Polizeiverwaltung brachte es sogar fertig, uns am Tage der Gründungsfeier nachmittags eine Strafverfügung über 50 Mark zuzustellen, und machte sogar Miene, das Fest gewaltsam zu verhindern. Trotzdem nahm das Fest einen guten Verlauf. Infolge der Drangsalierungen, die der Verein zu erdulden hatte, löste er sich, nachdem der Vereinswirt das Lokal aufgegeben hatte, auf. Ein Teil der ehemaligen Turnvereins-Mitglieder entschloss sich nun, den





Gesangverein „Einigkeit“ zu gründen (1905, Anm.d.Verf.). Während seines fünfjährigen Bestehens hat es auch ihm an Drangsalierungen nicht gefehlt, er hat sich aber bis zum heutigen Tage gut erhalten. Bisher ist es dem Gesangverein ‚Einigkeit‘ noch nicht möglich gewesen, auch nur einmal eine Festlichkeit abzuhalten. Im vorigen Jahre hatten wir zu diesem Zweck ein Lokal gemietet. Alle Vorbereitungen zum Fest waren getroffen. Da, ganz unerwartet, wurde uns kurz vorm Tage des Festes das Lokal aufgesagt.“

Der Arbeiter-Gesangverein ‚Einigkeit‘ war Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes. Die Gütersloher hatten gute Kontakte zu Brackwede und zum Arbeiter-Gesangverein „Solidarität“ in Bielefeld.

Vorsitzender des Gütersloher Vereins war in den ersten Jahren seines Bestehens der Lagerarbeiter Wilhelm Sewerin.⁶

An anderer Stelle heißt es über die Ereignisse während der Gründungszeit des Arbeiter-Turnvereins in der Volkswacht:

„Dem danach gegründeten Arbeiter-Turnerbund, der 150 Mitglieder stark war, wurden in Gütersloh sämtliche Säle abgetrieben. Auf Betreiben der Reaktionäre wurden sämtliche Mitglieder in den Fabriken aufgefordert, aus dem Turnverein auszutreten oder die Papiere in Empfang zu nehmen. Die Vorstandsmitglieder wurden wie wilde Tiere aus Logis und Arbeit getrieben. Zwei Mitglieder des Vorstandes standen bei der Gütersloher Weberei von Strenger & Westerfrölke in Arbeit und wurden gekündigt. Dem Vertrauensmann der Textilarbeiter erklärte Herr Herm. Strenger: Die beiden Arbeiter sind zwar tüchtige Weber, aber ich darf sie nicht behalten, die Polizei macht mir sonst Scherereien.“⁷

Diese Berichte aus der Gründungszeit sozialdemokratischer Organisationen in Gütersloh belegen in anschaulicher Weise, wie viel Mut und Beharrlichkeit unsere Genossen am Anfang des Jahrhunderts aufbieten mussten, um in einem autoritären Klassenstaat erste Schritte auf dem Wege zur eigenen Interessenvertretung tun zu können. Die neuen Organisationen gaben den Arbeitern zum ersten Mal das Gefühl, einer Gemeinschaft Gleichgestellter und Gleichgesinnter anzugehören, und sie vermittelten die Hoffnung, dass durch gemeinsames solidarisches Handeln das Elend des Proletarierlebens überwunden werden könnte.





8 STADTPLAN DER STADT GÜTERSLOH VON 1907





1908 – ENTSTEHUNG DES SOZIALDEMOKRATISCHEN VEREINS

Gütersloh im Jahre 1908, das war längst keine kleine Heidestadt mehr (s. Abb. 8).¹ Die Einwohnerzahl betrug 7.459, und obwohl nach einer Zählung aus dem Jahr 1907 immer noch 631 landwirtschaftliche Betriebe im Stadtgebiet angesiedelt waren, prägten die Industriebetriebe das Bild Güterslohs.² In 45 Fabriken arbeiteten 1.235 Arbeitnehmer. Die Seidenweberei Gebr. Bartels war mit 328 Arbeitskräften das größte und die Bandweberei Güth & Wolf mit 112 Beschäftigten das zweitgrößte Unternehmen. In zwölf Fleischwarenfabriken waren 161, in drei Buchdruckereien 117 Personen beschäftigt.³ Der von der Regierung festgesetzte ortsübliche Tageslohn für erwachsene männliche Personen betrug 2,50 Mk. und für weibliche Personen 2 Mk.⁴ Die Arbeitszeit betrug mindestens 10 Stunden am Tag, zumeist aber 11 bis 12 Stunden. Das Einkommen war so niedrig, dass auch die Frauen mitarbeiten mussten; die Wohnungen waren ärmlich und bestanden oft nur aus einem einzigen Raum.

In der Stadt Gütersloh übernahm Gustav Tummes das Amt des Bürgermeisters von seinem Vorgänger Mangelsdorf. Tummes, der vor seiner Tätigkeit in Gütersloh Landrichter in Duisburg war, blieb bis 1935 in diesem Amt und überdauerte so Kaiserreich, Weimarer Republik und die ersten Jahre der NS-Diktatur. Im Gründungsjahr der SPD in Gütersloh wurde auch das ehem. Amtsgericht bezogen (s. Abb. 9). 1893 hatte die Stadt den an dieser Stelle vorhandenen Jasperschen Gasthof erworben und im Juli 1907 mit dem Bau begonnen, die Baukosten betrugen 159.000 Mk.⁵

Die sozialdemokratische Parteiorganisation erlebte in diesen Jahren ihre erfolgreichste Phase. Die Mitgliederzahlen stiegen von 384.³²⁷ im Jahre 1905 auf 1.085.⁹⁰⁵ im Jahre 1913 an. Die Auseinandersetzungen in der Partei spiegeln, besonders in den Debatten über den politischen Massenstreik, das Bemühen, die organisatorische Stärke in politischen Einfluss umzusetzen. Die Parteitage von Jena 1905 und Mannheim 1906 verabschiedeten Resolutionen, die politische Massenstreiks bei Wahlrechtsfragen zu einem legitimen Kampfmittel erklärten.





In Preußen fanden besonders in den Jahren 1907 bis 1910 Großdemonstrationen gegen das hier immer noch gültige Dreiklassenwahlrecht statt. Auch in Bielefeld gingen viele tausend Arbeiter auf die Straße, um gegen die Ungerechtigkeit dieses Wahlrechts zu protestieren.

Die Bielefelder Genossen waren in den Jahren zwischen 1905 und 1908 maßgeblich an der Gründung eines Sozialdemokratischen Vereins in Gütersloh beteiligt. Nachdem die Beschränkungen des Vereinsgesetzes gefallen waren, wurde am 29.10.1905 eine Kreisorganisation mit der Bezeichnung: „Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück“ gegründet. Seit im Juli 1908 ein Reichsgesetz auch den Frauen die Möglichkeit gab, sich politisch zu organisieren, gehörte dem Vorstand dieser Kreisvereinigung auch eine Genossin an. Die Generalversammlung des Kreisvereins beschloss im Juli 1907, die Delegierten zu den Parteitagen durch Urabstimmung unter den Mitgliedern wählen zu lassen. Vor der Zeit der offiziellen Ortsvereinsgründung gehörten schon 45 Gütersloher dem Sozialdemokratischen Verein an. Sie besaßen eine Partei-Legitimationskarte und wurden zumeist als Mitglieder bei der Ortsgruppe Bielefeld geführt. Von diesen Mitgliedern betei-



9 ALTES AMTSGERICHT





ligten sich am 23.8.1908 insgesamt 16 Genossen an der Urabstimmung über die Wahl von zwei Delegierten zum Nürnberger Parteitag. Die Wahl fand im Gasthof Klau (später Lindenschänke) in Gütersloh statt.

Die Genossen Schreck und Zenker erhielten hier die meisten Stimmen, im gesamten Wahlkreis wurden die Genossen Schreck und Hoffmann gewählt.⁶ Leider sind uns aus dem Jahr der Ortsvereinsgründung nur wenige Namen der damaligen Mitglieder überliefert, einige seien hier stellvertretend für die etwa 30 Genossen, die dem Verein im Jahre 1908 angehörten, genannt:

- Heinrich Peperkorn, Zimmermann
- Karl Oelker, Maurer
- Johann Rolfs, Maurer
- Wilhelm Harbaum, Weber

Für den Beitritt zum Sozialdemokratischen Verein musste jeder ein „Eintrittsgeld“ bezahlen – Männer 20 Pfg., Frauen 10 Pfg. Der monatliche Beitrag wurde auf 30 Pfg. für männliche und 15 Pfg. für weibliche Mitglieder festgelegt. Ein erstes schriftliches Dokument über die Gründung des Ortsvereins und die Zahl der Mitglieder bis 1910 (s. Abb. 10)⁷ liegt vom Juli 1910 vor. In einer Übersicht der Kreisvereinigung der Sozialdemokratischen Vereine erscheint hier auch erstmals der Sozialdemokratische Verein Gütersloh mit dem 28.8.1908 als offiziellem Gründungsdatum. Allgemeine Hinweise und Erinnerungen älterer Genossen lassen darauf schließen, dass es vor allem Maurer und Tex-

	Gegründet am	1. 1. 1900	1. 1. 1901	1. 1. 1902	1. 1. 1903	1. 1. 1904	1. 1. 1905	1. 1. 1906	1. 1. 1907	1. 1. 1908	1. 1. 1909 m.	1. 1. 1909 w.	1. 1. 1910 m.	1. 1. 1910 w.	1. 6. 1910 m.	1. 6. 1910 w.
Bielefeld . . .	15. 11. 1890	478	527	582	803	821	963	1006	1740	2094	2050	158	2223	184	2486	269
Obdörbaum . .	22. 11. 1890	56	72	73	87	82	110	95	155	160	175	4	189	4	208	4
Stradewe . . .	7. 12. 1890	60	61	62	75	84	105	108	225	290	309	2	316	2	338	17
Ziefer	8. 8. 1891	104	119	186	212	272	265	141	252	328	340	11	343	9	365	21
Schildeke . . .	1895	200	250	210	240	285	310	210	349	440	456	3	494	26	569	31
Luette	15. 12. 1901	—	—	81	72	62	63	52	63	75	85	—	87	—	60	—
Ummeln	11. 1. 1903	—	—	—	29	32	30	25	48	71	72	1	76	5	73	5
Broke	15. 11. 1903	—	—	—	—	24	25	17	34	39	44	—	47	—	47	—
Heepen	10. 12. 1905	—	—	—	—	—	—	53	71	101	102	8	105	2	101	4
Ober-Ziefer . .	1. 1. 1906	—	—	—	—	—	—	77	127	168	203	—	150	12	156	39
Gellershagen . .	1. 1. 1906	—	—	—	—	—	—	99	179	226	306	6	337	61	392	52
Albe	1. 4. 1906	—	—	—	—	—	—	—	54	45	62	1	57	1	61	3
Herentrup . . .	1. 4. 1907	—	—	—	—	—	—	—	—	29	21	—	26	—	28	—
Gütersloh . . .	28. 8. 1908	—	—	—	—	—	—	—	—	—	32	—	38	—	38	—
Hohenhausen . .	1. 10. 1908	—	—	—	—	—	—	—	—	—	90	—	21	—	27	—
Risch-Dorff . .	1. 1. 1909	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17	—	16	—	—	—
Stieghorst . . .	1. 7. 1909	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	72	1	89	1
Ubbelohse . . .	2. 1. 1910	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	32	—
		895	1029	1194	1518	1662	1871	1883	3297	4076	4296	189	4597	277	5150	446
											4455		4571		5596	

10 AUFSTELLUNG DER ORTSVEREINSGRÜNDUNG IM BEZIRK, VOLKSWACHT VOM 1. 7. 1910



tilarbeiter waren, die dem Sozialdemokratischen Verein zu Beginn des Jahrhunderts angehörten und die seine Gründung vornahmen.

Im Schlussteil des Berichtes, den die Kreisvereinigung über die Gründungsphase der Ortsvereine abgibt, heißt es:

„Wenn für die Arbeiterschaft auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet Vorteile erzielt werden sollen, dann hat jeder nach dem Grundsatz ‚Einer für alle, alle für einen!‘ zu kämpfen und Opfer zu bringen, und nur das hehre Band der Solidarität kann den Sieg des Proletariats verbürgen.“⁸

In Gütersloh war der Anfang gemacht.





ZUNEHMENDE ERFOLGE TROTZ WIDERSTAND UND BEHINDERUNG

Die Zeit von 1908 bis zum Ausbruch des 1. Weltkrieges war für die Arbeitnehmer geprägt durch das tägliche Ringen um die Sicherung der Existenz und den Kampf gegen die Rechtlosigkeit am Arbeitsplatz. Ständig gab es auch in Gütersloh Krisen in den verschiedenen Gewerbezweigen und als deren Folge Arbeitsaussetzungen, Lohnsenkungen und Entlassungen.

Im Jahr 1908 war es z. B. die Bauwirtschaft und 1911 die Textilindustrie, die von solchen Krisen besonders geschüttelt wurde. Die Lage für die Arbeiterfamilien verschlechterte sich noch zusätzlich durch eine lang anhaltende Dürreperiode im Jahre 1911, die die Preise für die Grundnahrungsmittel in die Höhe trieb. Die soziale Situation der Arbeitnehmer wird deutlich an einer Begebenheit, die sich im April 1911 im Versammlungslokal der Sozialdemokraten, in der Gaststätte Klau, zutrug. Ein junger Arbeiter erschien in der Schankstube, um sich nach einer Unterkunft zu erkundigen. Er hatte bei der Fleischwarenfabrik Wulfhorst Arbeit gefunden, für 16 Pfennige Stundenlohn. Bei den üblichen 10 Arbeitsstunden erreichte er einen Tagesverdienst von 1.60 Mk. Als die in der Gaststube anwesenden Personen ihm erklärten, unter 1,50 Mk. sei kein Logis zu finden, brach der junge Arbeiter in Tränen aus. Ein mitleidiger Gütersloher nahm ihn erst mal bei sich auf. Die Volkswacht bemerkte zu diesem kleinen Bericht:

„Dieses Vorkommnis zeigt wieder einmal, unter welchen erbärmlichen Lohnverhältnissen Arbeiter hier noch beschäftigt werden.“¹

Die Berichte aus den Betrieben kennzeichneten die rechtlose Situation der Arbeiter.

Im April 1909 forderten die Maurer in Gütersloh eine Anhebung ihres Stundenlohnes von 45 auf 50 Pfennig pro Stunde. Die Arbeitgeber lehnten diese Forderung ab und verlangten ihrerseits von ihren Beschäftigten die Unterschrift unter ein Schriftstück, in dem die Arbeiter sich bereit erklären sollten, zu den alten Bedingungen weiterzuarbeiten. Die Arbeiter lehnten mehrheitlich ab, darauf erhielten alle die Kündigung.²





Im Dezember 1908 zwang die Maschinenfabrik Miele & Co. ihren Arbeitnehmern eine Lohnkürzung von 10 bis 33 % auf. Dazu brachte die Presse folgenden Kommentar:

„Selbstverständlich sind die Arbeiter nicht organisiert und so ist es für den Unternehmer ein Leichtes, eine so rigorose Lohnherabsetzung durchzusetzen. Die Arbeiter mögen daran erkennen, daß das Unternehmen stets bestrebt ist, sich auch in Zeiten geschäftlicher Flaute an den Arbeitern schadlos zu halten, und daß nur durch den einmütigen Anschluß an die Organisation die Möglichkeit gegeben ist, das Unternehmertum auch in Zeiten der Krise in bescheidenen Grenzen zu halten und sich bei aufsteigender Konjunktur Verbesserungen in den Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen...

Alle Mann in die Organisation, und zwar in die freie Gewerkschaft, das muß die Antwort sein!“³

In Gütersloh war es am 1. März 1909 so weit.

Es konstituierte sich das „Kartell der freien Gewerkschaften Gütersloh und Umgebung“. Sechs Ortsgruppen gründeten diesen Zusammenschluss, sie gehörten den Zentralverbänden der Brauer, Holzarbeiter, Maurer, Metallarbeiter, Textilarbeiter und Zimmerer an. Ihr Versammlungslokal war der Gasthof Joh. Klau in der Berliner Straße, in dem auch der Sozialdemokratische Verein tagte.

„Endlich ein Fortschritt in Nazareth“, schreibt die Volkswacht dazu.⁴

Natürlich waren die meisten Gewerkschafter auch Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei. Gemeinsame Feste und Ausflüge waren eine Selbstverständlichkeit. Die Bezirksorganisation der Partei führte regelmäßige Rechtsberatungen für die Arbeitnehmer in Gütersloh durch und auch die kulturelle Arbeit, die von Anfang an eine besondere Bedeutung innerhalb der Vereinsarbeit hatte, wurde gemeinsam organisiert.

In der ausgeprägten Klassengesellschaft der wilhelminischen Epoche waren die Arbeiter vom kulturellen Leben völlig ausgeschlossen. Mit dem Aufbau eigener Organisationen schafften sie sich eine vielfältige eigene Welt, in der Musik, Theater, Vorträge und eigene Bibliotheken eine wichtige Rolle spielten. Die Gütersloher Genossen begannen unmittelbar nach der Ortsvereinsgründung mit dem Aufbau einer eigenen Bibliothek, die 1909 schon 60, 1911 81 und 1912 100 Titel umfasste. 1914 wurde eine Bücherausstellung organisiert, „die ein recht erfreuliches Resultat zeitigte.“⁵

Bei den Büchern handelte es sich natürlich überwiegend um die „Klassiker“



der Literatur der Arbeiterbewegung, z.B. Marx, Engels und Lassalle. Auch die Themen der Vortragsabende zeigen die Nähe zur Entscheidung des Erfurter Parteitag von 1891, der den Marxismus zur offiziellen theoretischen Grundlage der Sozialdemokratie erklärt hatte. Die Themen, die in Gütersloh z.B. 1909 behandelt wurden, lauteten: „Das Proletariat“, „Die Kapitalistenklasse“, „Der Zukunftsstaat“, „Der Klassenkampf“ und „Die Bedeutung des 1. Mai“. ⁶ Es waren überwiegend Referenten aus Bielefeld, so z. B. der Bezirkssekretär Carl Schreck, die vor den Gütersloher Genossen sprachen. Neben den im engeren Sinne politischen Themen gab es auch Vorträge zu allgemein interessierenden Fragen. So sprach im Jahre 1912 der Genosse Engelbert Graf Berlin zum Thema: „Was sagt die Wissenschaft über den Ursprung des Menschen“. Besondere Höhepunkte der Parteiarbeit waren selbstverständlich die Wahlkämpfe. Während die Beteiligung an den Stadtverordneten- und den Landtagswahlen unter den Arbeitnehmern wegen des Dreiklassenwahlrechts nicht groß war, prallten die politischen Gegensätze bei den Reichstagswahlen hart aufeinander.

Stadtverordnetenwahlen gab es 1908 und 1912, Reichstagswahlen am 12. Januar 1912. Arbeiter, die vor dem 1. Weltkrieg für ein kommunales Parlament kandidierten, hatten in Gütersloh einen besonders schweren Stand. So wagte es bei der Wahl 1908 der Gärtner Wilhelm Stopel, sich in der III. Abteilung (niedrigste Steuergruppe) zur Wahl zu stellen. Ein weiterer Kandidat war der Rentner Zumbaum. (Ein Zumbaum befand sich bereits auf der Liste der Sozialdemokraten aus dem Jahre 1885, s.o. Abb.5). Die Gütersloher Zeitung veröffentlicht sogar am 10.11.1908 den „Leserbrief“ eines Fürsprechers für die Kandidatur Stopels, in dem es u. a. heißt:

„Von anderer Seite wurde hervorgehoben, daß man auch dem Arbeiterstande in etwa entgegenkommen müsse. Dieses Entgegenkommen wird man darin erblicken, wenn man die Kandidatur des Herrn Stopel unterstütze. Herr Stopel habe schon immer seine freie Zeit in den Dienst der Allgemeinheit gestellt. Stopel habe stets in engster Fühlung mit den Wählern namentlich auch unter dem Arbeiterstande gestanden und sei daher eine geeignete Mittelsperson.“

Schon am nächsten Tag erfolgte die Reaktion auf diese, wenn auch in herablassendem Ton formulierte, so doch immerhin positiv unterstützende Würdigung der Kandidatur eines Arbeiters zum Stadtparlament. Mit einer halbseitigen Anzeige polemisierten die konservativen Gütersloher Besitzbürger gegen die Aufstellung eines Arbeiters. ⁷





Das Hauptargument lautete, dass ein abhängig Beschäftigter nicht in der Lage sei, die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten. Schon damals hat dieses Argument die Wähler nicht überzeugt, Stoppel und Zumbach wurden gewählt, der erste mit 192, der zweite mit 279 Stimmen. Auch bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung am 5. Nov. 1912, als erstmals seit der Eingemeindung der Bauernschaften im Jahre 1910 27 Stadtverordnete gewählt wurden, war die Lage für die Arbeiter unverändert. Der Dreher Heinrich Clasmeyer beklagt noch bei einer Versammlung im Jahre 1918 im Gasthof Gehele, dass er als Vertreter der Arbeiterpartei bei der Wahl 1912 in Gütersloh bekämpft worden sei.⁸

Nachdem den Sozialdemokraten in der Reichstagswahl im Jahre 1907 die Eroberung des Wahlkreises gelungen war, verbündeten sich Nationalliberale, Konservative, Zentrum und Christlich-Soziale zu einem Bürgerblock. Im Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück kandidierte für die Sozialdemokraten wieder Carl Severing. Am 16. Juli 1911 war es den Gütersloher Genossen gelungen, den Westhoffschen Saal (später Schützenhof, Wiedenbrücker Straße 36) für eine Versammlung mit Severing zu mieten. Die Gütersloher Zeitungen hatten Anzeigen, mit denen auf die Versammlung hingewiesen werden sollte, nicht angenommen. Für eine besondere Art der Bekanntmachung sorgte aber der „Volksverein für das katholische Deutschland“ mit einem Flugblatt. Darauf hieß es:

„Achtung!

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die im Westhoffschen Saal stattfindende Volksversammlung sozialdemokratischen Charakter trägt und daher von jedem recht denkenden Katholiken zu meiden ist. Der Volksverein“⁹

Auch diese Art der „Werbung“ war erfolgreich, über 500 Männer und Frauen versammelten sich zur Veranstaltung mit Carl Severing. Der Reichstagsabgeordnete berichtete über die Tätigkeit der Sozialdemokraten im Reichstag und machte in der anschließenden Debatte auch Ausführungen über Ziele sozialdemokratischer Politik für die Zukunft.

Ein mit dem „obligatorischen Zettelkasten“ ausgerüsteter Diskussionsredner der christlichen Gewerkschaften versuchte zwar, die sozialdemokratische Politik in Frage zu stellen, womit er aber keinen Erfolg hatte. Die Versammlung dauerte von 17 bis 21 Uhr.

Erstmals wurde dem sozialdemokratischen Kandidaten in Gütersloh auch ein Rundgang durch Betriebe gestattet, so bei Greve & Güth und





Güth & Wolf. Die Wahlbeteiligung am 12. Januar betrug im Kreis Wiedenbrück 94 %. Obwohl die Sozialdemokraten noch einmal, gegenüber 1907, über 3.000 Stimmen dazugewinnen konnten, siegte der Bürgerblock-Kandidat, der Deutschnationale Graf Posadowski-Wehner. 583 Stimmen hatte Severing in Gütersloh bekommen.

Außerhalb der Wahlkampfzeiten fanden die Versammlungen des Sozialdemokratischen Vereins regelmäßig am Sonnabend um 20.30 Uhr im Gasthof Klau statt. Anzeigen in der Volkswacht machten darauf aufmerksam (s. Abb. 11). Themen der Sozialdemokraten waren, zunehmend seit 1910, die drohende Kriegsgefahr in Europa und die Rüstungspolitik des Kaiserreiches. Im Jahresbericht 1911/12 des Bezirkes östliches Westfalen vom 3.8.1912 heißt es zu diesem Thema:

„Unsere Aufgabe war es, eine umfassende Aufklärungsarbeit über die Wehrvorlagen nicht nur, sondern über die Gemeenschädlichkeit des Militarismus und Marinismus zu betreiben.

In allen Versammlungen wurden die Gefahren der heutigen Rüstungspolitik besprochen und unsere Forderungen erhoben: Abrüstung; internationale Verständigung; ...

Die bevorstehende Maifeier sollte daher zur Kundgebung gegen den Militarismus wirksam genutzt werden.“¹⁰

In der Gütersloher Zeitung vom 7.9.1911 distanzierten sich die christlichen Gewerkschaften von den Massenstreikaufrufen der Sozialdemokraten anlässlich der Kriegsgefahr mit dem Hinweis darauf, dass sie jederzeit verteidigungsbereit seien. Und zu den beliebten „Spielen“ des Gütersloher Jünglingsvereins gehörten im gleichen Jahr Kriegsspiele, die auf Anregung von Pastor Knolle aus Bielefeld durchgeführt wurden.¹¹

Wie schwer den Sozialdemokraten vor dem 1. Weltkrieg die Organisation ihrer politischen und kulturellen Arbeit gemacht wurde, belegt ein Bericht der Volkswacht vom 22. März 1913:

Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück. ⁶⁹⁴

Mitglieder-Versammlungen:

Ortsgruppe Gütersloh. Sonnabend, 5. Februar, abends 8¹/₂ Uhr, bei Klau. Vortrag des Genossen Mademann über: „Die Genossenschaftsbewegung und die Sozialdemokratie“.

Die Mitglieder sind verpflichtet, in den Mitglieder-Versammlungen zu erscheinen. Der Vorstand.

11 VERSAMMLUNGSANZEIGE VON 1910





„Gütersloh, 20. März. Der Arbeiter-Gesangverein ‚Einigkeit‘ feiert am 2. Osterfeiertag nun in Brackwede sein 3. Stiftungsfest. Hier in Gütersloh, wo finstere Mächte in der Abtreibung der Lokale ihr lichtscheues Wesen treiben, ist es dem Verein nicht möglich, das, was der Arbeiter sinnt und denkt, im freien Gesang zum Ausdruck zu bringen. Unter allerhand Ausflüchten verweigern die hiesigen Wirte ihre Lokalitäten. Die Furcht vor dem Terror der Ortsgewaltigen schließt jede Regung zur freieren Betätigung aus. Wir laden nunmehr die klassenbewußte Arbeiterschaft von Gütersloh und Umgebung ein, unser Fest in Brackwede durch ihren Besuch zu unterstützen. Unseren Widersachern aber rufen wir zu: Ihr könnt das Wort verbieten, ihr tötet nicht den Geist.“¹²

Der Sozialdemokratische Verein entwickelte sich trotzdem kontinuierlich aufwärts. Das zeigten besonders die zunehmenden Mitgliederzahlen:

1909	1910	1911	1912	1913	1914
32	38	37	113	113	170

Unter den 170 Mitgliedern des Jahres 1914 waren 15 Frauen.

Emma Eichberg ist die erste Genossin, die uns namentlich bekannt ist, sie trat 1910 dem Ortsverein bei. Noch am 9.3.1914 berichtete die Volkswacht vom glänzenden Erfolg einer sozialdemokratischen Werbekampagne, 23 Mitglieder konnten für den Ortsverein, 51 neue Abonnenten für die Volkswacht gewonnen werden.

Am 1. August 1914 begann der 1. Weltkrieg. Der sozialdemokratische Vorwärts schreibt noch am 31.7. unter der Überschrift „Gegen die Kriegshetzer“:

„Arbeiter und friedliebende Bürger Berlins! Erhebt noch einmal eure Stimme, ehe es zu spät ist! Laßt eure Stimme vielhunderttausendfach erschallen, daß es den Kriegshetzern und vom Blutrausch Befallenen drohend und mahnend in die Ohren gellt: Wir wollen keinen Krieg!“

Die Titelzeile der deutschnationalen Gütersloher Zeitung tönte am 1.8. noch kernig mit den Worten „Das gezückte deutsche Schwert“.¹³

Not und Elend brach über die Völker Europas herein. An Warnungen vor der Kriegsgefahr hatte es bei den Sozialdemokraten nie gefehlt, nun aber standen auch alle Arbeiter treu zum Vaterland; der Parteivorsitzende Hugo Haase formulierte es am 4.8.1914 so:

„Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.“



POLITISCHE ARBEIT IM ERSTEN JAHR NACH DER DEUTSCHEN REVOLUTION VON 1918

Die anfängliche Kriegsbegeisterung der nationalistischen Schwärmer war bald verfliegen, und die Menschen in Deutschland bekamen die schweren Folgen des Krieges hart zu spüren. Die Zwangsbewirtschaftung fast aller Lebensmittel begann schon im Februar 1915 und hielt auch nach dem Kriege z. T. bis 1923 an. Aus Gütersloh wurden 5.500 bis 6.000 Männer zum Heeresdienst eingezogen, von ihnen starben 800 im Krieg, 600 gerieten in Gefangenschaft.¹

Seit dem August 1914 hatten Sozialdemokraten im Reichstag für einen „Verständigungsfrieden“ plädiert. Der Druck der Arbeiter auf die Politik der Reichsregierung wurde im Verlauf der Kriegsjahre zunehmend stärker. Hunger und Entbehrung führten im Januar 1918 zu großen Massenstreiks, und der Ruf nach „Frieden, Freiheit und Brot“ wurde laut. Nachdem die Oberste Heeresleitung erkannt hatte, dass ein Sieg nicht mehr möglich war, übertrugen die alten Machthaber die Verantwortung auf die politischen Parteien. Die Politiker wurden nun, als es darum ging, einen Waffenstillstand herbeizuführen, in die vorderste Linie geschoben. Die schwere Hypothek, die sie damit übernahmen, belastete die Weimarer Republik von Anfang an.

Im Verlauf der revolutionären Erhebungen, die sich von Kiel ausgehend Anfang November auf das gesamte Reichsgebiet ausbreiteten, kam es am 9. November 1918 zur Abdankung des Kaisers und zur Ausrufung der Republik durch den Sozialdemokraten Philipp Scheidemann.

An allen Orten entstanden Arbeiter- und Soldatenräte, spontane Revolutionsorgane, die die Ordnung im Inneren wahren, die Versorgung der Bevölkerung sicherstellen, ein Bollwerk gegen die alten Mächte errichten und erste Schritte zur Verwirklichung demokratischer und sozialer Grundrechte einleiten wollten. Am 9. November hatte auch in Gütersloh die hier stationierte Wachtkompanie einen Soldatenrat gebildet und gemeinsam mit der Bahnhofswache die Verantwortung für Ruhe und Ordnung in der Stadt übernommen. Alle durchreisenden Militärpersonen wurden hier, zumeist auf dem





Bahnhof, entwaffnet. Der Soldatenrat ließ über die Zeitungen am 11.11. eine Bekanntmachung veröffentlichen, die in 18 Punkten konkrete Anweisungen an die Bevölkerung enthielt. Darin wurde z.B. festgelegt, dass den Anweisungen des „Arbeiter- und Soldatenrates“ unbedingt Folge zu leisten sei, dass die Offiziere keine Waffen tragen und die Arbeit in den Fabriken nicht eingestellt werden dürfe. Der Ausschank von Alkohol wurde verboten.²

Am 10. November, einem Sonntag, fanden in den Gasthöfen Gehle und Pallmeyer Volksversammlungen statt, in denen ein Arbeiterrat gebildet werden sollte. Ein Vertreter des Soldatenrates gab eine Einführung zur Lage und forderte alle Anwesenden auf, sich am Aufbau eines freien Deutschlands zu beteiligen.

Danach wurden 20 Arbeiter gewählt, die den vorläufigen Arbeiter- oder Volksrat bilden sollten. Unter ihnen waren viele bekannte Genossen aus der Sozialdemokratischen Partei in Gütersloh, so z. B. Heinrich Wixforth, Josef Pauker, Reinhard Wagner und Adolf Kampmann.

Josef Pauker wurde Vorsitzender des Volksrates, über ihn sagte Carl Miele: „Den Pauker hab’ ich gekannt. Der war bei uns im Betrieb. Der war Betriebsrat. Das waren damals Sozialdemokraten. Das waren ganz böse Leute. Aber ich hab’ mit denen viel gesprochen, und man konnte sich auch gut mit ihm unterhalten“.³

Hauptredner in beiden Versammlungen war der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Carl Severing. In seiner Gütersloher Rede ist uns ein zeitgeschichtliches Dokument von besonderer Bedeutung überliefert. Diese Rede soll darum hier in ihren wesentlichen Teilen wiedergegeben werden:

„Was uns in dieser Stunde am meisten bewegt, ist sicherlich nicht die Wahl des Arbeiter- und Soldatenrates, sondern die Kenntnisnahme der Waffenstillstandsbedingungen, die uns von den Feinden aufgezwungen werden. Ich bin überzeugt, wenn Sie diese Bedingungen in der Gütersloher Zeitung lesen, dann werden Sie alle empört sein über diese Zumutungen, die man uns von feindlicher Seite stellt. Nicht wenige von Ihnen werden sagen, daß doch mit aller Kraft versucht werden muß, um das Ansinnen des Feindes abzulehnen. Aber wir dürfen diese Stimmung nicht aufkommen lassen. Die Regierung wird diese Bedingungen annehmen, weil sie dieselben annehmen muß. Ein einfaches Rechenexempel zwingt sie dazu, denn 7 sind mehr wie 1. Wir sind gar nicht in der Lage, soviel Mannschaften und Material aufzubringen wie unsere Feinde. Der Krieg hat in den letzten Monaten mehr den





Charakter eines Krieges der Maschinen und der Technik angenommen und da können wir nicht mehr mit. Das Gefühl der Empörung bleibt bestehen und wir können nur hoffen, daß die Friedensbedingungen günstiger sein werden, als die Waffenstillstandsbedingungen. Wir stehen zwar heute noch weit im Feindesland, glauben aber an den Sieg der Entente und deshalb müssen wir die schmerzlichen Bedingungen erfüllen. Für alle diejenigen aber, die das neue Deutschland der Zukunft aufgebaut, ist das Gefühl leichter zu ertragen. Wie das neue Deutschland eingerichtet ist, das zeigt auch das Interesse, das man den politischen Dingen entgegenbringt. Ich sah in Gütersloh noch nie einen so großen Andrang in den politischen Versammlungen wie heute und doch wäre es besser gewesen, wenn es mehr Interesse an den Tag gelegt hätte. Was ich von Gütersloh sage, gilt auch fürs ganze Volk. – Jetzt, wo der Krieg nicht günstig ausläuft, sucht man nach Sündenböcken. Man schickt den Kaiser in die Wüste und schimpft über Ludendorff und Tirpitz. Gewiß hat der Kaiser durch seine Reden eine Atmosphäre geschaffen, die kriegerisch stimmte, Ludendorff hat durch sein Machtgefühl den Kriegswillen geschürt und Tirpitz hat durch den U-Bootkrieg uns Amerika zu Feinden getrieben. Aber weder der Kaiser noch Ludendorff und Tirpitz sind die Schuldigen, sondern die politische Indifferenz des deutschen Volkes. Hätte das deutsche Volk schon früher das demokratische Gefühl gehabt, dann wäre uns der Krieg erspart geblieben. Das Deutschland, das beherrscht wurde von einer gewissen Gruppe Leute, existiert nicht mehr, und ich bin überzeugt, daß auch die Nationalversammlung kein anderes Ergebnis bringen wird: Deutschland ist Republik und wird es bleiben.... Es ist kein Verlust, daß wir keinen Autokraten mehr an der Spitze haben, denn seine Drohreden haben das Mächtebündnis gegen uns erzeugt und uns in der ganzen Welt isoliert. Wir haben zwar auch Bündnisse geschlossen, aber diese waren auch danach. – Die Demokratie – das heißt nicht die Diktatur der Arbeiter – ist Gegnerin der Alleinherrschaft und auch der Klickenherrschaft. Eine Volksherrschaft soll zur Geltung kommen nicht mehr und nicht weniger, jeder soll sein Recht haben. Wer früher ein großes Portemonnaie hatte, der konnte mitsprechen, das neue Wahlrecht wird nun andere Zeiten bringen und uns vergessen lassen, daß ein Waffenstillstand abgeschlossen ist, der nicht besonders ruhmreich ist... Wenn man heute einen Arbeiterrat ausschließlich aus





Arbeitern wählt, so soll das nur eine provisorische Maßnahme sein, weil diese grundsätzlich für die Neuordnung eintreten, die anderen Gruppen sollen aber darum nicht ausgeschlossen werden, wenn sie sich zur Neuordnung bekennen. Die demokratische Seite des Soldatenstandes zeigt uns außerdienstlich keine Vorgesetzte mehr, es gibt nur noch Kameraden... Das Heer hat aufgehört, das Werkzeug einer Klique von Gewalthabern zu sein, das Heer ist heute uns noch Werkzeug des Volkes und der Volksinteressen. Sie haben früher gesungen: „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern“, das ist leider eine Lüge gewesen, wir waren keine Brüder.

Jetzt haben wir den gleichen Rechtsboden. Auf politischem Gebiet können wir Brüder sein, dann ist das einige Deutschland hergestellt. Auch im neuen Deutschland wird es fernerhin Parteien geben, die der Neugestaltung Hemmungen bereiten wird, aber der Kampf der Parteien wird unter ganz anderen Gesichtspunkten stehen, man wird nur noch um die Vernunft des einzelnen Staatsbürgers kämpfen. Man wird nicht mehr von vaterlandslosen Gesellen und revolutionären Massen sprechen und es wird eine Lust sein, im politischen Kampf zu stehen. Jeder wird das Beste tun für das Gedeihen des Vaterlandes. Wir wollen keinen Bolschewismus, sondern die gleichen Rechte für alle Staatsbürger, und das müssen Sie auch in Gütersloh für sich in Anspruch nehmen. Erziehen Sie dazu. Dann war der vierjährige Krieg eine bittere, aber heilsame Lehre.“⁴

„Stürmischer Beifall lohnte den Redner, der beste Beweis für die zuversichtliche Stimmung der Versammelten“, so endet der Bericht der Volkswacht über die Gütersloher Zusammenkünfte.

In seiner ersten Sitzung beschloss der provisorische Volksrat, eine weitere Volksversammlung einzuberufen und zur Ergänzung der bereits gewählten Arbeitervertreter zusätzliche Personen als Vertreter anderer Standesvertretungen zu wählen. Das geschah am 15.11. im Gasthof Gehle. In dieser Versammlung wurde auch deutlich zum Ausdruck gebracht, dass der Volksrat nur eine vorübergehende Funktion haben und abtreten werde, sobald die Wahlen zur Nationalversammlung und zu den Kommunalparlamenten stattgefunden hätten. Ein Gewerkschaftssekretär aus Bielefeld gab weitere Erläuterungen:

„Es sei durchaus nicht die Absicht, eine sozialdemokratische Demokratie zu gründen, sondern alle Kreise, die bereit und willens sind an





dem neuen Aufbau des Reiches mitzuwirken, sollen die Möglichkeit haben, durch ihre Körperschaft teilzunehmen.“⁵

Elf weitere Personen wurden gewählt, Landwirte, Kaufleute, Verwaltungsbeamte und auch der sozialdemokratische Lehrer Heinrich Struckmeier. Mit einem Hoch auf die Freiheit und das liebe neue Vaterland wurde die Versammlung geschlossen.

Dieser Volksrat ist wohl bis zum März 1919 in Gütersloh verantwortlich tätig gewesen. Beurteilt man allerdings die Funktion dieses Rates unter dem Gesichtspunkt seiner tatsächlichen Machtbefugnisse, so kommt man sicher zu dem Ergebnis, dass die alten Mächte des Militärs, der Industrie und der Bürokratie niemals wirklich entmachtet wurden. Auch der deutschnationale Bürgermeister Tummes überdauerte diese revolutionäre Phase ohne Macht einbuße und blieb bis 1935 in seinem Amt.

Ein treffendes Resümee der Revolution von 1918, das ganz besonders auch auf die Gütersloher Situation zutrifft, verfasste Kurt Tucholsky im Jahre 1920, indem er schrieb: „Die Revolution vom neunten November war keine. Dem unerhörten Mißbrauch einer absolutistischen Kommandogewalt folgte keinerlei Abrechnung. Offiziere und Beamte gingen straffrei aus. Sie waren einmal klein: am zehnten November. Sie hielten den Atem an. Nichts geschah. Aus Gummi, wie sie waren, schnellten sie alsbald wieder hoch, breiteten sich aus und waren überhaupt da.“⁶

Für die Dauer des Krieges hatten die Parteien einen „Burgfrieden“ geschlossen, nach dem revolutionären Machtwechsel begannen die Sozialdemokraten umgehend wieder mit ihren Versammlungen. Regelmäßig trafen sie sich des Donnerstags um 19.30 Uhr bei Rammelkamp in der Berliner Str. 49. Heinrich Rammelkamp, der seit dem Oktober 1912 Inhaber der Gaststätte war, hat bis zu seinem Tode im Jahre 1925 den Genossinnen und Genossen seine Räume zur Verfügung gestellt.

Er war selbst Mitglied der SPD, und damit hatte die schwierige Lokalsuche in Gütersloh ein Ende gefunden.

Mit dem politischen Wechsel im Reich hatten nun auch die Frauen das volle Wahlrecht erhalten. Der Hinweis der Volkswacht auf die ersten Mitglieder- versammlungen im Dezember 1918 enthielt darum auch einen besonderen Appell an die Frauen:

„Die Mitglieder, also auch die Parteigenossinnen, müssen es sich zur Pflicht machen, regelmäßig in diesen Versammlungen zu erscheinen.





Nur durch gemeinsames Wirken können die Ideen des Sozialismus die erwünschte Verbreitung finden.“⁷

Ende 1918 traten in Gütersloh Ida Bobe und Wilhelmine Weinand der SPD bei. Ein von der Gründerin der Arbeiterwohlfahrt, Marie Juchacz, verfasster Artikel im Lokalteil der Volkswacht machte alle Frauen auf ihre Mitverantwortung für die Zukunft unsers Landes aufmerksam und endete in dem Aufruf: „Hinein in die sozialdemokratische Partei! Das muß heute die Losung für alle Frauen sein.“⁸

Am 9. Januar 1919, also unmittelbar vor den Wahlen zur Nationalversammlung, fand eine Frauenversammlung im Saale Pallmeyer statt. Redner war wieder einmal Carl Severing (s. Abb. 12). Natürlich rührten sich auch die politischen Gegner, und in Gütersloh waren es, wie vor dem Krieg, die Deutschnationalen, die besonders aktiv wurden. Gütersloher Genossen gaben darüber folgenden Bericht ab.

„Es ist kaum zu glauben, wie intensiv die ‚Deutschnationale Volkspartei‘ hier arbeitet. Die Geistlichkeit hält fast täglich Vorträge oder lässt sie halten in Kirchen, Volks- und Kinderschulen, Bauernhäusern usw... Die Fehler der alten Parteien werden vergessen unter den neuen Na-

Gütersloh.

Donnerstag, den 9. Januar, abends 7 1/2 Uhr,
im Saale des Herrn Pallmeyer, Blessenstraße:

Frauen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Wen müssen die Frauen wählen?

Referent: Redakteur Karl Severing.

Zu zahlreichem Erscheinen laden freundlichst ein

Der sozialdemokratische Wahlausschuss.

Z. A.: Frau Walter. 271

12 VERSAMMLUNGSANZEIGE (FRAUENVERSAMMLUNG) VOM JANUAR 1919





men und den vielen Versprechungen. – An der Rührigkeit der Reaktionen sollten sich unsere Parteifreunde ein Beispiel nehmen. Wenn jeder auf dem Posten ist, dann werden die Sünden der Konservativen nicht vergessen werden, dann werden sie bald im Mittelpunkt des Wahlkampfes stehen. Den Wahlrechtsverweigerern und Annexionisten muß die Wahl in Gütersloh zum Bewußtsein bringen, daß ihnen nichts vergessen wird.“⁹

Das Wahlergebnis vom 19.1.1919 brachte den Sozialdemokraten im Reich 37,9 % der Stimmen, und Friedrich Ebert (SPD) wurde der erste demokratisch gewählte Reichspräsident.

Was man aber nach Kenntnis der politischen Verhältnisse in Gütersloh keineswegs erwartet hätte, trat ein, auch hier wurde die SPD mit 25,2 % der Wählerstimmen stärkste Partei. Die von der Mehrheitssozialdemokratischen Partei 1917 getrennte USPD bekam hier neun Stimmen. Die Volkswacht berichtete, dass den Deutschnationalen in Gütersloh der Schreck über dieses Wahlergebnis so ins „schlotternde Gebein“ gefahren sei, dass die Gütersloher Zeitung auch am dritten Tage nach der Wahl noch nicht in der Lage gewesen sei, das Wahlergebnis abzdrukken. Neben den Deutschnationalen kandidierten zwei weitere konservative Parteien in Gütersloh.

Zur Stadtverordnetenwahl vom 2.3.1919 bildeten Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Deutsche Demokratische Partei einen „Bürgerblock“ und erzielten 58 % der Stimmen. Mit sieben Stadtverordneten – entsprechend 23,8 % – zogen erstmals Sozialdemokraten in das Gütersloher Stadtparlament ein. Es waren Heinrich Wixforth (Schneidermeister), Wilhelm Harlinghausen (Kaufmann), August Poppenburg (Schlachtermeister), Joseph Pauker (Dreher), Fritz Schürmann (Eisenbahn-Schaffner), Heinrich Rust (Maurer) und Adolf Kampmann (Kleinhändler).

Von nun an war erstmals gewährleistet, dass die Probleme und Interessen der Arbeiterschaft auch im Stadtparlament durch eigene Vertreter zur Sprache gebracht wurden. Nach den Wahlen bereiteten die Genossen für den 1. Mai eine große Feier mit anschließendem Festzug vor. Redner war der Parteisekretär Carl Schreck aus Bielefeld. Zu der Versammlung erschienen ca. 5.000 Menschen auf dem Marktplatz, und an dem Festzug durch die Stadt beteiligten sich 3.000 Personen. Nach Zeitungsberichten über diese Feier waren die Konservativen und christlichen Gruppen so beeindruckt, dass sie trotz vielfältiger Versuche, Gegenveranstaltungen zur Seelenmassage ihrer Anhänger durchzuführen, ziemlich ratlos blieben.





In allen Gruppierungen des Sozialdemokratischen Ortsvereins begannen im Jahre 1919 die regelmäßigen Aktivitäten. Der Arbeitergesangverein „Einigkeit“ probte wöchentlich im Gasthof Müller.

Die Zentral-Arbeiter-Bibliothek wurde weiter ausgebaut. Die Mitgliederzahl des Konsum-Vereins stieg an und in Konsumentenversammlungen betrieb man gezielte Verbraucherberatung. Auf einer Generalversammlung am 7. März 1919 gab Heinrich Stricker, nachdem er die aus dem Krieg zurückgekehrten Genossen besonders begrüßt hatte, einen Bericht über die Situation des Konsumvereins. Am 1. Januar 1919 hatte der Verein 1.893 Mitglieder.

Das erste Jahr der Republik hatte den Sozialdemokraten große Erfolge beschert. Die Errungenschaften der Revolution konnten sich sehen lassen, u. a.: Allgemeines Wahlrecht für Männer und Frauen, Achtstundentag, Arbeitsschutzbestimmungen, Verordnungen über Tarifverträge, Koalitionsrecht und Erwerbslosenfürsorge.

Nun kam es darauf an, diese Anfangserfolge auszubauen und zu sichern. Am 1. Jahrestag der Revolution, dem 9. November 1919, fand im „Lindenhof“ die erste Revolutionsfeier der Sozialdemokraten statt. Bis 1932 sollte dieses Fest im Veranstaltungskalender regelmäßig wiederkehren.



MÜHEVOLLER EINSATZ FÜR DIE SICHERUNG DES DEMOKRATISCHEN SOZIALSTAATES

„Für die Sozialdemokraten ist der Aufstieg zur Macht eine Falle. Die Verantwortlichen der alten Ordnung laden die Katastrophe auf sie ab in der Hoffnung, daß die vom Vertrauen des größten Teils des Volkes getragenen Sozialdemokraten aus dem Bankrott retten werden, was zu retten ist. Sie sind bereit, ihnen dabei Handlangerdienste zu leisten, überlassen ihnen aber die Verantwortung für die undankbarsten Aufgaben und Demütigungen. Die Leute von gestern warten auf den Augenblick, um sich der verachteten ‚Sozis‘ wieder zu entledigen, wenn die Lage erst wieder sicher geworden ist.“

So beurteilt Joseph Rován die Funktion der SPD in der Weimarer Republik.¹

Die Arbeit der Sozialdemokraten in Gütersloh in den 20er Jahren war von Anfang an durch den Kampf gegen die alltägliche Not und gegen die Feinde der demokratischen Ordnung gekennzeichnet.

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten hatten in diesen Jahren durchgehend eine Fraktionsstärke von sechs bis sieben gewählten Vertretern. Sie waren dem bürgerlichen Block zahlenmäßig zwar völlig unterlegen, es gelang ihnen aber immer wieder durch konkrete Anträge, in den Sitzungen die soziale Not der Bürger zur Sprache zu bringen und Entscheidungen zur Abhilfe zu beeinflussen.

Zwei Persönlichkeiten prägten die Arbeit der SPD im Stadtparlament, in der Partei und in der Gewerkschaft durch die 14 Jahre der Weimarer Republik besonders. Es waren dies der Schneidermeister Heinrich Wixforth und der Gewerkschaftssekretär Franz Birkhan. Heinrich Wixforth (s. Abb. 13) wurde am 1. März 1868 in Gütersloh geboren. Nach der Schneiderlehre wurde es ihm in der Heimatstadt zu eng und er zog auf die Wanderschaft. Im Ruhrgebiet kam er mit Sozialdemokraten zusammen und schloss sich ihnen an. Nach der Beendigung seiner Militärzeit kehrte er in seine Heimat zurück und zählte bereits 1918 zu den gewählten Vertretern des Arbeiterrates. Von 1919 bis 1933 gehörte er als Sozialdemokrat der Stadtverordnetenversammlung und auch





13 HEINRICH WIXFORTH



14 FRANZ BIRKHAN

dem Magistrat der Stadt Gütersloh an. Im Jahre 1930 wurde er vom Bezirksparteitag als Kandidat für die Wahlen zum Provinzial-Landtag nominiert. Zeitgenossen schätzten ihn als sachlichen und energischen Vertreter eines demokratischen Sozialismus. Franz Birkhan (s. Abb. 14), Jahrgang 1884, kam im Jahre 1919 als Gewerkschaftssekretär aus Bielefeld nach Gütersloh. Seit 1909 war er Mitglied der Sozialdemokratie. 1924 zum Stadtverordneten von Gütersloh gewählt, blieb er in diesem Amt bis zum Betätigungsverbot der SPD im Juni 1933. Er war Mitglied des Kreistages und seit 1921 Abgeordneter des preußischen Provinzial-Landtages der Provinz Westfalen. Viele Jahre ist er Vorstandsmitglied und auch Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Gütersloh gewesen, die exakte zeitliche Abgrenzung ist heute leider nicht mehr möglich. Auch nach dem 2. Weltkrieg leitete er den Ortsverein in den Jahren 1949 und 1950.

Die soziale Notlage in der Bevölkerung war zu Beginn der 20er Jahre so dramatisch, dass außergewöhnliche Hilfeleistungen notwendig wurden. Im November 1922 konnte für über 500 Kinder der Altstadt-Schule und der Schule Kattenstroth-Nord ein Hilfsprogramm organisiert werden, das den Kindern





wöchentlich viermal eine Mahlzeit (dicker Reis bzw. Kakao mit Brötchen) und dreimal wöchentlich eine Solbadekur ermöglichte. Finanziert wurde diese Maßnahme durch zwei Überstunden der Gütersloher Arbeiter und einen Zuschuss in gleicher Höhe durch den Arbeitgeber.

Die Unterstützungen, die die Stadt für die Erwerbslosen zu zahlen hatte, betrugen von April bis September 1923 im Inflationsjahr 1.3 Mrd. Mark.

Im Oktober des gleichen Jahres wanderten aus Gütersloh wöchentlich etwa 90 Einwohner nach Amerika aus.

Die Beiträge pro Woche für die SPD wurden zum 1.7.1923 auf 1.000 Mark festgesetzt.

Ganz im Gegensatz zu den schwierigen sozialen Verhältnissen bauten die Sozialdemokraten in Gütersloh gerade in dieser Zeit ihr Vereinsleben in vielfacher Hinsicht weiter aus. Im Sommer 1920 bestanden zwei Arbeiter-Gesangvereine und ein Arbeiter-Sportverein. Im Frühjahr 1921 wurde die Gruppe der Arbeiter-Jugend gegründet, die schon im ersten Jahr 23 männliche und 14 weibliche Mitglieder zählte. Im gleichen Jahr entstand der Touristenverein „Die Naturfreunde“. In der Gründungsversammlung wurde als Ziel der Tätigkeit das gemeinsame Wandererlebnis und die Freude an den Schönheiten der Natur herausgestellt.²

Eine Gruppe interessierter Genossen versammelte sich 1922 regelmäßig des Montags um 20 Uhr bei Rammelkamp; der Lehrer Struckmeier gab hier einen Überblick über die Entwicklung der abendländischen Philosophie.

Der Genosse Hermann Kirsten gründete im Februar desselben Jahres einen Arbeiter-Abstinentenbund, der, wie es im Zeitungsbericht heißt, „auf sozialistischem Boden“ stand.

Berichte überregionaler Parteitage deuten darauf hin, dass der Kampf gegen den Alkohol von der Partei sehr ernst genommen wurde.

Die rege Vereinstätigkeit innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung entfaltete sich in einem gesellschaftlichen Umfeld, das zunehmend eine ablehnende und feindselige Haltung gegenüber der Republik einnahm.

Im März 1920 hatte die Weimarer Demokratie ihre erste schwere Belastungsprobe zu bestehen. Der Kapp-Putsch konnte nur dank des Generalstreiks der Gewerkschaften zunichte gemacht werden. Innerhalb der Bevölkerung fand im Anschluß daran aber nicht etwa eine spürbare Stärkung der demokratischen Kräfte statt, ganz im Gegenteil, die rechtspolitischen Gruppen profitierten von den bürgerkriegsähnlichen Zuständen des Frühjahrs 1920. In Gütersloh stieg bei den Wahlen der Wähleranteil der reaktionären Deutsch-





nationalen Volkspartei bis 1924 auf 31 % der Stimmen an. Auf die enge Verbindung der Gütersloher Protestanten mit den Deutschnationalen ist schon in anderem Zusammenhang hingewiesen worden. Es war darum von besonderer Bedeutung, als die Sozialdemokraten im Juli 1920 eine Volksversammlung zum Thema: „Ist die Sozialdemokratie religionsfeindlich?“

(s. Abb. 15) ankündigten.

Redner war der Genosse Francke, Pastor an der Heil. Kreuzkirche in Berlin. Diese Versammlung verlief ohne Zwischenfälle, aber kaum zehn Tage später veranstalteten die evangelischen Vereinigungen eine Gegenveranstaltung zum gleichen Thema.

Der Reichstagsabgeordnete Mumm setzte sich mit den Thesen Franckes auseinander. 1.500 Personen hatten sich eingefunden, unter ihnen viele Sozialdemokraten und auch der Reichstagsabgeordnete Carl Schreck aus Bielefeld. Nachdem der deutschnationale Versammlungsleiter auf die „Entrüstung“ der Gütersloher Bürger über die Thesen Franckes hingewiesen hatte, nahm der Abend dennoch einen ruhigen Verlauf. Der Redner legte zwar ein eindeutiges monarchistisches Bekenntnis ab, redete aber auch seinen politischen Freunden in vielfacher Hinsicht ins Gewissen. Letztlich beharrte er in seinen Ausführungen gegenüber Pastor Francke aber darauf, dass Sozialismus und Christentum wohl psychologisch, aber nicht logisch miteinander verbunden werden könnten. Carl Schreck bekam als erster Diskussionsredner das Wort. Er lobte die Sachlichkeit des Vortrages und stellte fest, dass nun die Frage, ob die Sozialdemokratie religionsfeindlich sei, eindeutig auch vom Vortragenden mit Nein beantwortet werden müsse, ohne dass man damit vorhandene Gegensätze zwischen der Kirche und der SPD verwischen wolle. Anknüpfend an die Forderung des Referenten, andere politische Meinungen zu tolerieren, sagte er:

Volks-Versammlungen!

Gütersloh. Freitag, 30. Juli, abends 8 Uhr, im Saale des Herrn **Pallmeyer**, Bliessenstätte.

Tagesordnung:

Ist die Sozialdemokratie religionsfeindlich?

Redner:

Pastor Francke, an der Heil.-Kreuzkirche in Berlin.

Freie Aussprache.

Die Herren Geistlichen sind zu diesen Versammlungen eingeladen worden.

Frauen und Männer ladet zu recht zahlreichem Erscheinen freundlichst ein

5484 **Die sozialdemokratische Partelleitung.**

15 VERSAMMLUNGSANZEIGE VOM 30.7.1920



„Achten Sie politische Überzeugungen! Hier in Gütersloh sind in den vergangenen Zeiten die Sozialdemokraten als Aussätzige behandelt worden. Ausgestoßen und verachtet hat man sie...Wir sind der Überzeugung, daß die tiefe und rechte Religiosität sich erst ausbreiten kann, wenn das Grundübel der Gesellschaft, der Mammon, – der heute noch schlimmer herrscht wie früher – restlos beseitigt ist... Vergessen Sie nicht, meine Damen und Herren, was für praktisches Christentum die Sozialdemokratie in ihrem harten, jahrzehntelangen Kampf um das Recht der Ärmsten der Armen geleistet hat.“³

Gegen die deutsch-nationale Ausrichtung der Kirche gründeten die Gütersloher einen „Bund für die freie ev. Volkskirche“, dem sich alle namhaften Gütersloher Genossen anschlossen. Lehrer Struckmeier und Heinrich Wixforth standen an der Spitze dieser Vereinigung, deren Ziel es war, eine parteipolitisch neutrale Kirche zu schaffen, die auch den Arbeitern die Möglichkeit geben sollte, ihre Vorstellungen von Religion und Gerechtigkeit zu entfalten.

Wie notwendig solche Zielsetzungen waren, wird an den Schwierigkeiten deutlich, die die Gütersloher Kirchengemeinde den Nichtkirchenmitgliedern bei der Bestattung ihrer Angehörigen bereitete. Nicht nur wurde konfessionslosen Bürgern der doppelte Betrag für den Kauf einer Grabstätte abverlangt, es war auch untersagt, am Grabe Trauerreden zu halten oder eine musikalische Umrahmung der Trauerfeier vorzunehmen.

Vom Anfang der 20er Jahre an gab es auch in Gütersloh Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und rechtsradikalen Gruppen. Im März 1921 fand hier eine Hakenkreuzlerversammlung statt. Redner war ein gewisser Seelemeyer. In seinen Ausführungen beschimpfte er den „jüdischen Geist der Arbeiterbewegung“.

„Dieser Geist sei nur darauf gerichtet, hohe Löhne bei geringer Arbeitsleistung zu erzielen, womit unbedingt aufgeräumt werden müsse, wenn nicht anders, durch Blut und Eisen.“⁴

Als dann aus der Versammlung ein junger Bursche einen Arbeiter, der seiner Empörung über den Vortrag Ausdruck gab, einen Esel nannte, gab es noch eine blutige Nase.

Zu einer großen Volksversammlung riefen die Gütersloher Sozialdemokraten auf, als am 26.8.1921 Matthias Erzberger von rechtsradikalen ehemaligen Offizieren ermordet worden war (s. Abb. 16).

Ein Aufruf Carl Schrecks zu dieser Versammlung lautete:





„Genossinnen und Genossen! Beweist durch einen Massenbesuch, daß ihr willens seid, den demokratisch-sozialistischen Grundsätzen zur Durchführung zu verhelfen. Die reaktionären Drahtzieher versuchen durch Meuchelmord und Gewaltakte die politische Meinung zu vergiften... Darum auf zur Demonstration für Demokratie und Volkswohlfahrt.“⁵

Noch oft hatten die Sozialdemokraten wegen der Gewaltakte rechtsradikaler Gruppen Anlass zu machtvollen Demonstrationen für den Erhalt der demokratischen Ordnung. Ein besonderes Dokument dieses Kampfes überliefert uns die Volkswacht in einem gemeinsamen Aufruf des Bezirksvorstandes der SPD und der freien Gewerkschaften (s. Abb. 17). Die Unterzeichner versichern sich gegenseitig, dass sie angesichts des Hitler-Ludendorff-Putsches „Zu jedem Kampf bereit“ seien und durch diesen Aufruf die Tatbereitschaft aller fördern wollten.

Vor Ort kämpften auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten und Kreistagsmitglieder gegen die Feinde der Republik. So hingen in Gütersloh im Widerspruch zur Verordnung des preußischen Innenministers auch im Jahre 1921 noch Kaiserbilder in öffentlichen Gebäuden. In der Stadtverordnetenversammlung vom 30. November 1921 stellten die Sozialdemokraten folgenden Antrag:

„1. Säuberung der Verwaltung von allen antirepublikanischen Elementen, und solchen, deren Verfassungstreue zweifelhaft ist; 2. sofortiges Entfernen sämtlicher Wahrzeichen aus Schulen und öffentlichen Gebäuden, die geeignet sind, die republikanische Bevölkerung zu provozieren.“⁶

Keine Frage, der Antrag wurde aufgrund des Einspruchs der Deutschnationalen nicht zur Abstimmung zugelassen.

In der Kreistagssitzung vom 14. Juli 1922 gedachten die Abgeordneten der Ermordung des Ministers Rathenau. Der Genosse Struckmeier aus Gütersloh gab im Namen der sozialdemokratischen Fraktion folgende Erklärung ab:

„Der Meuchelmord an dem Minister Rathenau hat mit grellem Blitzlicht uns den Sumpf feigen Verbrechertums gezeigt. Der Mord galt der Republik. Darum heißt es für sie: Wehr dich! Die Duldsamkeit der Republik war weit gegen Nichtrepublikaner, aber sie hat ihre Grenzen...“⁷

Als im Verlauf der gleichen Sitzung ein Antrag gestellt wurde, dem Ev. Städtischen Gymnasium einen Zuschuss zu gewähren, sagte Struckmeier: „Wir





haben heute den Mord an Ratheau beklagt, wir haben erklärt, die Republik schützen zu wollen. Das Gütersloher Gymnasium ist ein Hort der Reaktion.“⁸ Der Zuschuss wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten trotzdem genehmigt.

Im Dezember 1922 hatte der „Landwehr Verein“ in Gütersloh zu einem Unterhaltungsabend eingeladen. Festredner war der Gymnasialdirektor Dr. Fliedner; Ausschnitte aus seiner Rede machen deutlich, von welchem Geist der Rache und Vergeltung nationalistische Kreise damals beherrscht waren. Er sprach u. a.:

„Von der französischen Bestie, die uns an die Gurgel will; Frankreich ist das Raubtier, das uns stets in der Flanke liegt, und doch hat dies gallische Raubtier, das immer das Böse will, das Gute geschafft... Die Macht verkörpert sich im Heer und wir bewundern diese gesammelte Macht, den Triumph des Gehorsams. Ein nichtsnutziger Deutscher, der Sedan vergisst... Draußen lauert die englische Bulldogge, der polnische Aasgeier und die französische Bestie und wir erkennen sie nicht.“⁹

Diese hetzerischen Worte zeugen von dem Ungeist nationalistischer Töne, die sich so schnell nach einem verlorenen Krieg wieder öffentlich hervortaten.

In diesen Zusammenhang gehört ein Bericht von Kurt Herzberg (Jehuda Barlev) aus dem Jahr 1973. Er berichtet vom Besuch des Reichspräsidenten Friedrich Ebert in Gütersloh. Auf der Rückfahrt vom Rheinland nach Berlin (18. März 1923) wollte er in Gütersloh ein Industrieprojekt („Gütersloher Brauerei“ an der Friedrichstraße) besichtigen. Die Kolonne war für eine

Nachmittagsstunde angesagt; sie traf mit großer Verspätung aber erst in der Dämmerung ein. Nur eine kleine Anzahl von Bürgern war zum Empfang erschienen und wartete auf der Straße. Die Schulen nahmen diesen Besuch überhaupt nicht zur Kenntnis. Ich selbst war nicht überrascht, dass

Gütersloh.

Volksversammlung

Mittwoch, 31. August, nachmittags 5 1/2 Uhr,
auf dem Marktplatz.

Tagesordnung:

„Politische Sturmzeichen“.

Referent: Genosse Alfons Buse, Bielefeld.

Hand- und Kopfarbeiter und Arbeiterinnen erscheint in Waffen.

Die sozialdemokratische Parteileitung.

16 VERSAMMLUNGSANZEIGE, VOLKSWACHT VOM 30.8.1921





Zu jedem Kampf bereit.

Die Sozialdemokratie im Mittellichen Westfalen und den lipplischen Freikreisen hat aus guten Gründen es abgelehnt, sich mit Fragen besonderer Organisationen zu beschäftigen. Dafür aber hat sie ihre inneren Einrichtungen derart ausgebaut, daß sie in der Lage ist, entsprechend allen Anforderungen zu handeln. Wenn auch in der Weltgeschichte bisher die brutale Gewalt von außerordentlicher Bedeutung gewesen ist, so hat doch die Arbeiterklasse längt den Beweis dafür erbracht, daß es auch Mittel gibt, die den Erfolg gewaltthätiger Politik verhindern können. Deshalb hat die Partei im Besitz ihrer Kräfte richtig gefaßt und sie vermag diese in Verbindung mit den sozialistischen Gewerkschaftlern immer so einzusetzen, daß irgendwelchen Aufständen zum Bewußtsein gebracht wird, wie sehr sie sich mit ihren Treibern selbst züchtigen.

Kuhige Entschlossenheit und selbstbewußte Tatbereitschaft hat den Quell der Energie in sich, die den Erfolg im Kampf verbürgt. Die Sozialdemokratie hat hier zu Lande nicht noch außen unnötig mit ihren Kräften gespielt. Diese sind aber bereit entwickelt, daß es nur des Anrufes bedarf, um jede Pflicht für Freiheit und Leben zu erfüllen. Selbst, wenn über den eigenen Bezirk hinaus Anforderungen an die Partei gestellt werden, auch dann ist sie in der Lage, diese mit zu erfüllen.

Gerade weil für die Erfüllung besonderer Aufgaben stets die Tat und nicht Worte entscheidend sind, war es möglich, in der Partei die Macht zu gestalten, welche die notwendigen Sicherheiten für den Sieg verbürgt. Nicht schwächen, sondern Handeln war und wird die beste Parole sein.

Jetzt, wo überall der Jammer durch die Gassen drüllt, droht ganz besonders eine Gefahr für die breiten Schichten des schaffenden Volkes. Es besteht nicht nur die Ablicht, so etwas wie einen Dreigeleitssaat herbeizuführen, sondern auch die Tendenz, den breiten Volksschichten noch weiteres Leid aufzubürden. Gegenüber den drohenden Gewalten gilt es sich vor jeder gereizten Stimmung und einem übereilten Vorgehen zu bewahren. Jede Stunde kann dazu führen, daß die werktätigen Arbeiter und Bürger mit den Kräften, die in der Arbeit und in den Nerven liegen, einen wütenden Feind zu bezwingen haben.

Nicht die Einklinkung auf Wassergewalt entspricht den jetzigen weltgeschichtlichen Ereignissen, sondern die Bereitschaft für jeden Kampf. Wer zu Einzelaktionen drängt, wer die Kräfte verzerzt, wer sich von der verkehrlichen Erregung und nicht von der politischen Vernunft leiten läßt, der wird dadurch zum Verbrecher am arbeitenden Volk. Es gilt einzuwirken mit allen Kräften für die Einheit Deutschlands und zu sichern alle Rechte, die ihren Ausdruck finden in der Reichs-Verfassung.

Alle aufrechten Arbeiter und Bürger und die freischaffenden Jungmänner in Stadt und Land halten sich dauernd bereit, um mit der Sozialdemokratie zu

Kämpfen für Leben und Recht

im deutschen Lande:

Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Im Auftrage: G. Schred.

Entsprechend dem obigen Auftruf werden die Tatbereitschaft fördern helfen:

Der Unterbezirksvorstand für Bielefeld-Bielebrück

Im Auftrage: Adolf Zenker

Der Unterbezirksvorstand für Lippe

Im Auftrage: H. Meier

Der Unterbezirksvorstand für Herford-Halle

Im Auftrage: Julius Hinkel

Der Unterbezirksvorstand für Schaumburg-Lippe

Im Auftrage: Franz Reuther

Der Unterbezirksvorstand für Minden-Lübbecke

Im Auftrage: Konrad Sitzinger

Die Vereinigung der Ortsausschüsse der freien Gewerkschaften

Im Auftrage: Hermann Gahlen (Bielefeld).

17 AUFRUF, VOLKSWACHT 7.11.1923

die Bevölkerung diesen Besuch nicht weiter beachtete, denn ich wusste von der Wertschätzung, die man in bürgerlichen Kreisen dem Reichspräsidenten entgegenbrachte, und zwar aus den Reden und Anschauungen meiner Mitschüler. Für sie war der Sattlergeselle nur Gegenstand von Spott und Beleidigungen, da er in ihren Augen weder die Voraussetzungen noch die Fähigkeit





für ein hohes Amt mitbrachte. Dieser Besuch des Reichspräsidenten, in dem die Patrioten von damals einen Verräter sahen und den die Gerichte nicht schützten, wurde schnell vergessen.¹⁰

Zum verstärkten Schutz gegen die Feinde der Weimarer Republik wurde im Februar 1924 auf Initiative von Sozialdemokraten das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ gegründet. In Gütersloh fand die konstituierende Versammlung am 21. November 1924 statt. Unter der Leitung des Kameraden Seifert besprach man Ziele und Zwecke der Organisation. Spontan traten am ersten Abend 73 Kameraden dem Ortsverein des Reichsbanners Gütersloh bei. Diese Vereinigung, die sich auch „Bund Deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner e.V.“ nannte, wurde zu 90 % von Sozialdemokraten gebildet. Das Reichsbanner übernahm in der Praxis immer mehr die Aufgaben einer sozialdemokratischen Schutztruppe. In der sich zuspitzenden Auseinandersetzung mit rechtsradikalen Gruppen, die immer wieder versuchten, sozialdemokratische Versammlungen zu stören, erwiesen sich die Reichsbannerleute als notwendige Schutzformation.

Bei ihren Feiern und Umzügen in Gütersloh fehlte es nie an mahnenden Worten und Aufrufen zur Sicherung der Republik und zum Erhalt des Friedens. Anlässlich des Festes der Bannerweihe am 29. Juli 1925 erinnerte der Redner an die Opfer des Krieges und mahnte:

„Deutsches Volk, du bist auf falschem Wege! Laß ab vom Kriegswahne!“ – „Erzieht ein friedliebendes Volk, daß Deutschland durch friedliche Arbeit wieder erstarken kann. Schaut über die Grenzpfähle, vernichtet nicht durch blindes Kriegswüten Deutschlands und Europas Kultur. Denkt angesichts der Denksteine und Gräber an eure Kinder. So werden wir unseren gefallenen Kameraden Dank erweisen. So wollen wir in Freiheit und Gerechtigkeit die Deutsche Republik aufbauen.“¹¹

Im Jahre 1931 bildete das Reichsbanner zusammen mit den Gewerkschaften die „Eiserne Front“ gegen den Faschismus.

Bei den zahlreichen Wahlen und Abstimmungen, die während der 20er Jahre durchgeführt wurden, erzielten die Sozialdemokraten sehr konstant zwischen 20 Prozent und 25 Prozent der Wählerstimmen.

Am 4. Mai 1924 wurden folgende Genossen in die Stadtverordnetenversammlung gewählt:

- Heinrich Wixforth
- Hermann Hebestreit





- Franz Birkhan
- Adolf Kampmann
- Johann Severin
- Fritz Schröder

Im Jahr 1925 zählte die Stadt Gütersloh 22.500 Einwohner. Die wichtigsten Erwerbszweige waren:

Maschinen- und Metallindustrie 1.700 Beschäftigte, Textilindustrie 1.250, Holzindustrie 450, Fleischwarenindustrie 400, Groß- und Einzelhandel 400, Handwerk 1.880 und Landwirtschaft 500 hauptberuflich beschäftigte Personen.

Die wirtschaftliche Gesamtsituation hatte sich Gütersloh, wie im Reichsgebiet allgemein, nach der Inflation vom November 1923 positiv entwickelt.

Der SPD-Ortsverein erreichte 1925 eine Mitgliederzahl von 229, 190 Männer und 39 Frauen.

Feiern zum 1. Mai, Verfassungsfeiern im August und Revolutionsfeiern im November bildeten die herausragenden Ereignisse des Ortsvereinslebens.

Ein kommunaler Finanzskandal sorgte im Sommer 1925 für besondere Aktivitäten der sozialdemokratischen Stadtverordneten und der Parteimitglieder. Bürgermeister Tummes und der Stadttrentmeister hatten Wechselgeschäfte mit einer auswärtigen Bank vereinbart, die die Stadt Gütersloh um ca. 175.000 Mark schädigten. Die sozialdemokratische Partei war in der Stadtverordnetenversammlung mit ihrem Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen die Schuldigen nicht durchgedrungen. Die bürgerlichen Parteien hatten dagegen gestimmt. Daraufhin beriefen die Sozialdemokraten eine Volksversammlung ein. Etwa 1.000 Gütersloher Bürger kamen in den Saal des Gasthofs Gehle in der Bahnhofstraße (heute Eickhoffstraße). Nach Eröffnung der Versammlung durch den Genossen Poggenklas gab der Stadtverordnete Birkhan einen Bericht über den Sachverhalt. Gegen eine Stimme wurde am Schluss folgende Resolution verfasst:

„Die am 3. Juli tagende öffentliche Versammlung (von zirka 1.000 Bürgern und Bürgerinnen besucht) nimmt Kenntnis von den Beschlüssen der Stadtverordneten-Versammlung vom 27.6.25 und steht auf dem Standpunkt, daß eine restlose Klärung nur dadurch erfolgen kann, wenn gegen Bürgermeister Tummes sowie Stadttrentmeister Pohlmann das Disziplinarverfahren eröffnet wird. Die Versammlung erklärt sich mit den Maßnahmen der sozialdemokratischen Stadtverordneten einverstanden.“¹²





Wie die Angelegenheit ausgegangen ist, berichtet die Zeitung nicht, anzunehmen ist, dass sich das Verhalten der bürgerlichen Parteien durch die öffentliche Versammlung und die obige Resolution nicht so beeinflussen ließ, dass sie eine einmal gefasste Entscheidung revidierten.

Ein anderer spektakulärer Vorfall ereignete sich 1925 im Anschluß an das Sommerfest des Ev. Stift. Gymnasiums. Antijüdische Aktionen hatte es Anfang der 20er Jahre in geringem Ausmaß in Gütersloh schon gegeben. Nach den Schilderungen Jehuda Barlevs¹³ nutzte ein ehemaliger angesehener Schüler des Ev. Stift. Gymnasiums, der spätere nationalsozialistische Reichsbischof Ludwig Müller, einen plötzlich einsetzenden Regenschauer, vor dem die Sommerfestgäste in einem nahen Gebäude Schutz suchten, zu einer spontanen antijüdischen Ansprache. Barlev schreibt:

„Müllers Ausführungen waren von Haß auf Juden und Judentum diktiert, die zusammen mit den Bolschewiken das Unglück Deutschlands gewollt und herbeigeführt hätten.“¹⁴

Eine Delegation jüdischer Bürger ersuchte den Direktor Dr. Fliedner, sich öffentlich von den Ausführungen Müllers zu distanzieren. Das ist natürlich nie geschehen.

Seit dem Jahre 1924 versammelten sich die Sozialdemokraten in den Räumen des sog. Büttnerschen Hauses in der Kaiserstraße (s. Abb. 18). Im gleichen Gebäude befand sich auch die Geschäftsstelle der Gewerkschaft.

Im August 1925 wurde in Gütersloh der Einhundertjahrfeier der Stadtwerdung festlich gedacht. Auch Franz Birkhan gehörte dem Vorbereitungskomitee an. Die bürgerlich-reaktionäre Ausrichtung des gesamten Festes veranlasste ihn bald, den Sitzungseinladungen nur noch sporadisch nachzukommen. Aufgrund seiner Erfahrungen bei der Vorbereitung haben alle sozialdemokratischen Stadtverordneten das Jubiläumsfest geschlossen boykottiert. Das Gemälde von Paul Westerfrölke vom 19.8.1925 mit dem Titel ‚100 Jahre Stadt Gütersloh‘ dokumentiert eindrucksvoll die Ausrichtung des Festes.

Die Berliner Straße am Jubiläumstag, ein einziges Meer schwarz-weiß-roter Fahnen, die Flagge des untergegangenen Kaiserreiches, das Kampfsymbol gegen die demokratische, parlamentarische Republik, sie war das Symbol des Gütersloher Bürgertums.

Seit 1920, seit dem Kapp-Putsch und den Attentaten auf Erzberger und Rathenau, haben sozialdemokratische Stadtverordnete in Gütersloh Resolutionen verfasst, Anträge gestellt und öffentliche Appelle an die Behörden



gerichtet, die darauf zielten, alle Symbole des alten Obrigkeitsstaates aus allen öffentlichen Bereichen zu entfernen, alles ohne jeden Erfolg.¹⁵

Die politischen Eliten der Stadt waren rückwärtsgewandt, die Meinungsführerschaft der Konservativen dominierte die politische Kultur der Stadt.

Nach einer kurzen Phase wirtschaftlicher Stabilität zeigten Arbeitslosigkeit und soziale Not vom Jahre 1926 an wieder eine steigende Tendenz. In der Stadtverordnetenversammlung vom 2.2.1926 brachte der Genosse Birkhan (SPD) einen Dringlichkeitsantrag ein, der zur Unterstützung in Not geratener Erwerbsloser und Kurzarbeiter eine Summe von 10.000 Mark Soforthilfe verlangte. Der deutschnationale Stadtverordnete Wolf entgegnete:

„Nur Mehrarbeit, Akkordarbeit und, wenn nicht anders, auch weniger Lohn könnten aus der Krise herausführen.“¹⁶ In einem Kommentar zu den Äußerungen Wolfs schreibt die Volkswacht:

„Wir sagen (gegen Herrn Wolf, Anm. d. Verf.), macht den Arbeiter kaufkräftig, weg mit den hohen Gewinnen, besonders der Textilindustrie, schafft neuzeitliche Einrichtungen in euren Betrieben, weg mit den Kartells und Trusts, und wir werden gesunden.“¹⁷



18 BÜTTNERSCHES HAUS, KAISERSTRASSE





Am 18.2.26 hat die Stadtverordnetenversammlung eine Unterstützung für die Erwerbslosen beschlossen.

In der Zeit vom 1. bis zum 17.5.1926 fand eine Abstimmung über das von SPD und KPD veranlasste Volksbegehren über die Fürstenenteignung statt. In Gütersloh versammelten sich zu diesem Thema auf Einladung der Gewerkschaften Arbeitslose und verabschiedeten eine Resolution, in der es u. a. hieß:

„Die Versammlung verlangt von den beteiligten Parteiorganisationen SPD und KPD volles Eintreten für restlose Enteignung derselben (gemeint sind die Fürsten, Anm. d. Verf.), zugunsten der ungeheuren Notlage der zu Millionen auf der Straße liegenden Arbeiterschaft.“¹⁸

Das Volksbegehren hatte keinen Erfolg.

In Gütersloh wurden 2.426 Stimmen dafür abgegeben, etwa genau die Anzahl sozialdemokratischer Wählerstimmen bei allgemeinen Wahlen.

Die Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 waren die Wende für sozialdemokratische Wahlerfolge. Noch einmal gelang es durch konzentrierte Agitation, mit 29,8 % der Wählerstimmen das zweitbeste Ergebnis seit 1919 zu erreichen. Auch in Gütersloh wählten 23,6 % die SPD. Die politischen Zielsetzungen der Sozialdemokratie fasste Carl Severing im April 1928 auf dem Bezirksparteitag wie folgt zusammen:

„Wir kämpfen für das Endziel. Wir sind Revolutionäre, aber wir wissen auch, daß das Samenkorn der sozialistischen Bewegung einer gewissen Reife bedarf. Unser Land ist das Land des Sozialismus, der Lehrmeister für den Sozialismus in anderen Ländern, das Land der Arbeiterkultur und der fortgeschrittenen Sozialgesetzgebung. Das alles ist in 100jährigem Kampf errungen worden. Aber es genügt nicht. Auch im gegenwärtigen Staate sind noch hohe soziale Aufgaben zu erfüllen, die Artikel der Reichsverfassung, die das Wirtschafts- und soziale Leben aufbauen wollen, müssen sich in der Wirklichkeit erfüllen: Alles was Menschenantlitz trägt, soll sich eines menschenwürdigen Daseins erfreuen... Darum: der alte Kampfgeist lebt noch. Wir werden es schaffen. Der Sieg wird und muß unser sein:

Feiger Gedanken
Bängliches Schwanken
Weibisches Zagen
Ängstliches Klagen
Wendet kein Elend,





Macht dich nicht frei.
Allen Gewalten
Zum Trutz sich erhalten,
Nimmer sich beugen,
Kräftig sich zeigen.
Rufet die Arme
Der Götter herbei.

Den Sieg, den wir erringen wollen, schenkt uns kein Gott. Wir müssen selbst ihn erkämpfen. Sieg wird nur dann, wenn alle sich des hohen Ideals des Sozialismus bewußt sind! Und setzt ihr selber das Leben nicht ein, nie kann euch das Leben gewonnen sein! Das ist keine Phrase, das ist heilige Überzeugung, die uns bis zum 20. Mai begleiten soll.“¹⁹

Nach 1928 nahm die Beteiligung der Bevölkerung an der Wahl ständig ab, und die sozialdemokratischen Stimmenanteile gingen zurück.

Bei den letzten Wahlen der 20er Jahre, den Stadtverordnetenwahlen vom 17. November 1929, bekamen die Sozialdemokraten in Gütersloh 20,3 % der Stimmen und sieben Mandate. Gewählt wurden:

- Heinrich Wixforth, Schneidermeister
- Franz Birkhan, Gewerkschaftssekretär
- Gustav König, Lagerhalter
- Johann Severing, Weber
- Robert Brinkmann, Schlosser
- Emil Allerdissen, Tischler²⁰



SOZIALDEMOKRATEN IM KAMPF GEGEN DIE NATIONALSOZIALISTEN

Die Auseinandersetzungen mit den politischen Gegnern spitzten sich für die Sozialdemokraten weiter zu, nachdem am 30. April 1929 in Gütersloh eine Ortsgruppe der Nationalsozialisten gegründet worden war. Im ersten Jahr erreichte diese Gruppe eine Mitgliederzahl von 124 Personen. Erster Gruppenführer war Karl Wendt. Zugleich mit der NSDAP entstand auch eine Gruppe der nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA). Gütersloh entwickelte sich im Kreis Wiedenbrück bald zu einer Hochburg der Nazis. Die Ursachen dafür sind an anderen Orten dieser Darstellung über die Arbeiterbewegung schon mehrfach deutlich geworden. Politisch war diese Stadt immer schon geprägt von konservativen, bürgerlich-nationalistischen Strömungen. Durch einen Vergleich der Wahlergebnisse bei den Reichstagswahlen vom 20.5.1928 und dem 14.9.1930 lässt sich belegen, woher die Nazis in Gütersloh ihre politische Unterstützung bezogen. Die Stimmen der Nationalsozialisten stiegen in diesem Zeitraum von 41 auf 1.806 an. Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei verloren im gleichen Zeitraum insgesamt 1.600 Stimmen, während SPD und Zentrum relativ stabil blieben. Im Gegensatz zum Kreis Wiedenbrück hat das Zentrum in der Stadt Gütersloh nie eine besondere politische Rolle gespielt. Hier war und blieb, gestärkt durch einen konservativen Protestantismus, das Klein-, Mittel- und Großbürgertum bestimmend. Die Berufsstruktur der nationalsozialistischen Funktionsträger unterstreicht die bisherigen Feststellungen. Es waren mittlere und höhere Angestellte und Beamte (ein Sparkassendirektor als Ortsgruppenleiter), selbstständige Handwerksmeister und Fabrikanten.¹

Den politischen Kampf hatten die Sozialdemokraten in den vielen Jahren ihrer wechselvollen Parteigeschichte nie gescheut. Sie gingen in die Versammlungen ihrer politischen Gegner und lieferten den oftmals prominenten Rednern harte Debatten. So z. B. nutzte der Genosse Birkhan eine Versammlung der Deutschnationalen mit deren Parteiführer, dem Großindustriellen und Pressezaren Hugenberg, dazu, sozialdemokratische Politik zu vertreten.





Die Nazis und ihre Schlägertruppen begannen schon bald, einen besonders brutalen Stil der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner einzuführen. Im Reichstagswahlkampf vom August 1930 kam es in Gütersloh, im Anschluss an eine Kundgebung der Nationalsozialisten auf dem Marktplatz, zu ersten Zwischenfällen. Grölend zogen die Nazis in Trupps durch die Stadt und pöbelten die Passanten an. Helmut Heine, seit 1927 Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Jugend, erinnert sich an eine ganze Reihe von Übergriffen. Als er mit dem Fahrrad durch die Stadt fuhr, warfen SA-Leute ihm einen Knüttel ins Rad, so dass er zu Fall kam. Dann verprügelten sie ihn und rissen den SAJ-Wimpel ab, den er am Fahrrad mitführte. Die Sozialdemokraten versuchten mit den Schutzformationen des Reichsbanners, die im Jahre 1931 eine Stärke von 432 Mann im Kreis Wiedenbrück erreicht hatten, dem radikalen Treiben der Nazis entgegenzutreten. Auch der Zusammenschluss der sozialdemokratischen Kampfverbände mit denen der Gewerkschaften in der Eisernen Front sollte dem Schutz der Republik vor den braunen Verbänden dienen.

Aber die im Geist gewaltloser Konfliktregelung erzogenen Sozialisten waren einfach nicht fähig, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Das Ortsvereinsleben entwickelte sich auch zu Beginn der 30er Jahre kontinuierlich weiter. Die Arbeiterjugend veranstaltete regelmäßige Werbeabende mit den Schulabgängern. Die Veranstaltungen bestanden zumeist aus zwei Teilen, einem ernsteren mit deutlichen politischen Aussagen und einem heiteren mit volkstümlichen Theatervorführungen und Tanzdarbietungen. Beim Frühlingsfest am 21. März 1932 im Saal des „Capitol“ wurde der Sprechchor „Nie wieder Krieg“ mit besonderem Beifall bedacht. Neben dem Arbeitergesangverein „Einigkeit“ zählte der Arbeiter-Sportverein „Eintracht“ mit 120 Mitgliedern zu den besonders aktiven Gruppen. Geübt wurde in verschiedenen Turnhallen oder auf dem alten Marktplatz in der Nähe der Feuerwehr.

Im Gegensatz zu den Vereinen der Deutschen Turnerschaft (DT, gegründet 1868), die bis 1918 den Kaiserkult forcierten und sich der Wehrerziehung verschrieben, die in der Weimarer Zeit ihre nationalen Demonstrationen fortsetzten und 1933 als national-völkischer Verband dem Führer zugeführt wurden, stützten sich die Gruppierungen des Arbeiterturnerbundes (ATB, gegründet 1893) vor allem auf die Novemberrevolution und den Anbruch einer neuen Freiheit vom Obrigkeitsstaat. Ihre großen Feste (z.B. in Leipzig 1922 und Nürnberg 1929) standen ganz im Zeichen der internationalen Arbeiterverbrüderung.²





19 SCHALMEIENKAPELLE GÜTERSLOH

Unter der Leitung von Ludwig Fissenewert hatte sich auch eine Schalmeienkapelle gebildet (s. Abb. 19).

Genossinnen und Genossen, die sich zurückerinnerten, betonten immer wieder die beispielhafte Gemeinschaft unter den Sozialdemokraten, die durch die Anfeindung von außen immer nur noch stärker wurde. Das gesamte gesellschaftliche Leben fand in den Organisationen der Arbeiter statt. Die Wochenenden wurden gemeinsam verbracht. Ausflüge in die nähere und weitere Umgebung, Begegnungen mit Brackweder, Bielefelder und Herforder Gruppen fanden regelmäßig statt. Die Bibliothek in den Räumen der ehemaligen Brauerei in der Friedrichstraße war ein beliebter Treffpunkt. Vorsitzender des Ortsvereins zu Beginn der 30er Jahre war der Schlosser Robert Brinkmann, der auch Mitglied der Stadtverordnetenversammlung war.

Im Zusammenhang mit den Wahlen zum Preußischen Landtag am 24. April 1932 ereignete sich ein tragischer Vorfall, der zum Tod des Genossen Heinrich Rüßkamp (Mitglied der Schalemeienkapelle, s. Abb. 19, stehend 5. v. links) führen sollte. Ein Augenzeuge, Helmut Heine, gibt dazu aus seiner Erinnerung folgenden Bericht:





„Wir trafen uns abends im Gewerkschaftshaus, um in den Morgenstunden Wahlplakate mit dem Wortlaut „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg“ zu erneuern. Gegen 22 Uhr traf Heinrich Rüßkamp in Begleitung seiner Freundin dort ein. Er war sofort Feuer und Flamme und erklärte sich spontan bereit, mitzumachen... Wir waren etwa 15 bis 20 Mann im Alter von 20 bis 50 Jahren... Als wir in der Nähe des Elisabeth-Hospitals waren, und zwar an der Ecke, wo die neue Bibliothek entsteht, wurden wir auf einen SA-Trupp aufmerksam, der sich aus Richtung Kirchstraße auf uns zubewegte. Es waren etwa 50 bis 60 Mann mit Knüppeln und Hämmern bewaffnet, die sich auf das Zeichen Ihres Anführers ‚Nun aber ran‘ auf uns stürzten. Während des Handgemenges wurde Heinrich Rüßkamp niedergeschlagen. Ich selbst und einige andere liefen zur Polizei. Rüßkamp wurde ins Krankenhaus eingeliefert, das er dann auf eigenen Wunsch wieder verlassen durfte. Am 6. Juli starb er.“³

Als Todesursache wurde ein Schädelabszess als Folge der Verletzung vom 24. April festgestellt.

Die Beerdigung Heinrich Rüßkamps, der 23 Jahre alt geworden war, fand am Sonnabend, dem 9. Juli statt; sie wurde zu einer großen Demonstration der Sozialdemokraten gegen den Nazi-Terror. Der Zeitungsbericht über die Trauerfeier vermittelt uns einen Eindruck von den Empfindungen unserer Genossinnen und Genossen in dieser schweren Zeit (s. Abb. 20).

In dem gerichtlichen Nachspiel, das unter großer Anteilnahme der Gütersloher Bevölkerung ablief, konnte der Täter nicht zweifelsfrei ermittelt werden. Das Gericht schenkte den Unschuldsbeteuerungen der SA-Leute offensichtlich mehr Glauben als der Schilderung des Tatherganges durch die sozialdemokratischen Genossen.

Am Ende wurden acht Sozialisten verurteilt, zu Gefängnisstrafen zwischen sechs Wochen und fünf Monaten. Die Nazis, von denen der Anführer neun Monate und die übrigen Gefängnisstrafen von drei und fünf Monaten zuteilt bekamen, wurden schon Anfang 1933 wieder aus der Haft entlassen. Helmut Heine musste sechs Wochen seiner Haftzeit in einer Massenzelle absitzen. Eine Gedenktafel am Domizil der SPD in der Hohenzollernstraße erinnert an den Vorfall vom April 1932 (s. Abb. 21).

Die Tat in Gütersloh war kein Einzelfall. Eine Welle des Terrors überzog Anfang der 30er Jahre das Land. Emil Julius Gumbel hat aufgrund eigener Initiative die politischen Morde in der Weimarer Zeit untersucht. Er notiert allein





Die Fahnen senkten sich . . .

Am Grabe eines ermordeten Reichsbannerkameraden – Wichtige Demonstration gegen den Nazi-Blutterror.

Am Sonnabend nachmittag wurde in Gütersloh der an den Folgen einer Nazi-Bluttat verstorbene 23jährige Reichsbannerkamerad Heinrich Rühlkamp unter starker Beteiligung der Einwohnerschaft und eines großen Reichsbanneraufgebots zu Grabe getragen. Ein der Beerdigung folgender Umzug des Reichsbanners wurde zu einer Demonstration gegen den Falkenkreuz-Mordterror von solcher Wucht, wie Gütersloh sie selten erlebt hat.

Im neuen Ev. Krankenhaus lag Heinrich Rühlkamp aufgebahrt, und der Sarg wurde von den Kameraden des Toten herausgetragen. Hunderte in grünen Hemden marschierten dem dunklen Wagen voraus, schwarzrotgoldene Fahnen leuchteten an der Spitze eines langen Zuges. Hinter dem Wagen schritt ein Gütersloher Ortspfarrer, und ihm folgten die Eltern und die näheren Angehörigen des Ermordeten. Ein langer, langer Zug, der sich durch die hieschweren Straßen bis zum Friedhof im Süden der Stadt bewegte.

Ein Fleck Erde, wo gestern noch das Gras wehte, war aufgerissen. Die Erde wartete . . . Der Pastor begann zu reden. Hunderte horchten. Würde er ausdrücken, was sie bewegte, würde er das Wort finden, das in die Herzen der am Grabe Versammelten drang? Es kam der Trost der Kirche, es kamen feierliche Worte und Gesten. Aber es waren Worte, nur Worte . . . Dahin kommt es, wenn wir, wir Menschen, unsere Saat säen.“ Das sagte der Vertreter der Kirche. Er vermählte die demütige Ergebung in den Willen eines Mächtigen. Wir hörten seine Frage an diese Welt, aber wir hörten auch ein anderes: einen Vorwurf, der uns galt, unserer Sache.

Die Fahnen senkten sich über das Grab, in das man den Sarg gesenkt hatte. Genosse Birkhan rief dem gemordeten Kameraden das letzte Abschiedswort zu. Die Kränze des Reichsbanners werden künden, daß hier einer der Kämpfer für die Freiheit des Volkes ruht.





Die Feier war zu Ende. Kommandos hielten durch den Garten der Toten, das Reichsbanner formierte sich zum Abmarsch. Hinter vier schwarzrotgoldenen Fahnen marschierten dreihundert Männer in grünen Hemden. Arbeiter, Reichsbannerleute, Genossen. Die Bezirksfahne und die Fahnen von Widenbrück, Rheba und Gütersloh leuchteten zu den Liebern der Marschierenden. Demonstration! Die vielen, die an der Beerdigungsfeter teilgenommen hatten, marschierten neben den grünen Kolonnen. Sie marschierten durch die Straße Unter den Ulmen, ohne Kapelle, aber ihre Liebes drangen in die Häuser der Bürger. Bürger sahen durch die Fenster, standen vor der Tür, Bürger schlossen sich dem Zug an. Viele waren es nicht, denn Gütersloh ist Hort der Reaktion. Aber dreihundert Reichsbannerleute marschierten taktfest durch Güterslohs Straßen, über die Wiesenstätte, die Berliner Straße, Königsstraße, Friedrichstraße. Marschierten, sangen, demonstrierten. Das hatte Gütersloh noch nicht erlebt. Die verhassten, die verleumdeten, verachteten roten! Mit jedem Schritt entfernten sie sich von dem Grabe des toten Kameraden, trugen ihr Erlebnis in diese Stadt, in der einer im braunen Hemd mit dem Hakenkreuz lebt, der ein Mörder ist. Ein Mörder? Ach, vielleicht ein Mensch wie du und ich, mit gutem Willen und gläubigem Herzen. Er schlug, weil er es nicht besser wußte. Er wurde verhasst, was kann der eine dafür? Aber warum ließ er sich verhasen? Weiß er nicht, wer sein Führer ist? Hitler, dem die „Humanität“ als Ausdruck einer Mischung von Dummheit, Feigheit und eingebildetem Besserwissen gilt, der die gesunde Liebe des Volkes zu seiner Geschichte, Sprache und angestammten Sitte künstlich aufstacheln zu einem krankhaften Fieberwahn sinn? Hitler, der den Haß hineingetragen hat in unser deutsches Leben. Hitler, der sich ähnlich zum Norden als Weltanschauung bekennt?

Uns ist der Kampf aufgezwungen, und wir sind bereit! Das war der Sinn der Demonstration, das sollte Gütersloh sehen. Alle sollten hören: Einen von uns haben sie gemordet, aber dreihundert hier und Hunderttausende und Millionen überall im Deutschen Reich tragen von seinem Grabe den Willen zu Gerechtigkeit, Freiheit und Menschlichkeit hinaus.





21 GEDENKTAFEL FÜR HEINRICH RÜßKAMP

für die Zeit von Anfang 1930 bis Mitte 1931 38 politisch begründete Morde der Nazis. Hitler sah besonders in der SA eine Organisation, die dazu ausersehen war, in einer Art permanentem Wahlkampf den Behauptungswillen der demokratischen Parteien zu brechen. Der NS-Führer Gregor Strasser hat das so ausgedrückt:

„Wir treiben Katastrophenpolitik, weil nur die Katastrophe, das ist der Zusammenbruch des liberalen Systems, die Bahn freimacht für jenen Aufbau, den wir Nationalsozialismus nennen.“

Der Terror dieser Jahre wurde offen zur Schau getragen, er mündete geradewegs in den Terror von Staates wegen, in die Konzentrationslager und in die Gaskammern.

Die politischen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit sind auch Thema der Stadtverordnetenversammlung am 18. Juli 1932. Gegenstand der Beratungen ist u.a. der Zuschuss zum Etat des Ev. Stiftsgymnasiums. Franz Birkhan beschuldigt Schüler des Gymnasiums der politischen Agitation für die Nationalsozialisten und kritisiert ihr ungehörliches Betragen. Die einzelnen Vorhaltungen lauteten konkret: 1. Schüler des Gymnasiums hät-





ten am hellen Tag Plakate der SPD mit Hakenkreuzen beschmiert, 2. Franz Birkhan sei selbst öffentlich von Schülern belästigt worden, 3. Hakenkreuze zierten die Wohnräume des Alumnats. Ohne Chance blieb der Antrag der SPD-Fraktion, den Zuschuss zum Etat des Gymnasiums abzulehnen.⁴

Die Arbeitsbedingungen für die Sozialdemokraten wurden durch das allgemeine politische Klima zunehmend erschwert. Die Stimmung im Ortsverein wird uns anschaulich vor Augen geführt durch eine kleine Begebenheit im September 1932.

„Am Freitag, 2. September 1932, nachmittags 6 Uhr. Regen schlägt gegen die Fensterscheiben: feucht, rund und hoch düstert der Wasserturm in den Bibliotheksraum des Sozialdemokratischen Vereins Güterslohs. – Buchausgabe. Das Zimmer ist voller Qualm. Die Genossen stehen und sitzen, diskutieren eifrig und rauchen still ihren Mutz. Albert blättert in einem Buch, er kann sich noch nicht entschließen. Am Schrank lehnt Karl Blaß, ein junger Arbeiter. Sein Buch hat er schon gewählt, die blaue Mütze schon aufgesetzt. Wenn der Regen gleich aufhört, wird er gehen. Er schaut im Zimmer umher. Fritz, der Bibliothekar, kramt am Zeitungstisch. Die anderen reden und qualmen. Aber plötzlich ist Stille. Alle hören: „Fritz, wann machst du denn deinen Laden hier zu?“ Karl hat es gefragt. „Wa...?“ „Nu, wenn die SA kommt...!“ „Mensch, da ist die Eiserne Front noch da!“ Alle haben es gehört. Die seltsame Frage, die Antwort. Der die Antwort gab, hat dabei getrost weiter in den Papieren gekramt nicht aufgesehen, ganz trocken dahergesagt: „Die Eiserne Front ist noch da!“ Ein Gelächter prasselt auf: „Hei, hallo, haha, haha! – Das muß in die Volkswacht, Genosse!“⁵

So machte man sich gegenseitig Mut. Und alle im Reichsbanner und in der Eisernen Front vereinigten Sozialisten waren entschlossen, wenn es denn sein müsste, den Nazis auch mit der organisierten Kraft der Arbeiterbewegung Widerstand zu leisten. Als am 30. Januar 1933 anlässlich der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler die siegestrunkenen SA-Kolonnen endgültig ihren Triumph in Demonstrationen und abendlichen Fackelzügen feierten, warteten viele Genossen auf das Signal zu Gegenaktionen. Vergebens.

Der Gütersloher Ortsverein trat noch einmal in einen heftigen Wahlkampf ein. Vor der Reichstagswahl vom 5. März 1933 und den Kommunalwahlen vom 12. März war für Sonnabend den 26.2. eine Großveranstaltung mit Jubilarehrung geplant. Der Saal im Gasthof Gehle war bis auf den letzten Platz besetzt. Als der Genosse und Reichstagsabgeordnete Carl Schreck erschien,





Die für die Freiheit kämpfen

Veteranen- und Jubiläums-Feier in Gütersloh

Gütersloh, 27. Februar.

Allen Unbilden zum Trotz fand am Sonntag, 26. Februar 1933, im Fohal-Gebäude, Bahnhofstraße, die schon lange geplante Veteranen- und Jubiläums-Feier der Sozialdemokratischen Partei, Ortsgruppe Gütersloh, statt. Der festlich geschmückte große Saal war bald voll besetzt, und mit dem „Freiheitschor“ von Wilmann leitete der Arbeiter-Gesangsverein Einigkeit den Abend ein. Genosse Birken sprach zur Aufnahme der Ortsgruppe herzlichste Begrüßungsworte für alle Gäste und besonders für die Veteranen und Gefangenen, die im Kampfe für die Freiheit schußlos in die Kerker wandern mußten, aber mit ungebrochenem Kampfesmut weiterkämpften. Den Prolog sprach eine Jugendgenossin. „Wir stehen zum Angriff bereit!“ Unter diesem Motto stand der übrige Abend. Gefangene Darbietungen, Tanzspiele und Reigen im bunten Wechsel: alle taten ihr Bestes und trugen zu einem guten Gelingen bei. Das Theaterstück der Arbeiterjugend, mit Fleiß eingeübt und talentvoll gespielt, löste besonders lebhaften Beifall aus.

Die Ansprache hielt Genosse Carl Schred, und schon beim Betreten des Saales brauseten ihm die Freiheitsrufe entgegen. Zu Anfang gedachte er der im Freiheitskampf Gefallenen, unter denen ja auch ein Gütersloher sich befand. Die Versammlung ehrte ihre Toten durch Erheben von den Plätzen. — Dann widmete er den Genossen der Eisernen Front, die für die Freiheit ins Gefängnis mußten, ehrende Worte. Ihre Arbeit werden sie verdoppeln und verdreifachen: bis zum endlichen Siege. Die Alten — Veteranen und Jubilare — haben ein Leben lang ihre Pflicht getan, sie haben Opferbereitschaft bewiesen besonders gegenüber den eigenen Klassengenossen. Treu waren sie, und Treue ist eine Tat. Die Treue war getragen von einer starken Erkenntnis, die es hineintrug in die Reihen der Arbeiterschaft. Wie schwer war gerade dies in Gütersloh! Aber ist gleich die Bewegung in Gütersloh nicht glänzend wie in Nachbarorten, steht steht sie auch hier und Zukunft hat sie auch hier.

Treu am Volke im größten und wahrsten Sinne des Wortes haben diese Männer seit Jahrzehnten gelebt, und waren es zum Teil Auswärtige, die den rebellischen Geist nach Gütersloh brachten: sie hatten ein Vaterland: die Arbeit. Ihr Lohn kann kein anderer sein, als daß die Jungen versprechen, ihnen nachzueifern, als Vorbildern der Pflichterfüllung und Opferbereitschaft.

Auf die politische Lage der Gegenwart ging Genosse Schred ein, und immer wieder wurde er von Beifall unterbrochen. Scharf ging er mit den Genossen ins Gericht, aber scharf auch mit den Genossen in den eigenen Reihen, die Kritikalern und Moralern, die Kritik ausüben als Rechtfertigung für jeden, die Arbeit der anderen, ohne ihre Bedingungen zu kennen, herunterzureißen und schlecht zu machen. Mächtig waren die Worte des Genossen Schred, denn man fühlte, sie waren Wahrheit, die aus einem aläubigen, starken Herzen kommt. Der Satz: „Wer sich einsehen will für eine gemeinnützige Wirtschaft“, der, und nur der bekämpft Bolschewismus und Bürgerkrieg! — zeigte die wahre Sachlage an, und die Mahnung, beim eigenen Werte anzuhalten, die Mahnung, Genossenschaftler in der Praxis zu werden, hat sicher ihre Wirkung nicht verfehlt. Es hätten Genossen da sein müssen, Bürger, zu hören, wer denn in Deutschland wahrhaft national und wahrhaft religiös ist. Die Augen wären ihnen aufgegangen, und ein noch so fester Mund hätte nicht Worte gefunden gegen die Wahrheit, daß die Arbeiterklasse, indem sie ihren Klassenkampf ausübt, den Kampf kämpft für die Nationverehrung unseres Volkes, für die endliche Bekehrung von der alles zerstörenden Profitgier, für die wahre, die geordnete Freiheit im sozialistischen Volksstaat. Es ist die Aufgabe der Sozialdemokratie, jetzt ein Geschlecht heranzuziehen, das freudiger noch als das alte, kämpft, kämpft und nicht aufhört zu kämpfen, bis endlich die Freiheit errungen ist, die Freiheit, bei der wir ruhen, und die auch die Versammlung rief: dreimal, befreit, entschlossen, trotzig und trugig.

22 BERICHT — JUBILÄUMSFEIER, VOLKSWACHT VOM 27.2.1933

hallten ihm die Freiheitsrufe der Versammlung schon entgegen (s. Abb. 22). Der Bericht über diese letzte große Versammlung der Gütersloher Sozialdemokraten erschien in der allerletzten Ausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift „Volkswacht“. Fast 43 Jahre hatte diese Zeitung ihre Kraft in den Dienst der Arbeiterbewegung gestellt. Die bürgerlichen Zeitungen, beson-





23 VOLKSWACHT, LETZTE AUSGABE VOM 27.2.1933

ders die in Gütersloh, haben Informationen über die Sozialdemokratie einfach nicht aufgenommen, Anzeigen nicht gedruckt. Die Nazis brachten dieses Sprachrohr des demokratischen Sozialismus in Ostwestfalen schon sehr früh durch Verbot zum Schweigen (s. Abb. 23).

Nach den im Anschluss an den Reichstagsbrand erlassenen Verordnungen „Zum Schutz von Volk und Staat“ ahnten auch die Gütersloher Genossen, was ihnen bevorstand. Die SAJ-Mitglieder Helmut Heine und Karl Senf handelten schnell. Sie brachten die Bücher und die Kasse aus dem Versammlungsraum der SAJ in der Kaiserstraße in Sicherheit. Dann wurde durch Mundpropaganda zu einem kostenlosen Ausflug zur Hohensyburg eingeladen (s. Abb. 24). Über 30 junge Genossinnen und Genossen haben den Kassenbestand von 800 Mark mit dieser schönen Ausflugsfahrt auf Null gebracht und so vor dem Zugriff der Nazis gerettet.

In Gütersloh wehte schon am 8. März die schwarz-weiß-rote Reichsflagge neben der Hakenkreuzfahne von allen öffentlichen Gebäuden. In einem Flaggenakt am Gymnasium wird dieses Ereignis mit Schülern und Kollegium gefeiert. Auch Pastor Gronemeyer beschwört die alten Traditionen, wenn er in einer Ansprache am 19. März bekennt:

„Heute ist unsere alte, deutsche Fahne wiederauferstanden. Wer den heutigen Tag miterleben darf, der hat aus den Worten unseres Reichskanzlers Hitler auch den großen Ruf an sein Herz mitgeföhlt.“⁶





24 AUSFLUG ZUR HOHENSYBURG

Die Wahlen am 5. und 12. März 1933 können kaum mehr als freie Wahlen bezeichnet werden. Verbote und gewalttätige Aktionen der SA behinderten den Wahlkampf der Sozialdemokraten. Flugblätter wurden verboten, und eine von den Sozialdemokraten in Gütersloh beantragte Wahlversammlung am 4.3.33 durfte auch nicht stattfinden.⁷ 13,6 % der Wähler blieben der SPD bei den Reichstagswahlen in Gütersloh noch treu. 43,9 % wählten die NSDAP. Bei den Kommunalwahlen zogen vier Sozialdemokraten in die Stadtverordnetenversammlung ein. Es waren:

- Franz Birkhan, Gewerkschaftssekretär
- Johann Severin, Weber
- Robert Brinkmann, Schlosser
- Fritz Schröder, Schlosser.⁸

Zur ersten Sitzung am 11.4.33 traten die zwölf gewählten Nationalsozialisten in brauner Uniform an. In dieser Sitzung brachten die Nazis einen Dringlichkeitsantrag ein, der folgenden Inhalt hatte:





1. Ehrenbürgerschaft für Adolf Hitler
2. Umbenennung der Bogenstraße (früher Teil der Parkstraße, Anm. d. Verf.) in Adolf-Hitler-Straße
3. Benennung des Dreiecksplatzes in Horst-Wessel-Platz
4. Den Stadtwerken und städtischen Unternehmungen wird untersagt, ihren Bedarf bei jüdischen Geschäften zu decken.

Der Dringlichkeitsantrag wurde angenommen. Auch bei den Personalfragen stand der Vorschlag der vier sozialdemokratischen Stadtverordneten hoffnungslos dem Vorschlag der „Einheitsfront“ der NSDAP, DNVP, Volksdienst, Volkspartei, Zentrum und zwei parteilosen Vertretern gegenüber.⁹ Als Bürgermeister wurde der Deutschnationale Tummes wieder gewählt.

Es ist bis heute unbegreiflich, wie neben den bürgerlichen Vertretern auch die Zentrumsleute die Nationalsozialisten unterstützen konnten. Aus dem Ehrenbürgerbrief an Adolf Hitler, den außer den Sozialdemokraten alle Stadtverordneten unterzeichneten, seien hier einige Auszüge wiedergeben:

„Deutschland ist erwacht! ...

Deutschland ist wieder einig und will wieder frei sein!

Die nationale Revolution hat gesiegt!

Dies, hoch verehrter Herr Reichskanzler, ist Ihr Verdienst, hat Ihr gottgesegnetes Wollen und Wirken zuwege gebracht!

Wir geloben treue Gefolgschaft in guten und bösen Zeiten ...“

Am 23. Juni 1933 holten die Nationalsozialisten zu ihrem letzten entscheidenden Schlag gegen die Sozialdemokratie aus. Mit dem Runderlass des Innenministers vom gleichen Tage wurde die SPD zur staats- und volksfeindlichen Organisation erklärt und mit einem sofortigen Betätigungsverbot belegt. Es erging folgende Anordnung:

„Sämtliche Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die heute noch den Volksvertretungen und Gemeindevertretungen angehören, sind sofort von der weiteren Ausübung ihrer Mandate auszuschließen, weil ihre Weiterbetätigung eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit darstellt.“

Die sozialdemokratischen Abgeordneten wurden damit auch offiziell ihrer politischen Mitwirkungsmöglichkeiten beraubt. Ein Gütersloher Nationalsozialist begründete gegenüber einem Stadtverordneten der SPD das Verbot mit der Bemerkung; „Sie können in diesem Staat nicht mitarbeiten, weil sie keine Deutschen sind.“ Die Sozialdemokraten erlebten nun Festnahmen,



Hausdurchsuchungen und, wenn sie im öffentlichen Dienst tätig waren, den Verlust des Arbeitsplatzes.

Die größte Verhaftungsaktion gegen die Sozialdemokraten fand in Gütersloh Ende Juni 1933 statt.

SA, SS, Stahlhelm, Polizei und Hilfspolizei verhafteten insgesamt 60 Personen. Im Gütersloher Rathaus wurden viele der Verhafteten in Anwesenheit des Sturmbannführers der SA, des Bürgermeisters Tummes und des Landrates Klein verhört. 17 Personen wurden dem Polizeipräsidenten in Bielefeld überstellt. Der Genosse und ehemalige Bürgermeister Hermann Vogelsang erinnert sich an diese Aktion. Ihn hatte man von der Arbeitsstelle abgeholt. Bei der Hausdurchsuchung habe man lediglich ein Protokollbuch der Textilgewerkschaft bei ihm gefunden und auch mitgenommen. Ein Unterbezirksbericht der SPD aus dem Jahre 1925 wurde nicht entdeckt und konnte als wichtiges Dokument nach dem Krieg an den SPD-Ortsverein übergeben werden.

Franz Birkhan, profiliertester Sozialdemokrat in Gütersloh, wurde gemeinsam mit seinem Sohn Hans (Jugendführer des Reichsbanners) von seinem Haus am Kamphof 15 abgeholt und musste mehrere Wochen in sog. ‚Schutzhäft‘ verbringen.

Von Widerstandstätigkeiten aus dieser Zeit ist kaum etwas bekannt.

Die Gütersloher Zeitung berichtet noch am 12. Juli 1933 von Flugblättern mit marxistischer Agitation, die im Stadtpark gefunden wurden. Trotz sofort eingeleiteter Razzien seien die Täter unbekannt geblieben.

Bei der „Reichstagswahl“ im November 1933 gab es nicht einmal mehr den Anschein freier Wahlen, das Ergebnis war dementsprechend eindeutig. 93,54 % in Gütersloh für die NSDAP, 6,46 % der Wähler wagten immerhin, noch einen ungültigen Stimmzettel abzugeben. In der Chronik der Stadt Gütersloh aus dem Jahre 1933 von Studienrat Dr. Hans Richter heißt es am Schluss:

„Der 5. März 1933 brachte den Anfang der Befreiung aus den eisernen Klammern, die uns umspannen, brachte den Aufbruch und Durchbruch der Nation... Es hatte lange den Anschein, als ob die ungeheuren Opfer des Weltkrieges vergeblich gemacht seien. Heute wissen wir, daß die Toten in unseren Reihen mitmarschierten, wenn das „Dritte Reich“ geschaffen wird.“¹⁰

So wie der Verfasser der Gütersloher Heimatgeschichte dachten 1933 viele Gütersloher Bürger. Was die einen als Anfang der Befreiung feierten, hat-





ten die Sozialdemokraten schon sehr früh und sehr deutlich als das Ende jeglicher Freiheit und Menschlichkeit gebrandmarkt. Ihr Eintreten für die demokratische und soziale Republik machte sie nun zu den Hauptfeinden der sogenannten „nationalen Revolution“. Die Führer der Sozialdemokratie landeten in den Konzentrationslagern, soweit ihnen nicht die Flucht ins Ausland gelang, die anderen, mussten in ständiger Angst vor Verfolgung und Verhaftung leben. Die Ungeheuerlichkeiten der totalitären Herrschaft, die die nächsten zwölf Jahre bestimmen sollten, überstiegen 1933 noch jegliche Vorstellungskraft auch der Sozialdemokraten.



EIN NEUER ANFANG FÜR DEMOKRATIE UND SOZIALISMUS

Gütersloh im März 1945. Eine der meistzerstörten Städte Ostwestfalens (s. Abb. 25 und 26). Etwa ein Drittel der Wohnungen und Wohngebäude zu mehr als 40 % beschädigt. 510 Häuser galten als völlig zerstört. 1.161 Gefallene, 290 Ziviltote und 2.255 Vermisste waren die traurige Bilanz des verbrecherischen Krieges allein in unserer Stadt.¹ Den letzten Luftangriff erlebte Gütersloh am 30. März (Karfreitag). Pastor Gronemeyer war es, der im Auftrage des NS-Bürgermeisters Ostern 1945 mit dem Fahrrad die Wiedenbrücker Chaussee entlang den amerikanischen Panzern entgegenfuhr. Er sollte den heranrückenden Truppen die Nachricht überbringen, dass Gütersloh von deutschem Militär frei sei. Pastor Gronemeyer trug Zivilkleidung, später teilte er auf Nachfragen mit, dass er ohne Furcht und in festem Glauben an seine gute Mission losgefahren sei. In der ehemaligen NS-Schulungsburg, kurz vor der Kreisstadt, wurde er zu einem amerikanischen Offizier geführt, dem er seine Nachricht überbrachte. Die Behandlung durch die Amerikaner nennt er sachlich, kühl und ein bisschen „wurstig“, aber nicht „von oben herab“. Als Pastor Gronemeyer nach Gütersloh zurückgekehrt war, rollten die Panzer schon durch die Stadt. Der amerikanische Offizier hatte anscheinend umgehend gehandelt.²

Vielleicht hat die mutige Tat des Pastors weitere Zerstörungen und Blutvergießen verhindert. Die Besatzung lief an anderen Orten Ostwestfalens keineswegs so ruhig ab.

Die erste Amtshandlung der Amerikaner bestand darin, die in Gütersloh noch vorhandenen Waffen einzusammeln. Zur Bewältigung der vordringlichsten Aufgaben griffen die Amerikaner schon sehr bald auf deutsche Staatsangehörige zurück. Erster Bürgermeister wurde am 17. April 1945 Paul Thöne. Schon nach fünf Tagen wurde er abgesetzt und die Amerikaner ernannten unseren Genossen und späteren Sekretär des DGB Adam Weinand (s. Abb. 27) zum Bürgermeister von Gütersloh. Seiner Initiative ist es zu verdanken, dass schon 1945 die Gewerkschaft in Gütersloh neu gegrün-





25 26 GÜTERSLOH 1945 UND IN DER VORKRIEGSZEIT

det und später auch im Kreis Wiedenbrück organisiert wurde. Seit 1910 war er Mitglied der SPD. Seine Aufgabe bestand nun darin, in Zusammenarbeit mit den Militärbehörden die größte Not zu lindern. Im Mittelpunkt der materiellen Krise stand das Ernährungsproblem, dazu kamen Wohnungsnot,





27 ADAM WEINAND

Kleidermangel und fehlendes Heizmaterial. Adam Weinand blieb nur bis zum 8. Juni im Amt. Als die amerikanische Besatzung durch die britische abgelöst wurde, ernannte man erneut Paul Thöne zum Bürgermeister.

Unter den sozialdemokratischen Genossen, die nach und nach aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrten, kam es schon vom Sommer 1945 an zu ersten Kontakten. Initiativ wurden vor allem Franz Birkhan und Fritz Bohnenkamp. Die offizielle Wiedergründungsfeier der SPD fand am 2. Dezember 1945 statt. Seit Beginn des Jahrhunderts war Carl Severing ein treuer Freund und Begleiter der Gütersloher Sozialdemokraten. Er war auch dies-

mal der Hauptredner der Gründungsversammlung, die umrahmt wurde von Chorgesängen des Bielefelder Volkschores.³ Der erste Vorsitzende des Ortsvereins war Fritz Bohnenkamp. Eines der ersten Mitgliedsbücher wurde für den Seidenweber Wilhelm Eichberg am 16.11.1945 ausgestellt (s. Abb. 28).

Am 20. November fand die erste Stadtverordnetenversammlung nach dem Krieg statt. 30 Stadtverordnete waren durch die Militärbehörden ernannt worden.

Zur Auswahl der Stadtverordneten verfassten die Fraktionen der SPD und der KPD am 14. Dezember eine gemeinsame Erklärung. Sie verwiesen darauf, dass sie mit der Zusammensetzung des Stadtparlaments niemals einverstanden sein könnten und dass sie dagegen schärfsten Protest einlegten.

Gegenstand des Protestes war 1. dass das Zustandekommen der Liste völlig undurchsichtig sei, 2. dass Bürgermeister Thöne keine Aussprache über die Zusammensetzung zugelassen habe und 3. dass von den 30 Mitgliedern (11 Sozialdemokraten, 2 Kommunisten und 17 sog. parteilosen Mitgliedern) in der Gruppe der 17 Parteilosen ernstzunehmende Männer seien, die „als frühere Rechtsparteiler bekannt sind.“⁴

Sozialdemokratische Mitglieder waren z. B. Franz Birkhan, Fritz Bohnenkamp, Fritz Gottenströter, Anton Hanhart, Helmut Heine, Wilhelm Oelker, Johann Sewerin, Heinrich Struck und Adam Weinand. Aus ihrer Mitte wählten diese Stadtverordneten am 28.12.1945 den Genossen Fritz Bohnenkamp (s. Abb. 29) zum Bürgermeister. In der Aprilsitzung des Kreistages zu Wiedenbrück 1946 hat ihn diese Versammlung einstimmig mit dem Amt des stellv. Landrats





28 MITGLIEDSBUCH VON 1945

betraut. Geboren 1905, trat er schon 1921 der Arbeiter-Jugend in Gütersloh bei. Seine Arbeit als Bürgermeister wurde zusätzlich zu den schwierigen Zeitumständen durch die am 8. Februar 1946 eintretende schlimmste Hochwasserkatastrophe in Gütersloh seit 100 Jahren erschwert. Weite Teile der Stadt wurden von den Fluten der Dalke überschwemmt, der Eisenbahnverkehr musste wegen der Gefährdung der Überführung eingestellt werden. Im März 1946 traf der erste Transport mit 1.570 Vertriebenen in Wiedenbrück ein. Der Rat der Stadt fasste unter dem Vorsitz von Bohnenkamp erste Beschlüsse zur Bildung eines Nothilfewerks. Not zu lindern, das betrachtete Bohnenkamp als seine vordringlichste Aufgabe als Bürgermeister, dafür setzte er sich unermüdlich ein.⁵

Ab April 1946 fanden regelmäßige Versammlungen des SPD-Ortsvereins statt. Auswärtige Referenten in diesem Jahr waren Landrat Mellies aus Detmold und Emil Groß aus Bielefeld. „Schaffung einer Demokratie auf sozialistischer Grundlage“ oder „Sozialdemokratie und Wiederaufbau Deutschlands“, so lauteten die Themen der Versammlungen.



Trotz des großen Mangels an Wohnraum verfügten die Sozialdemokraten schon 1946 über ein Parteilokal im Hause Berliner – Ecke Strengerstraße (s. Abb. 30).

Für den 15.9. waren die ersten Gemeinde- und Kreistagswahlen angesetzt. Im Wahlkampf versuchte die SPD, die Bürger an die Ursachen der zurückliegenden Katastrophe zu erinnern, die Sozialdemokraten seien verspottet worden, als sie 1932 verkündet hätten:

„Wer Hitler wählt, wählt den Krieg“. „Wir glauben, dass die SPD auf Grund ihrer geschichtlichen Vergangenheit dazu berufen ist, das Volk aus dem Chaos wieder in eine geordnete Wirtschaft zurückzuführen. Erstmalig seit dem Zusammenbruch kann jetzt das Volk beweisen, dass es aus der Vergangenheit gelernt hat. Das Ergebnis der Wahl muß der SPD Gelegenheit geben, im demokratischen und sozialistischen Sinne aufzubauen.“⁶



29 FRITZ BOHNENKAMP

Eng angelehnt an das englische Vorbild, hatten die Militärbehörden ein Mehrheitswahlsystem vorgesehen, das klare politische Mehrheiten hervorbringen sollte.

Das Wahlergebnis war klar. Ca. 56 % für die CDU und knapp 40 % für die SPD. In Stadtverordneten-sitze umgerechnet bedeutete das 23 Sitze für die CDU und 4 für die SPD. Wilhelm Elbracht, Heinrich Harenkamp, Ernst Schwake und Paul Kulemann waren die ersten gewählten Genossen für das Stadtparlament. In der ersten Sitzung am 27.9. erklärte die SPD-Fraktion, dass sie sich aufgrund des ungerechten Wahlsystems nicht bereit erklären könne, nun mit vier Vertretern in den Ausschüssen mitzuarbeiten. In Gütersloh war somit ein Einparteiensystem entstanden, das für zwei Jahre die Geschicke der Stadt bestimmen sollte.

Zur Abstimmung über das Vertrauensvotum für den Stadtdirektor Thöne beantragte die SPD-Fraktion die geheime Abstimmung mit der Begründung, „daß in weiten Kreisen der Bevölkerung die Personalpolitik des Stadtdirektors nicht gebilligt wird.“⁷

Auf der Jahreshauptversammlung der SPD im Januar 1947 kam es zur Wiederwahl Fritz Bohnenkamps zum 1. Vorsitzenden, Stellvertreter wurde Johann Sewerin. Diesem Vorstand gehörte erstmals auch Willy Eichberg an.





Im April 1947 standen die Landtagswahlen im neu gebildeten Bundesland Nordrhein-Westfalen an. Die Sozialdemokraten kämpften auch nach dem Krieg in Gütersloh wieder an den gleichen Fronten wie vorher. Zum einen war es das Verhältnis von Sozialismus und Christentum, zum anderen der ständige Zweifel an



30 PARTEIBÜRO BERLINER- ECKE STRENGERSTRASSE

der nationalen Zuverlässigkeit, den die bürgerlichen Politiker im Wahlkampf zu ihrem Vorteil zu thematisieren versuchten. Die SPD antwortete darauf mit Großanzeigen im Lokalteil der Presse (s. Abb. 31), in denen es hieß: Sozialismus ist Christentum der Tat!

Auf den Vorwurf des Internationalismus erklärten sie:

„Als Partei des Sozialismus vertritt die SPD den Standpunkt, daß die Menschen anderer Länder nicht von sich aus unsere Gegner sind, sondern daß sich alle Menschen freundschaftlich die Hände reichen müssen. Das gilt insbesondere für die Arbeiterschaft aller Völker. Das Wort „Pazifismus“ ist im sozialistischen Sinne kein Wort, das Weichheit oder Schlappeheit bedeutet, im Gegenteil, der sozialistische Pazifist ist Kämpfer gegen die Unterdrückung, er kämpft für die Rechte der Menschheit.“⁸

Landtagskandidat der SPD war der Bäckermeister Franz Specht. Die Freie Presse stellt ihn vor und beschreibt seine Geisteshaltung folgendermaßen:

„Er ist gläubiger Christ und Sozialist und widerlegt alle die Schwätzer, die der Sozialdemokratie Religionsfeindlichkeit nachreden, jene Leute nämlich, die das Christentum als Lippenbekenntnis zur Schau tragen, die Christus sagen und ihren Besitz meinen.“⁹

Die Wahlbeteiligung an den ersten Landtagswahlen war sehr schlecht, 40 % der Wähler blieben zu Hause. Jeder 14. Stimmzettel war ungültig. Auf einigen stand „Heil Hitler“ oder „Kaiser Wilhelm“ geschrieben. Die SPD erhielt 37,6 % der Wählerstimmen.





Sozialismus ist Christentum der Tat!

Sozialismus ist das politisch verkörperte soziale Gewissen. Es genügt nicht, innerhalb der christlichen Religionsgemeinschaften den einzelnen zu sozialem Verhalten aufzufordern, ihm zu sagen: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst! Darüber hinaus ist es notwendig, in einem politischen Programm die Einzelforderungen des sozialen Gewissens verbindlich zu machen.

Aus einer erdrückenden Not ist die sozialistische Bewegung entstanden, als vor hundert Jahren ein junger Industrialismus und Kapitalismus weite Volkskreise proletarisierte. „Sozialismus, das ist ein Schrei des Schmerzes und manchmal des Zornes, ausgestoßen von den Menschen, welche unser Massenelend am lebhaftesten empfinden.“ — Der Sozialismus bedeutete damals für den ausgebeuteten Industriearbeiter die einzige Hoffnung; er allein gab ihm tatkräftige Hilfe und eine zielbewußte Führung. Was vermochte damals der vereinzelte Appell an das soziale Gewissen des Christen auszurichten? War es nicht erst der erstarkende Sozialismus, welcher wenigstens die dringendsten sozialen Reformen erzwang? Ist es verwunderlich, daß die junge Arbeiterbewegung außerchristlichen Tendenzen folgte, als sie innerhalb der Christenheit die erforderliche Resonanz nicht fand?

Gewiß, der Appell an das soziale Gewissen ist heute nicht mehr vereinzelt, sondern von allen Kanzeln und nicht nur dort laut vernehmbar. Die ungeheure Not läßt uns aber keine Zeit, so lange zu warten, bis die Christen so christlich geworden sind, daß sie die sozialen Mahnungen ihrer Kirchen auch befolgen. An dem grundsätzlich guten Willen vielmehr müssen wir anknüpfen; ihn gilt es in ein festes Programm zu fassen. Dies kann aber nur im Rahmen des politischen Programms geschehen, welches der Sozialismus auf seine Fahnen geschrieben hat.

Darum: Wählt Sozialdemokraten!

31 ANZEIGE DER SPD IM WAHLKAMPF VON 1947, FREIE PRESSE VOM APRIL 1947

Auf dem Nürnberger Parteitag der SPD war Gütersloh durch den Genossen Kulemann vertreten. Ein Beschluss dieses Parteitages sah vor, jährlich wiederkehrende Demonstrationen für den Frieden am ersten Sonntag im September durchzuführen. Die erste Veranstaltung in Gütersloh fand in der Aula des Städt. Gymnasiums statt. Franz Birkhan und Paul Kulemann sprachen auf der Kundgebung.

„Wir müssen der Welt beweisen, daß wir gewillt sind, für den Frieden zu kämpfen.“ — „Wir werden auch weiterhin an unserer höchsten Forderung festhalten! NIE WIEDER KRIEG!“,

so lautete es in den Reden, die von Liedern und Sprechchören der Falkengruppe umrahmt wurden.

Die Einwohnerzahl der Stadt Gütersloh, die 1939 noch ca. 30.000 betragen hatte, stieg bis zum Ende des Jahres 1947 auf etwa 40.000 an. Der strenge Winter von 1946 auf 1947 hatte die Versorgungslage noch verschlechtert.





Von 1.000 Schulkindern waren 650 unterernährt. Die Tuberkulose stieg bei Kindern im Vergleich zum Vorjahr um 70 % an. Ein Erwachsener erhielt im Durchschnitt zwischen 900 und 1.300 Kalorien täglich, obwohl er als Mindestmenge etwa 2.200 benötigte. Die Wohnungsnot wurde in Gütersloh dadurch verstärkt, dass die Besatzungsmacht insgesamt 264 Wohnungen beschlagnahmt hatte.

Der Gütersloher „Schwarzmarkt“ in der Moltkestraße, Schulstraße und am Bahnhof war für seine reichhaltigen und preisgünstigen Angebote bis ins Rhein-Ruhrgebiet hinein berühmt. Verdiente ein Arbeiter zwischen 1945 und 1948 im Monat ca. 150 RM, so musste er dort 1946 für 1 kg Brot 30–50 RM, für 1 kg Zucker 120–180 RM und für 1 Stück Seife 30–60 RM bezahlen, vorausgesetzt, solche Raritäten wurden überhaupt angeboten.¹⁰ Gegen das „Organisieren“ von Brennmaterial, im Volksmund auch „Kohlenklau“ genannt, gab die Militärregierung in den Tageszeitungen folgende Bekanntmachungen heraus:

„Die Militärgerichte werden von jetzt ab ohne Gnade und Erbarmen HÖCHSTSTRAFEN verhängen.“

Die Alliierten hatten es sich u. a. zur Aufgabe gemacht, die Verantwortlichen für die Nazi Herrschaft zu bestrafen. Eine wichtige Funktion sollten dabei die örtlichen Entnazifizierungsausschüsse erfüllen, die nur von Deutschen besetzt waren. Ergebnis war, dass viele kleine Mittäter hart bestraft wurden, die großen Fälle aber aufgrund langwieriger Ermittlungen verzögert wurden und durch die zwischenzeitlich eingetretene Meinungsverschiebung bei den Alliierten vergleichsweise milde oder gar nicht bestraft wurden.

Als das Thema „Wiedereinstellung entnazifizierter Beamter“ im Gütersloher Stadtparlament zur Beratung anstand, erklärte der Genosse Kulemann dazu, „daß in der britischen Zone die ganze Entnazifizierung ein Schautheater war und es keinen Zweck habe, dieses Theater in der Stadtverordnetensitzung fortzusetzen“¹¹

Schon unmittelbar nach dem Kriegsende, im September 1945, schreibt der damalige Bürgermeister Paul Thöne in einem Situationsbericht an die Militärregierung über die durch den Nationalsozialismus belasteten Unternehmer in Gütersloh. Alle, die sich nicht krimineller Vergehen schuldig gemacht oder nicht an führender Stelle politische Verantwortung getragen hätten, sollten in vollem Ausmaß für den Wiederaufbau herangezogen werden.¹²





Das Jahr 1947 brachte dem Ortsverein der SPD einen Wechsel des Vorsitzenden. Franz Birkhan, der große Streiter aus den 20er Jahren, übernahm erneut im Alter von 63 Jahren die Leitung. Die SPD bereitete sich intensiv auf die nächste Kommunalwahl im Oktober 1948 vor. Hauptthema des Wahlkampfes war die Wohnungsnot. Im gleichen Jahr wurde der Zuzug nach Gütersloh verboten. Auf Anordnung der Militärregierung erklärte man Gütersloh zu einem Brennpunkt des Wohnungsbedarfs.

Auf einer Großveranstaltung im Kath. Vereinshaus sprach am 13.6.48 der „Flüchtlingspastor“ Heinrich Albertz, der kurz zuvor Flüchtlingsminister in Niedersachsen geworden war. Aus seiner Rede einige Auszüge:

„Nach der Währungsreform werden die Illusionen platzen. Dann wird es darauf ankommen, die Konkursmasse auf die Schultern **aller** zu verteilen. Es ist aber zu befürchten, daß diese Operation die schwächsten Glieder des Volkes am schwersten treffen und keine soziale Reform in sich schließen wird.“...

„Ich erkläre als verantwortlicher Minister eines Landes, daß heute in Deutschland mit aller nur erdenklichen Rücksichtslosigkeit und an allen Fronten unseres täglichen Lebens ein Kampf der wirtschaftlich Starken gegen die wirtschaftlich Schwachen in einem ungeheuren Ausmaß entbrannt ist.“

Für Christentum und Sozialismus sei nun die Existenzfrage gestellt, wie bewähren sie sich in der Not?¹³ Der Wahltag kam, und das Ergebnis war die Sensation im Kreis Wiedenbrück. Absolute Mehrheit für die SPD im Stadtparlament: 9 Sitze (von 17) für die SPD – 7 für die CDU. Gewählt wurden die Genossen Hermann Dreier, Willy Eichberg, Eugen Frederich, Hans Hossius, Paul Kulemann, Christian Meier, Johann Sewerin und Hermann Vogelsang. Zum Wahlergebnis befragt, sagte ein CDU-Vertreter: „Dieses Ergebnis ist der Ausdruck der Not der breiten Massen.“ Ein Vertreter der SPD :

„Es war mir klar, daß die schaffende Bevölkerung von Gütersloh an diesem Wahlsonntag ihre Quittung für zwei Jahre Politik des Eigennutzes und des sozialen Unverständnisses abgeben würde.“¹⁴

In der ersten öffentlichen Erklärung der SPD hieß es u. a:

„Die Politik hinter verschlossenen Türen ist vorbei. Die Fraktion wird in bestimmten Zeiträumen in aller Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit in Bürgerversammlungen Bericht erstatten, ...“¹⁵

In der ersten Sitzung des Stadtparlaments wurde der Genosse Hans Hossius (s. Abb. 32) zum Bürgermeister gewählt. In einem persönlichen Schreiben





hatte Carl Severing, der Hans Hossius aus seiner Zeit als Staatsminister kannte, Hossius als einen mutigen, umsichtigen Mann mit einer einwandfreien politischen Haltung beschrieben.¹⁶

Das wichtigste kommunalpolitische Thema der SPD, die Förderung des sozialen Wohnungsbaus, machte Hans Hossius zu seinem persönlichen Anliegen. Auch nach der Währungsreform war es schwierig, Geld und Baumaterialien für große Projekte zu beschaffen. Hossius appellierte an die Wirtschaft, die notwendigen Materialien bereitzustellen. Er richtete ein Sonderkonto ein unter dem Stichwort „Gütsel baut“. Über sich selbst sagte er anlässlich der Grundsteinlegung für einen Wohnblock an der Fichtenstraße:

„Wenn man mich auch den ‚Bettelstudenten‘ nennt, so kann ich doch versichern, daß ich so lange betteln werde, bis das Wohnungselend beseitigt ist.“¹⁷



32 HANS HOSSIUS

Der soziale Wohnungsbau in Gütersloh wurde bald zu einem Vorbild für ganz Nordrhein-Westfalen. Schon am 20. März 1949 legte der Regierungspräsident Drake den Grundstein für den ersten Wohnblock an der Fichtenstraße. Bis August 1951 war der 8. Wohnblock an der Diekstraße errichtet. Weitere Wohnblöcke und Siedlungen entstanden an der Kahlertstraße, am Bockschatzweg und anderswo. In den ersten zehn Jahren nach dem Krieg wurden in Gütersloh 3.400 Wohnungen gebaut. Die Bevölkerung nahm von 1939 bis 1954 um etwa 58 % zu.

Nach der ersten Bundestagswahl vom 14.8.1949 wurde Konrad Adenauer/CDU zum ersten Kanzler der Bundesrepublik gewählt. Die Hoffnungen der SPD, zur bestimmten Kraft im Staat zu werden, hatten sich nicht erfüllt.

Im November feierten die Gütersloher Sozialdemokraten in Anwesenheit ihres Ziehvaters Carl Severing ein großes Fest mit Jubilarehrung. Die Urkunden überreichten die Jungsozialisten, Lieder, Tänze und ein Sprechchor der Falkenjugend umrahmten die Feier.

Die politische Großwetterlage verschlechterte sich im Juni 1950 spürbar. Der Ausbruch des Koreakrieges signalisierte, wie schnell der Kalte Krieg in eine offene Schlacht umschlagen konnte. Die sozialdemokratisch orientierte Freie Presse fragte Gütersloher Bürger nach ihrer Meinung zum Kriegsausbruch



in Fernost. Hier zwei Antworten. Ein 58jähriger Schumachermeister:

„Der Befreiungsgedanke setzt sich durch. Die Kolonialvölker dulden keine fremde Einmischung. Man sieht es an China. Amerika hätte sich nicht in den Krieg zwischen Nord- und Südkorea einmischen sollen.“

Eine 40jährige Büroangestellte:

„Was geht mich Korea an, ich habe andere Sorgen.“

Unter den Alliierten begann nun das Tauziehen um die Wiederbewaffnung Deutschlands. Im Oktober erklärte Gustav Heinemann, der später der SPD beitrug, seinen Rücktritt aus der Regierung Adenauer. Als Grund nannte er die Remilitarisierungspläne Adenauers. Der Parteivorsitzende der SPD, Schumacher, forderte angesichts der Wiederaufrüstungspläne der Bundesregierung Neuwahlen.

In Gütersloh machte sich im Winter 1950/51 eine katastrophale Kohleknappheit bemerkbar. Die Stadtwerke appellierten an die Bevölkerung, Strom zu sparen. Die Schaufensterbeleuchtung wurde untersagt. Im Januar gaben 14 Kohlenhändler Kohlekarten heraus.

Die Jahre 1950 und 1951 brachten für die SPD mehrere personelle Wechsel. Im Februar lautete der Vorschlag der SPD für das Amt des Stadtdirektors Hermann Diestelmeier. Der Wahl des neuen Stadtdirektors waren heftige öffentliche Auseinandersetzungen vorausgegangen. In einem ‚Aufruf zur Wahl des Gütersloher Stadtdirektors‘ hieß es wörtlich: „Wir werden uns jedenfalls mit Entschiedenheit dagegen wehren, dass der Bürgerschaft von Gütersloh von einer zufälligen politischen Mehrheit ein Stadtdirektor aufgezwungen wird, der den Anforderungen dieses Amtes nicht gewachsen ist.“ Unterzeichnet ist der Aufruf von der CDU, der Deutschen Konservativen Partei (Deutsche Rechtspartei), der Deutschen Partei und der FDP.

Von den Konservativen war der damalige Stadtkämmerer Walter Wixforth für das Amt des Stadtdirektors vorgeschlagen worden. Der von der SPD



33 HERMANN DIESTELMEIER



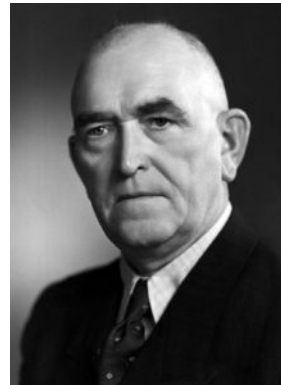
vorgeschlagene Hermann Diestelmeier (s. Abb. 33) war im Jahr 1911 in Bad Salzuflen geboren. Sein Vater, Heinrich Diestelmeier, war langjähriger Abgeordneter des Landtages von Lippe gewesen. Als Sozialdemokrat wurde er von den Nationalsozialisten verfolgt, und als die Polizei ihn verhaften wollte, schied er freiwillig aus dem Leben. Hermann Diestelmeier war für die höhere Verwaltungslaufbahn ausgebildet. Als Major der Schutzpolizei stand er von 1943 bis 45 im Kriegseinsatz. 1947 hatte ihn die lippische Gemeinde Barntrop in das Amt des Stadtdirektors gewählt. Bei der Wahl am 20. Februar 1950 lautete das Ergebnis: 9 Stimmen für Diestelmeier, 7 Stimmen für Wixforth. Hermann Diestelmeier war parteilos, und bei seiner Amtseinführung im April 1950, an der auch der ehemalige Mitstreiter seines Vaters, der Detmolder Regierungspräsident Heinrich Drake, teilnahm, sagte er:

„Lassen Sie mich meine Arbeit zum Wohle der Stadt tun, so wenig bürokratisch wie nötig und so menschlich wie möglich!“¹⁸

19 Jahre, bis zum Juni 1969, hat Hermann Diestelmeier die Stadtverwaltung Gütersloh geleitet. Die Schwerpunkte seiner Arbeit lagen im Bereich der Behebung der Kriegsschäden, dem Wohnungsbau, Ausbau der Infrastruktur und der Auseinandersetzung mit den Besatzungsmächten über beschlagnahmte Wohnungen, Freigabe des Parkbades und besonders der Integration vieler Tausend Vertriebener und Flüchtlinge. Hermann Diestelmeier war ein musischer Mensch, er selbst spielte Geige in einem Quartett Gütersloher Bürger und setzte sich intensiv für die Förderung des Theater- und Musiklebens der Stadt ein. Am 22. September 1969 erlag Hermann Diestelmeier im Alter von 57 Jahren einem schweren Leiden. Am 26. August schon war Dr. Gerd Wixforth vom Rat der Stadt zu seinem Nachfolger gewählt worden.

Ab 1950 übernahm Willy Eichberg den Vorsitz der SPD-Fraktion. Bei den Neuwahlen des Vorstandes am 7.12.1951 wurde Heinrich Struck zum neuen Vorsitzenden des Ortsvereins gewählt. Mit Rosa Struck trat erstmals auch eine Frau in den Ortsvereinsvorstand ein. Seit Januar 1951 war der Genosse Jeremias Vorsitzender der Kreisvereinigung der SPD.

Im November des gleichen Jahres wählte die Stadtverordnetenversammlung den Genossen Hermann Vogelsang zum Bürgermeister (s. Abb. 34).



34 HERMANN VOGELSSANG





Jahrgang 1897, hat er im Juli 1918 den „Reichsbund der Kriegs- und Zivilbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen“ in Gütersloh mitgegründet. Aktiv war er in den 20er Jahren in der Gewerkschaftsarbeit. Über 50 Jahre, genau seit 1925, ist er Mitglied der SPD. Der Genosse Vogelsang legte im Januar 1952 den Grundstein für die gewerbliche Berufsschule und viele Grundsteine für Wohnbauten an der Diekstraße. Sein Wahlspruch: „Wer baut, hat Hoffnung“. Bis 1970 war er Mitglied des Rates der Stadt Gütersloh. In vielen weiteren politischen Funktionen hat er der Allgemeinheit gedient. 1962 und 1965/66 war er Mitglied des Landtages und von 1956 bis 1960 Mitglied des Kreistages. Die Stadt Gütersloh ehrte ihn durch die erstmalig verliehene Ehrenbezeichnung „Altbürgermeister“. Am 10. August 1967 verlieh ihm der Bundespräsident das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse (s. Abb. 35). Die Übergabe erfolgte in der Staatskanzlei in Düsseldorf durch den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Heinz Kühn.

Für die Gütersloher Frauen in der SPD wurde der 17. April 1951 zu einem entscheidenden Datum. An diesem Tage hatte Rosa Struck die Frauen in die



35 ÜBERREICHUNG DES BUNDESVERDIENSTKREUZES AN HERMANN VOGELSANG



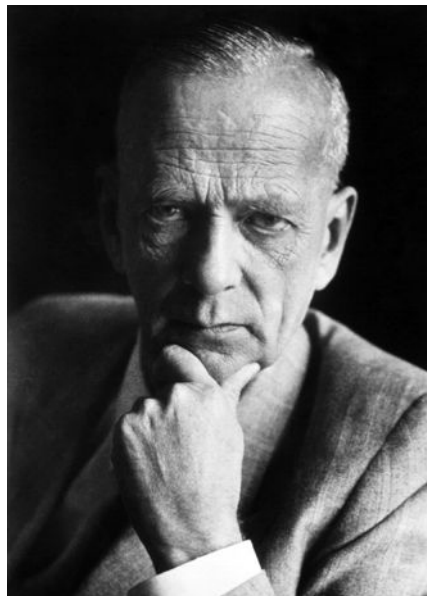


36 KARNEVALSFEIER DER SPD-FRAUENGRUPPE 1952

Gaststätte Schröder in der Friedrichstraße eingeladen. 40 Frauen kamen, darunter viele Nichtorganisierte. Von nun an entwickelte sich die SPD-Frauengruppe zu einem festen Bestandteil des Ortsvereinslebens. Rosa Struck, die bis 1964 die Leiterin der Frauengruppe war, hat alle wichtigen Ereignisse und Unternehmungen fein säuberlich und handschriftlich in einer schwarzen Kladde festgehalten, alle Fotos und Zeitungsartikel gesammelt. Dieses Buch gibt uns heute einen anschaulichen Einblick in die auch damals schon vielseitigen Aktivitäten der Frauengruppe. Direkte Folge dieser Arbeit war, dass die Gütersloher SPD schon in den 50er Jahren einen, im Vergleich zu anderen Ortsvereinen, hohen Anteil an weiblichen Mitgliedern hatte. Z.B. gehörten dem Ortsverein 1954 insgesamt 336 Personen an, davon waren 70 Frauen. Neben den unmittelbar politischen Aktivitäten bemühte man sich schon sehr früh, die Arbeiterwohlfahrt bei ihrer segensreichen Wohlfahrtspflege zu unterstützen. Dass die Geselligkeit in der Frauenrunde nie zu kurz kam, davon kann sich jeder in den Aufzeichnungen von Rosa Struck überzeugen. Feste zu feiern, das verstand man. Die Vorsitzende verfasste launige Verse und kleine kabarettistische Texte. In Anspielung auf die Remilitarisierungspläne der CDU-Regierung ließ sie bei einer Karnevalsfeier den „Deutschen Michel“ mit einer kleinen Kanone im Schlepptau auftreten. Auf der Karnevalsfeier am



25. Februar 1952 (s. Abb. 36) im Gasthaus „Zur Krone“ hatten sich alle Teilnehmer unter dem Motto „Wie es früher war“ kostümiert. Das Bild zeigt links im Vordergrund Rosa Struck. Die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner in der Öffentlichkeit wurde von den Themen Wiederaufrüstung, Wirtschafts- und Sozialpolitik bestimmt. Dr. Kurt Schumacher (s. Abb. 37), der erste Vorsitzende der SPD, sprach zu diesen Themen im Oktober 1951 in den völlig überfüllten Festsälen bei Wiltmann. Aus den wichtigsten thematischen Schwerpunkten seiner Gütersloher Rede seien hier einige Auszüge zitiert:



37 DR. KURT SCHUMACHER

„Die Bundesregierung glaube, sich durch die Westmächte vor dem ‚bösen Feind‘ aus dem Osten beschützen lassen zu können und vergesse dabei, dass es in erster Linie Aufgabe unserer inneren Selbsterhaltung sei, sich gegen diesen Feind zu schützen. Dr. Schumacher erklärte, dass wir zum Westen gehörten, aber unsere Zugehörigkeit bedeute nicht, dass wir uns bedingungslos einem fremden Nationalismus unterwerfen! Zur Wirtschaftspolitik sagte er: „Wenn eine Wirtschaftspolitik eingeschlagen würde, die die Reichen reicher und die Armen ärmer mache, dann hätten wir alle über den Rahmen der Partei hinaus Interesse daran, diese Politik zu stoppen.“¹⁹

Wenige Wochen später fand in den gleichen Räumen der Bezirksparteitag der SPD statt. Hauptredner war Prof. Carlo Schmid. Er sagte zur Wirtschaftspolitik:

„Die Wirtschaftspolitik Adenauers hat es fertig gebracht, dass 70.000 Menschen in Westdeutschland ein gleich hohes Einkommen haben wie 86 % aller Werk tätigen zusammen.“²⁰

Das Ergebnis einer Umfrage im August 1952 verdeutlicht die Lage der Bevölkerung. „Am Dritten haben wir kein Geld mehr. – Mehr als zwei Drittel aller





Gehalts- und Lohnempfänger leben in einem niederdrückenden Rhythmus, der von Zahltag zu Zahltag schwingt. Das ist die Tragödie des kleinen Mannes in unserer Zeit“, so schrieb die Freie Presse.

Bei den Kommunalwahlen im November 1952 verlor die SPD ihre absolute Mehrheit. Eine bürgerliche Parteienkoalition stellte den Bürgermeister. Mit der Genossin Rosa Struck zog erstmals eine Frau in das Gütersloher Stadtparlament ein. Zur Bundestagswahl 1953 spitzte sich die öffentliche Diskussion über die Wiederbewaffnung weiter zu. Der Genosse Hermann Vogelsang aus Gütersloh war Kandidat der SPD im Wahlkreis Wiedenbrück – Paderborn. Trotz der Arbeiteraufstände am 17. Juni hielt die SPD an ihrer Grundüberzeugung fest: „Deutsche Einheit wichtiger als deutsche Divisionen“. „Frieden und Sicherheit durch Verständigung und nicht Kriegsgefahr durch Wettrüsten“. Mit 28.8 % der Wählerstimmen im Bundesgebiet erzielte die SPD ihr schlechtestes Ergebnis.

Die Sozialdemokraten in Gütersloh versammelten sich regelmäßig einmal im Monat im „Hotel zur Krone“. Die Wirtin war eine Genossin, und nachdem die SPD seit Anfang der 50er Jahre nicht mehr über eigene Räume verfügte, stellte Ella Eickholt oftmals ihre Wohnstube als „Parteibüro“ zur Verfügung. Die Jusos begannen 1954 wieder mit dem Aufbau einer eigenen Gruppe.

Zu einer Großveranstaltung mit dem Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer versammelten sich etwa 1.000 Zuhörer auf dem Schulhof des Mädchengymnasiums.

Einige bemerkenswerte Ereignisse des Jahres 1954:

- In Gütersloh war es noch möglich, ein Siedlungshaus für 14.500 DM zu errichten.
- 92 Häuser waren auch in diesem Jahr noch von den Besatzungsgruppen beschlagnahmt.
- 32 Familien konnten in diesem Jahr in Gütersloh ihre abendliche Freizeit vor dem Fernseher verbringen.
- Die Freie Presse forderte in einem Kommentar: Schafft Radwege! Zahl der Verkehrstoten mahnt.
- Durch grobfahrlässige Verstöße vieler Betriebe gegen die gesetzlichen Bestimmungen nahm die Verseuchung der Gewässer im Kreis Wiedenbrück in erschreckendem Umfang zu. Die Gesundheit der Kreisbewohner, so heißt es in einer Zeitungsmeldung, sei in Gefahr.²¹





1955, ein Jahr ganz ohne Wahlen. In der Kommunalpolitik standen wichtige Entscheidungen bevor. Die SPD-Fraktion hatte in der Aprilsitzung den Antrag auf Errichtung eines Hallenbades gestellt. Neben der Bedeutung eines solchen Hallenbades für den Schwimmsport und besonders den Schwimmunterricht der Schulen begründete Genossin Rosa Struck den SPD-Antrag auch mit einem nur aus den Zeitumständen plausiblen Argument:

„Vor allem sind es die Arbeiterwohnungen, die noch ohne Badezimmer sind.“ Das städtische Parkbad war zu dieser Zeit noch mittwochs und freitags für deutsche Besucher geschlossen und stand allein dem britischen Militär zur Verfügung.

Eine Mitgliederversammlung diskutierte im Mai die anstehende Frage eines Rathausneubaus. Grundsätzlich wurde einem Neubau zugestimmt, die Versammlung erklärte aber, dass sie einen Abbruch des alten Rathauses für widersinnig halte. Das Gebäude gehöre zum Stadtbild und könne als Stadtbücherei, Volkshochschule oder Amtsgericht weiterhin genutzt werden.

Den ersten Entwurf des neuen Rathauses, den der städt. Baurat Krieg vorlegte, kommentierte die Freie Presse noch unter der Überschrift „Mutiger Schritt zum Modernen“ und hob die architektonisch schöne Gliederung des Gesamtgebäudes hervor.

Die Stadt Gütersloh konnte im Februar 1956 ihren 50.000. Einwohner begrüßen.

Der sozialdemokratische Ortsverein wählte mit Paul Kulemann einen neuen Vorsitzenden, Heinrich Struck trat aus gesundheitlichen Gründen zurück.

Bei der Kommunalwahl im Oktober 1956 wurde die SPD wieder einmal stärkste Partei in Gütersloh. Sie erreichte 39,3 % der Stimmen (CDU 35,0 %) und konnte von 18 Wahlbezirken 13 direkt gewinnen. Trotz dieses Wahlergebnisses setzte sich eine bürgerliche Koalition aus CDU/FDP und BHE bestehend bei der Bürgermeisterwahl durch. Ratsherr Willy Eichberg gab dazu für die SPD-Fraktion folgende Erklärung ab:

„Sie haben mit dieser Wahl ein ungeschriebenes parlamentarisches Gesetz, nämlich der stärksten Partei den Bürgermeister zu überlassen, auf das gröblichste verletzt... Wir sehen darin eine Bestätigung der von einem Gütersloher Ratsherrn der CDU in einer Versammlung aufgestellten These: „Gegenüber der SPD gibt es keine Toleranz.“²²

Die größte öffentliche Auseinandersetzung von der Mitte bis zum Ende der 50er Jahre kreiste um die Frage der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr.





Der Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß vertrat die Ansicht, dass die Bundeswehr ihren Auftrag nur erfüllen könne, wenn sie mit der „absoluten Waffe“ ausgestattet sei. In der großen Kampagne „Kampf dem Atomtod“ erhielt die SPD eine breite außerparlamentarische Unterstützung durch bekannte Wissenschaftler, die evangelische Kirche und die Gewerkschaften.

Die Synode der EKD erklärte eindeutig:

„Alle Christen werden aufgefordert, sich eindeutig jeder Vorbereitung eines atomaren Krieges zu versagen. Neutralität ist für Christen in dieser Frage nicht möglich.“

In Gütersloh engagierte sich Pastor Schellong in dieser Frage besonders stark. Eine Wahlkreiskonferenz der SPD in Gütersloh stand unter dem Thema: „Schluß mit dem Atomwahnsinn“. Auf der Maikundgebung des DGB im Jahre 1958 hieß die Forderung: „Macht dem Wettrüsten ein Ende – Kampf dem Atomtod“.

Am 24. März brachte der Genosse Jeremias einen Antrag der SPD-Fraktion zum Stationierungsverbot von Atomwaffen im Raum Gütersloh/Ostwestfalen ein. Der Inhalt des Antrages bestand darin, dass der Rat der Stadt Gütersloh sich gegen die Einrichtung von Abschlussbasen für Atomwaffen in Ostwestfalen-Lippe wenden solle. Jeremias begründete seinen Antrag mit dem Hinweis darauf, dass alle Ratsmitglieder geschworen hätten, zum Wohl der Mitbürger alles zu vermeiden, was ihnen Schaden zufügen könne. SPD und FDP unterstützten den Antrag: Die CDU meinte der Stationierung solcher Waffen, auch in Ostwestfalen, aus „Sicherheitsgründen“ zustimmen zu müssen, sie lehnte den Antrag der SPD ab.²³ Im Kreistag hatte die SPD einen Dringlichkeitsantrag eingebracht: „Keine Raketenbasen im Kreis Wiedenbrück“. Der Antrag wurde durch die CDU-Mehrheit abgelehnt.

Diese große Bewegung in der Bundesrepublik hat sicherlich mit dazu beigetragen, dass die Bundeswehr nicht mit atomaren Waffen ausgerüstet wurde. Die Wahlergebnisse der Bundestagswahl von 1957 und die der Landtagswahl von 1958 zeigten aber eindeutig, dass die SPD, trotz überzeugender außerparlamentarischer Mobilisierung in der Atomfrage, in der Wählergunst hinter der CDU weit zurückblieb. In beiden Wahlen erhielt die CDU erstmalig die absolute Mehrheit der Wählerstimmen.

Im Gütersloher Rat begannen die ersten heftigen Auseinandersetzungen um die Erweiterung des Militärflughafens. Die Startbahn sollte auf 3.200 m verlängert werden. Schon im August 1957 hatte die SPD-Fraktion schärfsten Protest gegen den „Lärm aus der Luft“ erhoben. Sie forderte:

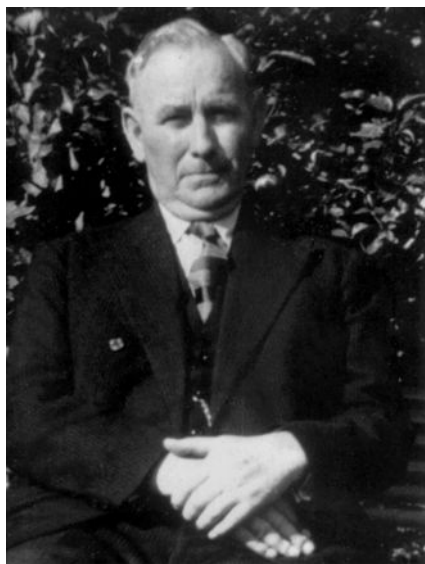




1. Die Tiefflüge über der Stadt müssen aufhören.
2. Die Zahl der Flüge muß erheblich verringert werden.
3. Der Lärm muß auf ein Minimum herabgedrückt werden.

Die Gesundheit der Bevölkerung ist bedroht. So genannte militärische Notwendigkeiten dürften kein Grund sein. Der Flughafen wäre ein Schaden für die Stadt. Im Westen Güterslohs wolle keiner mehr wohnen.²⁴

Den Einwand eines CDU-Ratsmitglieds, 1936 habe die Stadt sich doch um diesen Flughafen fast gerissen, konterte Willy Eichberg mit der Bemerkung: „1936 konnten wir uns nicht wehren, heute können wir es.“²⁵



38 JOHANN SEWERIN

Der Rat der Stadt Gütersloh ernannte in seiner Sitzung im März 1957 den Genossen Sewerin (s. Abb. 38) zum Stadtältesten.

Sewerin gehörte dem Rat schon im Jahre 1924 an. Er war ein sesshafter Gütersloher. Am 25.9.1880 in dieser Stadt geboren, arbeitete er 50 Jahre in der Weberei Greve & Güth. Von 1920 bis 1933 wählten ihn die Arbeiter der Fabrik regelmäßig zum Betriebsratsvorsitzenden. Die Ortsgruppe des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes leitete er von 1930 bis 1933. Die Sorge um den werktätigen Menschen bestimmte seine öffentliche Tätigkeit. Einen „Sozialisten reinsten Wassers“ nennt ihn die Freie Presse anlässlich seines 70. Geburtstages. Unter den Nazis wurde er zweimal kurzzeitig verhaftet, so im Juni 1933 und erneut bei der Offiziersrevolte im Jahr 1944. Am 28. März 1957 ehrte der Ortsverein den Genossen Sewerin durch eine Feier im Hotel zur Krone.

Im gleichen Jahr wählte der Ortsverein Hermann Vogelsang zum Vorsitzenden. Acht Jahre lang wurde er regelmäßig wieder gewählt. Die Mitgliederzahlen entwickelten sich kontinuierlich weiter aufwärts. Ende der 50er Jahre zählte der Ortsverein über 300 eingeschriebene Genossinnen und Genossen.





39 VERABSCHIEDUNG DER RATSMITGLIEDER AMTENBRINK UND MEIER

Das Jahr 1959 war ein entscheidender Wendepunkt in der Geschichte der Sozialdemokratie in Deutschland. Carlo Schmid hatte davon gesprochen, dass es für die SPD notwendig sei, ideologischen „Ballast abzuwerfen“. Eine ideologische Neuorientierung war erforderlich, um endlich aus dem 30 %-Turm herauszukommen und auch für einen Teil der Mittelschichtbürger politisch attraktiv zu werden. Diese schwierige Aufgabe war nur lösbar, wenn eine breite Diskussion in allen Parteigliederungen vorausging. Der Gütersloher Ortsverein beteiligte sich intensiv an dieser Debatte. Gemeinsam mit dem Genossen Dr. Ulrich Lohmar diskutierte man, wie die Grundpositionen in Fragen der geistigen Grundlagen, der wirtschaftlichen Ordnung und der Landesverteidigung für die Sozialdemokratie definiert werden könnten. Der Sonderparteitag im November 1959 verabschiedete dann das „Godesberger Programm der SPD“, mit dem die Arbeiterpartei ihre Basis verbreiterte und die Entwicklung zur großen linken Volkspartei um ein wesentliches Stück weiter voranbrachte.

Bei den Kommunalwahlen im März 1961 erreichte die SPD wiederum die meisten Wählerstimmen 39,2 %. Auch diesmal einigten sich die bürgerlichen Parteien auf einen Kandidaten aus ihren Reihen für das Bürgermeisteramt.



40 JUBILÄUM DER FRAUENGRUPPE



41 EHRENURKUNDE FÜR ROSA STRUCH

Wie es guter Brauch war, verabschiedete die Fraktion die ausscheidenden Genossen in einer Feierstunde (s. Abb. 39). Die Frauengruppe feierte in diesem Jahr ihr 10 jähriges Bestehen im Gasthaus Müther in Avenwedde (s. Abb. 40). Die Vorsitzende war schon ein Jahr vorher aufgrund ihrer 40jährigen Parteimitgliedschaft (s. Abb. 41) geehrt worden. In ihrer „Jubiläumsrede“ betonte Rosa Struck, dass die Heranführung der Frauen an die große Politik, wovon sie jahrhundertlang ausgeschlossen gewesen seien, nur dadurch erfolgreich gelöst wurde, indem man die Frauen mit Fragestellungen und Problemen aus ihrem familiären Bereich sozusagen abgeholt hätte. Nach zehn Jahren fruchtbarer Aufbauarbeit seien die Frauen nun zu einem stabilen Faktor des Ortsvereins geworden.

Im Bundestagswahlkampf traten die Sozialdemokraten erstmals mit ihrem neuen Kanzlerkandidaten Willy Brandt an. Damals noch Regierender Bürgermeister in Berlin, hatte ihn der Parteitag in Hannover für diese Spitzenposition benannt. Im Wahlkampf in Gütersloh zogen die Jung-

sozialisten mit Pferd und Wagen für den Kanzlerkandidaten Brandt und den Bundestagskandidaten Prof. Ulrich Lohmar mit einer Dixielandband durch die Stadt. Auf einem Transparent stand zu lesen: „Strauß – wird hier nicht gespielt.“²⁶

Im Juli sprach Willy Brandt auf dem Platz vor dem alten Gütersloher Rathaus (s. Abb. 42). Mit einem Stimmenplus von ca. 7 % lag das Wahlergebnis





42 WILLY BRANDT 1961 IN GÜTERSLOH

der Gütersloher SPD wesentlich über der durchschnittlichen Steigerung von 4,4 %. Die Alleinregierung der CDU war vorbei, die Wahlergebnisse der SPD näherten sich stetig der 40 %-Marke.

Die ideologische Neuorientierung durch das Godesberger Programm und die personelle Entscheidung für Willy Brandt stellten einen Wendepunkt in der Entwicklung der SPD nach dem 2. Weltkrieg dar.

